

Jetzt gemeinsam Zukunft machen.
Für Bremen und Bremerhaven.

ZUKUNFTS- PROGRAMM 2019 - 2023

Regierungsprogramm zur Bürgerschaftswahl 2019

↑
WIR LIEBEN
BREMEN
→

SPD

Bremen, 23. Februar 2019



SPD-Landesorganisation Bremen
Obernstraße 39 – 43, 28195 Bremen
Telefon: 0421/3 50 18-0
info-land-bremen@spd.de
www.zukunftsland.spd-land-bremen.de

Inhalt

1.	Vorwort.....	5
2.	Gute Bildung für alle.....	9
2.1	Gute Bildung für alle von Anfang an.....	10
2.2	Individuelle Förderung der Leistungspotenziale – für eine Qualitätsoffensive.....	11
2.3	Wir sichern Verlässlichkeit und Stabilität im Bildungssystem.....	13
2.4	Ungleiches muss ungleich behandelt werden.....	14
2.5	Kein Abschluss ohne Anschluss – Gute Bildung für gutes Leben und gute Arbeit.....	16
3.	Solidarische Gesellschaft.....	20
3.1	Den sozialen Zusammenhalt weiter stärken – soziale Teilhabe fördern.....	20
3.2	Bremische Stadtentwicklung – konsequent vom Quartier gedacht.....	24
3.3	Wir gestalten ein gutes Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft.....	26
4.	Gute Arbeit für alle.....	32
4.1	Landes-Spielräume für „Gute Arbeit“ nutzen.....	32
4.2	Aus- und Weiterbildung sind der Schlüssel zu guter Arbeit.....	34
4.3	Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren: Der soziale Arbeitsmarkt kommt!.....	38
4.4	Das Recht auf Arbeit für behinderte Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt stärken.....	40
5.	Wirtschaft: Industrie- und Dienstleistungsstandort Bremen(s) Stärken!.....	40
5.1	Industrie.....	41
5.2	Handwerk.....	42
5.3	Dienstleistungen.....	42
5.4	Standortmarketing/Tourismus/Innenstädte.....	43
5.5	Innovation.....	45
5.6	Entwicklung braucht Raum.....	46
5.7	Die Häfen: Offene Tore zur Welt.....	48
6.	Wissenschaft schafft Zukunft.....	50
6.1	Exzellente Wissenschaft in Forschung und Lehre.....	51
6.2	Erfolgreicher Transfer in Wirtschaft und Gesellschaft.....	52
6.3	Wissenschaft zukunftsfähig stärken.....	55
6.4	Gute Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen.....	57
6.5	Gute Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium.....	58

7.	Bezahlbarer Wohnraum für alle ist unser Ziel.....	59
7.1	Wohnungspolitik.....	60
7.2	Flächen für Wohnen und Leben	60
7.3	Wohnungsbau neu denken.....	62
7.4	Stadtentwicklung übergreifend weiterentwickeln.....	63
8.	Gesundheit von Anfang an, für alle und in allen Stadtteilen.....	64
8.1	Quartiere gesundheitsgerecht machen: Verhältnisse ändern.....	64
8.2	Geschlechtergerechte Gesundheitspolitik.....	65
8.3	Gesund aufwachsen und leben – von Anfang an.....	65
8.4	Gesundheitspolitik muss am Menschen ausgerichtet sein, nicht an Institutionen.....	67
8.5	Qualität der Krankenhäuser stärken.....	69
9.	Teilhabe im Alter/Pflege und Rente.....	71
10.	Eine moderne Verkehrspolitik – für alle!.....	75
10.1	Erhalt und Sanierung der Verkehrsinfrastruktur	76
10.2	Wirtschaftsverkehre und Fernverkehr.....	76
10.3	Umweltverbund/ÖPNV.....	77
10.4	Verbindungen über die Weser.....	79
10.5	Fußgänger und Barrierefreiheit.....	79
10.6	Radverkehr.....	80
11.	Klima- und Umweltpolitik – global denken, lokal handeln!.....	81
11.1	Für einen sozial- und wirtschaftspolitisch flankierten Klimaschutz.....	82
11.2	Energieerzeugung.....	83
11.3	Verbesserte Energieeffizienz von Gebäuden.....	84
11.4	Anpassung an ein sich veränderndes Klima.....	84
11.5	Umweltbildung.....	85
11.6	Grünflächen in den Quartieren.....	85
11.7	Kleingärten weiterentwickeln.....	86
11.8	Energiewende und Naturschutz.....	87
11.9	Stadtreinigung und Stadtsauberkeit.....	87
12.	Rechtsstaat und Innere Sicherheit.....	89
12.1	Prävention.....	89
12.2	Polizei.....	89
12.3	Verfassungsschutz.....	94
12.4	Ordnungsdienst und kommunale Gefahrenabwehr.....	94
12.5	Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz.....	95
12.6	Bürgerservice.....	96
12.7	Justiz.....	96

13.	Junge Menschen stärken – durch Freiräume und Förderung.....	99
14.	Politik für Frauen.....	101
15.	Demokratie, Engagement und Teilhabe.....	102
15.1	Gemeinsam für Solidarität gegen Ausgrenzung.....	102
15.2	Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt.....	104
15.3	Beiräte und Ortsämter stärken.....	106
15.4	Bürgerbeteiligung.....	107
15.5	Bremische Bürgerschaft.....	108
15.6	Digitalisierung ist eine Chance für soziale Teilhabe.....	108
16.	Kulturpolitik – Identität und Teilhabe.....	109
17.	Medien – Information, Bildung, Unterhaltung.....	112
18.	Verbraucherschutz für alle Menschen im Land Bremen.....	116
19.	Sport für alle!.....	117
20.	Bremen und Bremerhaven – Europa sind wir Alle.....	120
21.	Solide Finanzen zur Gestaltung von Bremens Zukunft.....	123
21.1	Die erfolgreiche Neuordnung der Finanzen für unser Land nutzen.....	123
21.2	Eine leistungsfähige Verwaltung mit qualifiziertem Personal.....	125
21.3	Für ein gerechteres und effizienteres Steuersystem.....	126
21.4	Für die Menschen in Bremen und Bremerhaven.....	127



Sascha Karolin Aulepp, Vorsitzende der SPD im Land Bremen gratuliert auf dem SPD-Landesparteitag am 15. September 2018 Bürgermeister Carsten Sieling, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, zu seiner Wahl zum SPD-Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl am 26. Mai 2019

1. Vorwort

*Liebe Bremerinnen und Bremer,
liebe Bremerhavenerinnen und Bremerhavener,*

das Land Bremen mit seinen beiden Städten Bremerhaven und Bremen ist lebens- und liebenswert. Die Menschen schätzen die Lebensqualität und leben gerne in Bremen und Bremerhaven. Wer hier geboren oder hergezogen ist, will bleiben. Das ist längst nicht nur so, weil unsere Städte an der Weser schön sind, sondern weil das bremische Lebensgefühl jede und jeden willkommen heißt. Das Soziale ist Bestandteil der bremischen DNA. Bremen und Bremerhaven sind sozial und weltoffen! Dieses Lebensgefühl unserer Städte ist die politische Leitlinie der SPD: Bei uns zählt nicht das große Geld. Bei uns zählt Zusammenhalt!

Bremen und Bremerhaven sind wachsende Städte. Seit 2011 ist nicht nur die Einwohnerzahl um 25.000 gestiegen. Auch bei den Arbeitsplätzen können wir ein rasantes Wachstum verzeichnen. Tatsächlich gab es noch nie so viele sozialversicherungspflichtige Jobs wie heute. Schon

unsere wissenschaftlichen Einrichtungen, die Universität und die Hochschulen bringen jedes Jahr tausende junger Menschen in unsere Städte und sind Motor für die regionale Wirtschaft und die gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung beider Städte.

Wenn wir Wohnungsnot verhindern wollen, muss mehr Wohnraum geschaffen werden. Und dafür treten wir auch ganz klar ein: Wir stehen an der Seite der jungen Familien, die gerne in den Städten bleiben würden und oft händeringend Wohnraum suchen, wir stehen an der Seite der vielen Menschen, die preiswerten Wohnraum brauchen. Und wir übernehmen auch ganz direkt kommunale Verantwortung: Andere Städte haben ihren gesamten öffentlichen Wohnungsbestand verkauft. Für uns ist das Recht auf Wohnen ein Menschenrecht, das wollen wir nicht alleine dem Markt überlassen. Wir haben die Stäwog im öffentlichen Eigentum behalten und die GEWOBA, gegen den Willen von CDU und FDP. Nun holen wir auch die BREBAU unter die schützende Hand der Stadt Bremen.

Wir werden neue Quartiere als Wohn- und Lebensorte entwickeln: Mehr Raum zum Wohnen wird in Bremerhaven am Ackmann, in der Seilerstraße in Grünhöfe und im Werftquartier entwickelt, im Bremer Norden in Blumenthal an der Weser, in Woltmershausen, in Hemelingen, am Hulsberg – und ja, das wollen wir auch im Rennbahnquartier. Unsere neuen Quartiere bieten Platz für viel Grün UND für Familien.

Die SPD steht für soziale Gerechtigkeit, und die fängt bei der Bildung an. Deshalb sagen wir: Jedes Kind verdient die beste Bildung. Wir investieren besonders stark in die Kitas und Schulen, in denen die Herausforderungen für die Kinder, die Erzieherinnen und Erzieher, die Lehrkräfte, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und für die Eltern am größten sind.

Seit 2015 haben wir in Bremerhaven und Bremen so viele zusätzliche Kitaplätze geschaffen wie nie zuvor in so wenigen Jahren. Mehr Kitaplätze heißt auch mehr Personal. Deshalb haben wir zahlreiche Erzieherinnen und Erzieher neu eingestellt. Wir verbessern Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Bezahlung unserer Erzieherinnen und Erzieher. Und wir entlasten die Eltern, indem wir die Kitas für alle Kinder von 3–6 Jahren beitragsfrei machen. Damit verbessern wir die frühkindliche Bildung und Betreuung und entlasten zudem Familien erheblich.

Schülerinnen und Schüler profitieren jetzt schon von 500 Euro mehr pro Kopf für Bildungsausgaben – wir werden dies weiter erhöhen und liegen dann über dem Bundesdurchschnitt. Um jedes Kind individuell zu fördern, haben wir die Schulsozialarbeit bereits um mehr als 40 Prozent verstärkt und dabei an den Schulen begonnen, die die größten Herausforderungen zu stemmen haben. Diesen Weg gehen wir weiter, mit hoher Geschwindigkeit. Die Ganztagsangebote an unseren Schulen erweitern wir stetig – Ganztag an jeder Schule heißt unser Ziel. Und wir setzen unser massives Schulausbauprogramm fort: Bis 2025 stecken wir 1,5 Milliarden in Sanierung und Neubau von Schulgebäuden. Wir werden außerdem die Ausstattung der Schulen weiter modernisieren, auch um den Ansprüchen einer digitalen Gesellschaft zu entsprechen..

Wir wollen eine gute Gesundheit für alle erreichen, in jedem Stadtteil und von Anfang an. Mit dem Modellprojekt der „Fachkräfte für Prävention und Gesundheitsförderung an Schulen“

haben wir begonnen, die Gesundheitskompetenz in den Stadtteilen mit den größten Herausforderungen zu stärken. Das werden wir ausbauen. Ärztinnen und Ärzte, die in Quartieren mit größeren Problemen arbeiten, müssen besonders unterstützt werden. Ergänzend zu den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten werden wir Einrichtungen integrierter niedrigschwelliger Gesundheitsversorgung schaffen.

Die Lage unserer älteren Generation liegt uns besonders am Herzen. Altengerechtes Wohnen, gute Versorgung zu Haus in allen Lebenslagen, Beratung, Begegnung und Unterstützung sind für uns wichtig. Wir werden uns für mehr und besser ausgebildete Fachkräfte einsetzen und einen Pflegebeauftragten benennen.

Zu einem guten Lebensgefühl gehört auch, dass sich die Menschen sicher fühlen in Bremen und Bremerhaven. Unsere Polizei leistet eine großartige Arbeit, es sind aber vielfältige Aufgaben hinzugekommen. Wir wollen die Zahl unserer Polizistinnen und Polizisten in der Stadt Bremen perspektivisch von jetzt rund 2.550 auf 2.900 erhöhen und in der Seestadt eine Zielzahl von mindestens 520 erreichen. Zur Verbesserung der Sicherheit im Stadtteil werden wir in der Stadt Bremen dafür sorgen, dass 100 Stellen für die KOPs bereit stehen und besetzt sind. Unseren in der Stadt Bremen neu geschaffenen Ordnungsdienst werden wir massiv ausbauen. Auch das sichert den sozialen Zusammenhalt in unseren Städten.

Bremens Wirtschaft brummt. Die Arbeitslosigkeit in Bremen hat einen neuen Tiefstand erreicht. In den letzten vier Jahren wurden mehr als 20.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Unsere Wirtschaft braucht auch zukünftig vernünftige Rahmenbedingungen, damit sie sich gut entwickeln kann. Dafür werden wir sorgen.

Aber wir wollen nicht nur mehr Arbeitsplätze, wir wollen auch gute Arbeit. Für uns ist das Mindeste: Wer Vollzeit arbeitet, muss davon leben können. Deshalb wollen wir von Bremen aus ein Zeichen setzen und den Bremer Mindestlohn schrittweise auf 12 Euro pro Stunde erhöhen. Wir unterstützen die Sozialpartner bei der Stärkung der Tarifbindung. Davon haben bereits die 20.000 Beschäftigten in Bremer Hotels und Gaststätten profitiert. Und: Wir finanzieren Arbeit statt Arbeitslosigkeit! Wir haben Geld in die Hand genommen, um Menschen, die lange ohne Arbeit sind, in gemeinnützige Beschäftigung zu bringen. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir weiter gehen und zukünftig verstärken.

Bremen und Bremerhaven sind weltoffene Städte. Aus gutem Grund: Als Hafenstädte sind wir auf die Weltoffenheit angewiesen. Mehr als 70.000 Menschen sind direkt oder indirekt in diesem Bereich tätig. Wir setzen auch zukünftig auf die Hafenwirtschaft: Unsere Kajen müssen erneuert werden. Zusätzlich wollen wir die über 200 ha umfassenden Gewerbeflächen an der Luneplate in Bremerhaven an seeschifftiefes Wasser anbinden und die Hafenflächen in der Bremer Neustadt erhalten.

Wir wollen eine moderne Verkehrspolitik – für alle. Auch für die Umwelt. Städtische Mobilität muss zukunftsfähig sein, gerade in einer wachsenden Stadt. Wir werden die vorhandene Infrastruktur konsequent sanieren und das Bremer Verkehrssystem gezielt weiterentwickeln – für

den Wirtschaftsverkehr, den öffentlichen und den Individualverkehr gleichermaßen. Wir werden den Autobahnring mit der A281 vollenden. Dann sind der Flughafen, das Güterverkehrszentrum und der Neustädter Hafen optimal an das Autobahnnetz angebunden. Das stärkt unsere Wirtschaft und entlastet die Straßen und damit auch die Menschen im Stadtgebiet. Außerdem realisieren wir in der Stadt Bremen den neuen Fernbusbahnhof, setzen die Radwege instand und realisieren weitere „Radelkomfortstrecken“ möglichst abseits des Autoverkehrs. Um den ÖPNV für alle Bürgerinnen und Bürger attraktiv zu machen, senken wir den Preis für das Stadtticket auf 25 Euro im Monat. Und Kinder und Jugendliche sollen umsonst fahren können!



Sascha Karolin Aulepp
Landesvorsitzende der SPD Bremen



Carsten Sieling
Bürgermeister

2. Gute Bildung für alle

Alle Kinder und Jugendlichen in ihrer Unterschiedlichkeit und Vielfalt anerkennen, ihre Potenziale erkennen und optimal fördern – das sind Leitlinien unserer sozialdemokratischen Bildungspolitik. Wir wollen ein inklusives Bildungssystem, das Kinder und Jugendliche befähigt, sich in einer durch Globalisierung und Digitalisierung ständig ändernden Welt zurechtzufinden. Ihnen müssen Kompetenzen vermittelt werden, die sie befähigen, ein erfolgreiches und selbstbestimmtes Leben zu führen. Unser Ziel ist ein Bildungssystem, in dem für jedes Kind, jede Jugendliche und jeden Jugendlichen unabhängig von der Herkunft und vom Geschlecht ein bestmöglicher Lern- und Bildungserfolg gesichert ist. Das ist von großer Bedeutung sowohl für den Einzelnen als auch für unsere Gesellschaft.

Die größte Herausforderung der Bildungspolitik im Land Bremen bleibt, die starken sozialen Ungleichheiten auszugleichen und allen Kindern faire Chancen zu gewähren. Jedes zweite Kind im Land Bremen kommt aus einer Familie mit mindestens einer der drei Risikolagen für einen schlechteren Bildungserfolg (Bildungsstand der Eltern, Armut oder Erwerbslosigkeit). Jedes zehnte Kind ist in den letzten Jahren aus dem Ausland zu uns gekommen. Kindern, die mit sprachlichen oder sozialen Defiziten in die Schule starten, fehlt es oftmals an Zeit, ihre Potentiale ausreichend entfalten zu können. Ihnen mehr Lernzeit zur Verfügung zu stellen ist daher entscheidend für ihren weiteren Lebensweg. Wir wollen frühe Bildung fördern, denn jedes Jahr zusätzlich in Krippe und Kindertagesstätte hilft vor allem benachteiligten Kindern, den Anschluss an andere Kinder nicht zu verlieren. Wir wollen die Ganztagsbetreuung verstärkt und qualitativ hochwertig ausbauen – auch an den Oberschulen und Gymnasien. Denn mehr Förderung durch Zusatzangebote und bessere individuelle Förderung im Ganzttag führt zu besseren Lernergebnissen. Wir wollen mehr Lernzeit im Bildungsverlauf organisieren – je früher, desto besser: Im jahrgangsübergreifenden Unterricht in der Grundschule können dabei Kinder individuell und in ihrem Lerntempo unterrichtet werden. Das erhöht die Chancen auf einen gelingenden Übergang in die weiterführende Schule und einen guten Schulabschluss. Mit einer zusätzlichen Mathestunde an den Grundschulen mit den größten Herausforderungen und unterstützenden temporären Lerngruppen sind wir dabei erste Schritte gegangen. Diesen Weg setzen wir konsequent an weiteren Schulen fort.

Vieles haben wir schon geschafft. Aber es reicht noch nicht. Wir haben in den vergangenen Jahren das Bildungssystem modernisiert und zukunftsfest gemacht. Doch die Investitionen in Bildung konnten aufgrund der Sparauflagen nicht mit den anderen Stadtstaaten Schritt halten. Wir wollen daher ab 2020 massiv in die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen investieren, um mit weiteren deutlichen Steigerungen der **Bildungsausgaben** die Leistungsfähigkeit weiter zu stärken. Ein wichtiges Etappenziel und Orientierungspunkt sind dabei die Prokopf-Ausgaben der beiden anderen Stadtstaaten. Hieran müssen wir schnell Anschluss finden und eine aufholende Entwicklung starten. In der abgelaufenen Legislatur konnten die Ausgaben pro Schülerin und Schüler bereits um etwa 500 Euro pro Kopf und Jahr erhöht werden. Ziel ist es nun, diese Pro-Kopf-Ausgaben auf das Niveau der anderen Stadtstaaten zu erhöhen. Mit einem Landesgesetz zur Finanzierung und Qualitätsentwicklung

wird sich das Land zudem zukünftig stärker an den Kosten der Kindertagesbetreuung in beiden Stadtgemeinden, Bremen und Bremerhaven, beteiligen.

Investitionen in eine gute **Bildungsinfrastruktur** sind eine notwendige Voraussetzung für mehr Bildungsgerechtigkeit. Dabei muss die Bildungsinfrastruktur den Anforderungen einer Bildung im 21. Jahrhundert entsprechen: sie schafft Raum für individuelle Lern- und Lehrmöglichkeiten, ist ganztätig und ermöglicht die gemeinsame Beschulung von behinderten und nicht-behinderten Kindern. Für die Stadtgemeinde Bremen liegt eine Schulstandortplanung vor. Gemeinsam mit einem Sanierungsprogramm werden damit allein für den Schulbau einschließlich Sporthallen bis 2025 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Der Ausbau von Sport- und Bewegungsangeboten an Schulen soll erweitert werden.

Das übergeordnete Ziel bleibt dabei für uns: Bildung muss sich lohnen. Wer sich anstrengt, muss eine faire Chance auf einen erfolgreichen Bildungsweg haben. Daher wird ab dem Kindergartenjahr 2019/2020 in Bremen und Bremerhaven der Kitabesuch für Kinder ab 3 Jahren beitragsfrei.

Solange Bildungschancen aber bereits bei Geburt ungleich vergeben werden, muss das Bildungssystem so ausgestaltet sein, dass es soziale Ungleichheiten ausgleicht. Das ist gut für den Einzelnen und gut für die Gesellschaft. Nur ein Bildungssystem, das ausreichend Angebote zum Ausgleich von Nachteilen und Förderung von Talenten und besonderen Begabungen bereithält, trägt zum sozialen Frieden und Wohlstand für alle bei.

2.1 Gute Bildung für alle von Anfang an

Die frühkindliche Bildung hat einen besonderen Stellenwert in der Entwicklung unserer Kinder. Daher wird ab dem Kindergartenjahr 2019/2020 in Bremen und Bremerhaven der **Kitabesuch beitragsfrei**. Die SPD wird zudem das **Betreuungsangebot weiter ausbauen** mit dem Ziel, jedem Kind eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Betreuung anzubieten. Dazu hat der Senat das größte **Kita-Ausbauprogramm** in der Geschichte der Stadtgemeinde Bremen bereits gestartet. Bis zum Ende des Kindergartenjahres 2017/18 wurden 3.000 zusätzliche Plätze geschaffen. Mindestens 800 weitere kommen im laufenden Kindergartenjahr hinzu. Ohne das Engagement der vielfältigen Trägerlandschaft wäre dies nicht möglich gewesen. Diesen Kurs wollen wir gemeinsam fortführen. Mit einer weiteren Steigerung der Zielversorgungsquoten in allen Stadtteilen sollen die ungleichen Bedingungen zwischen den Stadtteilen Bremens weiter ausgeglichen werden. Wir werden die Versorgungsquote bei den 3–6-jährigen auf 100 Prozent in jedem Stadtteil in Bremen steigern, für die unter 3-jährigen ist eine Quote von mindestens 70 Prozent unser Ziel.

Mit dem **Bildungsplan 0–10** soll ein System etabliert werden, in dem von der Krippe bis zum Ende der Grundschulzeit altersangemessen und aufeinander aufbauend zentrale Bildungsziele verbindlich definiert werden. Eine Schlüsselaufgabe bildet dabei

die Etablierung von verbindlichen Strukturen der Sprachbildung und -förderung in allen Kitas und Grundschulen in beiden Stadtgemeinden. Zur Umsetzung sollen Kitas und Grundschulen verbindlich in Verbänden zusammenarbeiten. Dazu erhalten sie die notwendigen Ressourcen, um Zeiten für Kooperation und Weiterbildung zu realisieren. Wir wollen die Fachkräfte in Kitas und Schulen gemeinsam schulen. Dazu werden wir das Landesinstitut (LIS) finanziell besser ausstatten und personell ausbauen.

Wo die Schaffung neuer Kita- und Schulbauten es ermöglicht, verfolgen wir das Ziel durchgängige und im Stadtteil vernetzte Strukturen zu schaffen. Kitas und Schulen sollen in der Kooperation mit außerschulischen Partnern, sei es aus der Jugend- und Familienhilfe oder mit Vereinen und anderen lokalen Akteuren, unterstützt werden. Insbesondere im Rahmen der Ganztagsbetreuung in Kita und Schule müssen Sport und Bewegung ausreichend Platz haben. Das stärkt die Stadtteile und unterstützt die Lern- und Bildungsprozesse. Viele Studien haben gezeigt, dass Kinder, die nicht die besten Startvoraussetzungen mitbringen, dann erfolgreich sind, wenn sie starke Bildungsbegleiterinnen und -begleiter finden, die an sie glauben. Brüche in ihrer Bildungsbiografie, das Verlieren ihrer Ansprechperson ist für sie daher besonders schwer. Um Bildungserfolg zu unterstützen braucht es vernetzte Strukturen und die enge Zusammenarbeit mit den Familien. Zeit, die hierbei für Kooperation und Koordination eingesetzt wird, unterstützt wiederum den individuellen Bildungserfolg. Mit den bestehenden Quartiersbildungszentren konnten gute Erfahrungen gesammelt werden. Der Kaisen-Bildungscampus in Huckelriede, das Lernhaus Kattenturm sowie der Campus Ohlenhof sind Leuchtturmprojekte, die wir in der kommenden Legislatur weiter ausbauen und auf andere Stadtteile, wie z. B. in Bremen-Nord und im Bremer Osten, übertragen wollen. In der Stadt Bremerhaven wird es beim Bildungscampus Geschwister Scholl sowie den stufenübergreifenden Neubauvorhaben in Geestemünde und Lehe zu vergleichbaren Entwicklungen kommen, die das Ziel des gemeinsamen Lernens im Quartier verfolgen. Langfristig bleibt unser Ziel eine „Schule für Alle“!

2.2 Individuelle Förderung der Leistungspotenziale – für eine Qualitätsoffensive

Wir wollen kein Kind zurücklassen und alle Talente in unserem Bundesland bestmöglich fördern. Das bremische Bildungssystem hat durch zahlreiche Preisträgerinnen und Preisträger beim deutschen Schul- und Kitapreis, aber auch bei individuellen Schülerwettbewerben gezeigt, dass es bereits viele gute Praxisansätze gibt. Diese zu verstetigen und in die Fläche zu übertragen, ist das erklärte Ziel. Wir sind uns sicher, wir können noch mehr Spitzenleistungen erbringen. Viele Talente entdecken wir oftmals jedoch erst auf den zweiten Blick. Begabungsförderung in einem inklusiven Bildungssystem in der Zuwanderungsgesellschaft braucht folglich andere Mittel und Instrumente. Gemeinsam mit anderen sozialdemokratisch regierten Bundesländern haben wir das Thema Begabungsförderung daher neu aufgestellt. Im Rahmen einer Kooperation mit dem Bund zur Leistungsförderung wird dabei unter wissenschaftlicher

Begleitung der Umgang mit Vielfalt Kern unseres Leistungsversprechens sein. Talente auch auf den zweiten Blick zu entdecken, ist dabei eine wichtige Aufgabe.

Qualitativ hochwertige Bildung trägt dazu bei, alle Kinder und Jugendliche bestmöglich in ihren Begabungen und Talenten zu unterstützen und zu fördern. Wir wollen ein Bildungssystem, das gleichermaßen in der Lage ist, Kinder mit und ohne Unterstützungsbedarfen zu besseren Leistungen zu motivieren. Um dies zu gewährleisten, wollen wir eine stärkere individuelle Bildungsverlaufsbeobachtung. Wir wollen Lehrkräfte dabei unterstützen, dass sie Zeit und Instrumente für eine bessere Diagnostik und Förderung zur Verfügung haben. Wir wollen, dass Eltern sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder bestmöglich gefördert werden.

Eine gute frühkindliche Bildung trägt zum späteren Lern- und Bildungserfolg wesentlich bei. Wir werden in einem gemeinsamen Prozess unter wissenschaftlicher Begleitung mit Trägern, Eltern, Beschäftigten einheitliche Qualitätsstandards für alle Kitas im Lande Bremen festlegen und die dafür notwendigen finanziellen Voraussetzungen schaffen.

Das schlechte Abschneiden Bremens in den nationalen Vergleichsstudien hat viele Ursachen. Es ist unser erklärtes Ziel, durch eine zielgerichtete Bearbeitung der Ursachen die rote Laterne abzugeben. Der Senat hat mit einem 6-Millionen-Euro-Programm eine **Qualitätsoffensive** in jenen Grundschulen begonnen, die besonders große Aufgaben bei der Integration zu bewältigen haben. Mehr Lernzeit, eine bessere individuelle Förderung und die Begleitung durch ein neu gegründetes Qualitätsinstitut sind dabei die wesentlichen Eckpunkte. Davon sollen zukünftig alle Schulen profitieren können. Auch hier beachten wir unseren Grundsatz, dass Ungleiches ungleich behandelt werden muss und unsere Anstrengung da am größten, wo die Bedarfe am höchsten sind.

Wir werden in der kommenden Legislatur die **Qualität an den Schulen steigern**, indem

- das neue Institut für Qualitätsentwicklung, das Landesinstitut, eine leistungsfähige Schulaufsicht und die Bildungsverwaltung die Schulen als Dienstleister bei der Verbesserung der Unterrichtsqualität, der Schulentwicklung und bei ihrem Schulprogramm im Rahmen kooperativer Steuerung berät.
- die Fortbildung von Lehrkräften im Hinblick auf die besonderen Bedarfe der schulischen Entwicklung und die Qualifizierung von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern ausgebaut und systematisiert wird
- statistisch unterstützte Leistungsauswertung passformige Angebote zur individuellen Leistungsförderung ermöglicht.
- digitale Medien zur Gestaltung neuer Lehr- und Lernprozesse zur stärkeren individuellen Förderung und zur Verbesserung der Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern genutzt werden können.

- eine unabhängige Schulinspektion die Unterrichtsqualität und -entwicklung einer Schule regelmäßig evaluiert.
- die Schulen von Verwaltungsarbeit entlastet werden.
- die Schulen unterstützt werden, Profile zu bilden.

2.3 Wir sichern **Verlässlichkeit und Stabilität** im Bildungssystem

Zu häufig noch treffen verunsicherte Eltern und überlastete pädagogische Fachkräfte zusammen. Die Schaffung von **Verlässlichkeit und Stabilität** bilden jedoch eine Kernvoraussetzung für den Lern- und Bildungserfolg von Kindern. Deshalb garantiert die SPD:

1. Qualitätsverbesserungen statt Strukturdebatten
2. Transparente und verständliche Verfahren zur Kita- und Schulanmeldung
3. Mehr KiTa- und Schulplätze durch eine KiTa- und Schulbauoffensive
4. den Abbau von Kitanotdiensten und Unterrichtsausfall.

Wir wollen Qualitätsverbesserungen statt ideologischer Strukturdebatten. Deshalb halten wir an der mit dem **Schulfrieden** geschaffenen Schulstruktur in Bremen fest. Eine externe wissenschaftliche Evaluation hat bekräftigt: Mit der Einführung der Oberschulen wurde ein modernes und zukunftsfähiges Bildungssystem geschaffen. Für uns steht fest, zu einer qualitativ hochwertigen Bildung gehört auch die Möglichkeit, eine zweite Chance zu erhalten. Nicht jedes Kind zeigt von Beginn an die besten Leistungen. In Bremen und Bremerhaven haben daher auch Kinder, die nach der 4. Klasse noch nicht den Regelstandard erreicht haben, die Möglichkeit an einer Schule zu lernen, die auch auf das Abitur vorbereitet: die Oberschule. An den Oberschulen lernen alle Kinder auf ihrem individuellen Lernniveau und können alle Schulabschlüsse erreichen. Hier steht der Weg zum Abitur für alle Schülerinnen und Schüler sowohl nach 9 als auch nach 8 Jahren offen. Eltern in Bremen und Bremerhaven können daher wählen, ob ihre Kinder in 8 Jahren am Gymnasium oder in 8 oder 9 Jahren an der Oberschule zum Abitur gehen. Schon jetzt macht die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler ihr Abitur an einer Oberschule. So sollen Oberschulen und Gymnasien als gleichberechtigte Säulen weiter nebeneinander bestehen. Dazu werden wir die Oberschulen weiter stärken, damit sie allen Kindern, leistungsstarken wie förderbedürftigen, die Möglichkeit eröffnen, einen guten Abschluss zu erwerben. Sie sind Orte, wo Talente auch auf den zweiten Blick entdeckt werden können. Neue Formen der Leistungs- und Begabungsförderung sollen daher gestärkt und ausgebaut werden. Dazu stützen wir uns auf die Erkenntnisse der gemeinsamen Initiative mit dem Bund zur Förderung leistungsstarker Schülerinnen und Schüler.

Flexiblere Öffnungszeiten in den Kitas sowie eine ausreichende Versorgung mit Angeboten in der Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern sichern die

Vereinbarkeit von Beruf und Familie und tragen somit auch zum Schutz vor Armut bei. In unseren industriell geprägten Städten mit einer hohen Anzahl Beschäftigter im Schichtdienst sollen regional im Verbund organisierte Stützpunkte bei Bedarf auch flexible Zeiten der Betreuung ermöglichen. Wir verfolgen weiter den Ausbau der Grundschulen zu **Ganztagschulen** und schaffen für die Übergangszeit bedarfsangepasste Angebote der Nachmittagsbetreuung („Schülertreff“). Unser langfristiges Ziel ist, alle Schulen räumlich und materiell – bis hin zu einer kostenlosen Mahlzeit – so auszugestalten, dass sie Ganztagschulen werden können.

Um den steigenden Bedarf an qualifizierten **Fachkräften in der Kita** zu decken, hat der Senat auf Vorschlag der Bremer SPD eine Vielzahl von Maßnahmen bereits ergriffen. Die Kapazität in Berufsfachschulen und Fachschulen und die Zahl der Erzieherinnen und Erzieher im Anerkennungsjahr ist massiv erhöht worden. Mit dem Einstieg in die praxisintegrierte Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher (PiA) ist zudem ein ergänzendes attraktives Ausbildungsformat geschaffen worden. Wir werden dieses Erfolgsmodell fortführen und weiter ausbauen. Eine damit geschaffene vergütete Ausbildung sichert nicht nur die notwendigen Fachkräfte, sondern schafft auch mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Denn während der – meist männliche – Maurerlehrling bereits im ersten Lehrjahr um die 700 Euro verdient, mussten die – meist weiblichen – Erzieherinnen in der Zeit der schulischen Ausbildung ihren Lebensunterhalt nebenbei erwirtschaften.

Bremen muss in Zeiten des **Fachkräftemangels** attraktive **Arbeitsbedingungen** schaffen. Erzieherinnen und Erzieher, die in sozial besonders belasteten Einrichtungen der Stadtgemeinde Bremen arbeiten, sollen zukünftig besser vergütet werden (Entgeltgruppe S 8b). Unter den aktuellen Bedingungen ist eine Angleichung der Bezahlung von Grundschullehrkräften notwendig. Wir bekennen uns insgesamt zum Ziel: **A13 für alle Lehrkräfte der Grundschulen und Oberschulen**. Nur dann können wir auch erwarten, dass die Lehrkräfte und anderes Schulpersonal gerne im Land Bremen bleiben. Eine Anpassung der allgemeinen Arbeitsbedingungen an das niedersächsische Umland ist dafür eine notwendige Voraussetzung. Die berufsbegleitende Qualifizierung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern in den Schuldienst sichert die notwendige Qualität. Wir wollen, dass am Ende alle Beschäftigten über die volle Lehrbefähigung verfügen. Diese Programme gilt es im Zusammenspiel mit der Universität daher zu stärken und auszuweiten.

2.4 Ungleiches muss ungleich behandelt werden

Ungleiche Startbedingungen von Kindern müssen in den Kitas und Schulen ausgeglichen werden. Wir wollen eine vernünftige Grundausstattung für alle KiTas und Schulen und dort nachsteuern, wo der Bedarf größer ist. Deshalb erhalten Schulen ihre Zuweisungen transparent und bedarfsorientiert entsprechend der Zusammensetzung ihrer Schülerschaft. Dieses System werden wir aktualisieren und durch zusätzliche

Ressourcen eine realitätsnähere Ausgestaltung ermöglichen. Wir schaffen eine neue Finanzierungssystematik für die Kindertagesbetreuung, die die unterschiedlichen sozialen Ausgangslagen der Kinder berücksichtigt und eine jährliche Aktualisierung ermöglicht. Damit schaffen wir eine transparente Zuweisung von Ressourcen, die auch den Kostensteigerungen der letzten Jahre Rechnung trägt.

Der Ausbau der Kitas zu **Kinder- und Familienzentren** soll dabei insbesondere in den förderbedürftigen Quartieren umgesetzt werden. Die Einbindung der Eltern in die Bildungsprozesse ihrer Kinder in Kitas und Schulen ist ebenso wie kultur- und geschlechterbezogene Elternbildung vor dem Hintergrund oftmals bestehender sprachlicher Hürden durch die Bereitstellung von Sprachmittlern zu sichern.

Gesellschaftliche Fehlentwicklungen machen am Kita- und Schultor keinen Halt. Zur besseren Unterstützung werden wir die Schulsozialarbeit weiter ausbauen. In der vergangenen Legislatur konnte die **Schulsozialarbeit** in der Stadtgemeinde Bremen bereits um 40 Prozent gesteigert werden – vor allem an Schulen mit besonders hohen sozialen Herausforderungen. In der Stadtgemeinde Bremerhaven wurde die Schulsozialarbeit an allen Schulstandorten mit Ausnahme der Gymnasialen Oberstufe eingerichtet. Wir wollen die Schulsozialarbeit im nächsten Schritt als Landesaufgabe verbindlich für alle Schulen etablieren und werden dabei weiterhin auf besondere Herausforderungen und Bedarfe Rücksicht nehmen.

Wir wollen den Stellenwert des Schulsports erhöhen, dazu gehören die dritte Sportstunde, die Ausbildung von Sportlehrkräften und der Schwimmunterricht. Wir brauchen den Schulsport zur Inklusion, zur Integration und zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir wollen außerdem die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen fördern. Wir möchten Sportvereine in den Ganztagsunterricht einbinden und gemeinsame Projekte und Veranstaltungen realisieren.

Der angemessene Umgang mit der **Inklusion** setzt darüber hinaus eine Grundausstattung der Schulen voraus, die ein angemessenes Handeln vor Ort ermöglichen. Neben der Schulsozialarbeit werden wir – wo der Bedarf besteht – zusätzliche Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen an den Schulen einsetzen. An Schulen in schwieriger Lage sollen durchgängig zwei pädagogische Fachkräfte im Klassenraum sein. Kinder mit einem ausgeprägten sozial-emotionalen Förderbedarf sollen an der Schule an der Fritz-Gansberg-Straße solange bedarfsgerecht beschult werden können, bis Strukturen geschaffen sind, welche die Beschulung im Regelsystem ermöglichen. Die Beschulung in der genannten Schule ist weiterhin nur als letztes Mittel vorgesehen. Konzepte und Strukturen für eine Beschulung in den allgemeinbildenden Schulen werden in den kommenden Jahren erarbeitet. Die Aspekte der Arbeit in der Schule für Sehende und visuelle Wahrnehmung sowie in der Schule für Hörende und Kommunikation sollen kontinuierlich in den allgemeinbildenden Schulen ausgebaut werden. Das Angebot der Schule für körperliche und motorische Entwicklung wird dezentral ausgebaut. 7.800 neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler wurden in den vergangenen drei

Jahren in das bremische Bildungssystem erfolgreich integriert. Die Vorkurse als System des ersten Ankommens in der deutschen Sprache und in der Schule haben sich bewährt. Drei von fünf ehemaligen Absolventinnen und Absolventen eines Vorkurses haben die Schule mit einem Abschluss verlassen – die Mehrheit von ihnen mit einem mittleren Schulabschluss. Wir wollen das teilintegrative Modell der unmittelbaren Einbindung von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern an einer Regelschule stärken. Die weiterführende **Sprachförderung** soll unter wissenschaftlicher Begleitung konzeptionell stärker ausgestaltet und mit zusätzlichen Ressourcen ausgeweitet werden. Denn Sprache ist der Schlüssel. Wer gut in Mathe ist, scheitert heute oftmals noch an mangelnden Sprachkenntnissen. Der Bedarf für eine nach dem Vorkurs fortgesetzte Sprachförderung für Zugewanderte muss als neue Regelaufgabe im Schulsystem etabliert werden. Dies kann nur durch eine zeitliche Ausweitung der Unterstützung vor allem im Grundschulbereich erfolgen.

Wir wollen von den mitgebrachten Kompetenzen der Kinder ausgehen. Für uns bedeutet interkulturelle Bildung, von anderen Kulturen zu lernen und Migrantinnen und Migranten als Expertinnen und Experten ihrer Kultur zu begreifen und einzubeziehen. Oftmals unterstützen diese Kinder und Jugendlichen ihre Eltern bei Behördengängen und anderen lebensorganisatorischen Fragen. Nicht selten kommt darüber die Schule zu kurz. Ihnen dennoch Möglichkeiten zu eröffnen, auch auf Umwegen einen guten Schulabschluss zu erzielen, muss Aufgabe eines Bildungssystems sein, dass niemand zurücklassen will.

2.5 Kein Abschluss ohne Anschluss – Gute Bildung für gutes Leben und gute Arbeit

Eine gute Bildung ermöglicht allen Kindern und Jugendlichen einen bestmöglichen Abschluss und einen gelingenden Übergang in die Arbeitswelt. Gute Bildung ist durchgängig und durchlässig. Sie denkt vom Menschen her und nicht von der zuständigen Institution. So hat jeder Mensch die Chance Zeit seines Lebens eine höhere formale Qualifikation zu erreichen. Voraussetzung dafür ist ein Bildungssystem, das Einstiege auf jedem Niveau und unterschiedliche, qualitativ hochwertige Bildungswege eröffnet sowie komplikationslose Wechsel zwischen verschiedenen Bildungsbereichen ermöglicht. Wir machen uns daher stark für eine enge Verzahnung von allgemeiner und beruflicher Bildung. Durch feste Berufsorientierungskräfte an den weiterführenden Schulen soll zudem der Brückenschlag zur Wirtschaft, zum Handwerk und zu deren vielfältigen Berufsmöglichkeiten gestärkt werden. Die vergangene Legislatur hat dabei vor allem dem Aufbau neuer Strukturen gedient. Die neu etablierte **Berufsorientierung** und die **Jugendberufsagentur** müssen nun in ihrer Funktionalität und Wirkmächtigkeit weiter gestärkt werden (siehe Teil 3).

Wir wollen mehr Jugendliche in eine duale Ausbildung bringen. Dabei kommt den **berufsbildenden Schulen** ein besonderer Stellenwert zu. Sie bieten neben der

beruflichen Ausbildung die Möglichkeit an Fachschulen höherwertige Abschlüsse zu erreichen. Die Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung wollen wir im Land Bremen stärken. Wir werden perspektivisch die finanzielle Ausstattung der Berufsschulen an der der anderen Stadtstaaten orientieren. Auch soll die Schulsozialarbeit an allen berufsbildenden Schulen etabliert werden, um der heterogenen Schülerschaft auch zukünftig gerecht werden zu können. Wir werden uns auch weiterhin um diejenigen bemühen, denen es aus unterschiedlichen Gründen schwerfällt, unsere Angebote anzunehmen. Es ist das sozialdemokratische Ziel: Keiner soll zurückgelassen werden.

Das Berufsbildungssystem ermöglicht dafür bereits heute viel Durchlässigkeit und die Möglichkeit aufzusteigen. Wer einen Ausbildungsplatz in der dualen Ausbildung erhält und noch keinen Schulabschluss hat, kann diesen im Verlauf der Berufsschulzeit nachholen. Oftmals eine wichtige Voraussetzung für den weiteren Berufsweg. Mit einer guten Ausbildung im dualen System steht der Weg zu weiterem beruflichen Aufstieg offen, sei es in einer Aufstiegsfortbildung zum Meister/zur Meisterin oder an einer Fachschule. Oder sei es nach einigen Jahren Berufserfahrung über ein dem Berufsbild nahes Studium. Die Stärkung der beruflichen Ausbildung ist daher erklärtes Ziel der SPD. Dazu müssen auch die berufsbildenden Schulen gestärkt werden. Die Landschaft der berufsbildenden Schulen in der Stadtgemeinde Bremen soll im Rahmen einer Schulstandortplanung in der mittleren und längeren Frist neu geordnet und zukunftsfest ausgestaltet werden. Langfristig streben wir hierfür eine Zusammenlegung von Berufsschulstandorten zu Campus mit unterschiedlichen berufsbildenden Schulen an einem Standort an. Im Kontext der „Metropolregion“ streben Bremen und Bremerhaven eine regionale Abstimmung mit dem niedersächsischen Umland über eine bedarfsgerechte und arbeitsteilige Entwicklung der beruflichen Bildung an. Wir wollen die berufsbildenden Schulen dabei in ihrer Innovationskraft und Integrationsleistung weiter stärken. Dazu gehört eine Ausstattung, die moderne Formen des Lernens und Lehrens ermöglicht, ebenso wie die Etablierung eines Unterstützungssystems, das die jungen Menschen auf dem Weg zu einem Berufsabschluss begleitet und unterstützt, um Ausbildungsabbrüche zu minimieren. Die Kooperation mit den Ausbildungsunternehmen stellt eine wesentliche Gelingensbedingung für gute Ausbildung dar. Wir eröffnen neue Kooperationsmöglichkeiten und stärken die berufsbildenden Schulen in ihrer Rolle als Lern-, Fortbildungs- und Begegnungszentren. Am Standort des Geländes der Bremer Woll-Kämmerei in Blumenthal soll als erstes ein solcher neuer Berufsschulcampus entstehen. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit dem Handwerk die Flächen so zu entwickeln, dass die Ansiedlung von Gewerbe und berufsbildenden Schulen sich begünstigen. Denn größere Standorte bündeln Ressourcen und ermöglichen Strukturen, die für sich neu ansiedelnde Betriebe attraktiv, für einzelne kleinere Standorte aber nicht rentabel sind. Dazu gehören beispielsweise ein größeres Auditorium, das auch für Veranstaltungen genutzt werden kann, moderne Lern-Lehrwerkstätten, die auch für Fortbildungszwecke und Berufsorientierung zur Verfügung stehen sowie eine eigene Kita, die für sogenannte Mütterklassen, für Lehrkräfte und die Beschäftigten aus umliegenden Betrieben Betreuungsplätze anbietet.

Noch immer ist der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Deutschland geschlechtsspezifisch aufgeteilt. Die berufliche Orientierung ist nach wie vor stark durch stereotype Rollenbilder beeinflusst. Dadurch beschränken sich heranwachsende Mädchen und Jungen nach wie vor viel zu oft noch auf bestimmte geschlechtstypische Berufe und Studiengänge. Dies führt häufig zu strukturellen, ökonomischen und persönlichen Benachteiligungen. Um dem entgegen zu wirken muss Berufsorientierung früher beginnen und durchgängig klischeefrei angelegt sein.

Die Berufsorientierung für schwerbehinderte Schülerinnen und Schüler wird fortgeführt und ständig weiterentwickelt. Eine verstärkte Berufsorientierung von behinderten Schülerinnen und Schülern genießt hohe Priorität, um künftig mehr Jugendlichen mit Beeinträchtigungen direkt nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule den Weg in den ersten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu ebnen und eine Werkstattbeschäftigung zu vermeiden.

Die **Digitalisierung** der Lebens- Berufs- und der Arbeitswelt ist bereits in vollem Gange.

Für demokratische, selbstbestimmte Teilhabe ist Medienkompetenz daher ein Schlüssel. Wir werden daher in den beruflichen Schulen in eine digitale Ausstattung investieren. Eine technische Grundausstattung aller Schulen ist Ausgangspunkt und Voraussetzung allen digitalen Lehrens und Lernens. Wir werden dazu in Bremen das WLAN weiter flächendeckend an allen Schulen ausbauen und alle Klassen- und Fachräume mit zeitgemäßen Präsentationsmedien sowie mit einer angemessenen Zahl von mobilen Endgeräten ausstatten. Wir werden dafür Sorge tragen, dass alle Schülerinnen und Schüler die notwendigen digitalen Kompetenzen erwerben können, um informiert und reflektiert den mit der Digitalisierung verbundenen Herausforderungen zu begegnen. Es sind für bereits im Schuldienst tätige Lehrkräfte umfassende verbindliche Fortbildungsmaßnahmen erforderlich, damit angesichts der schnellen technischen Veränderungen die vorhandenen Kompetenzen ausgebaut und weiterentwickelt werden.

Wir wollen den Lehrkräften eine Datenbank für begleitende Unterrichtsmittel zur Verfügung stellen. Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um unsere Lehrkräfte zu entlasten und zu unterstützen. Wir wollen dabei aber nicht die Schulbücher außeracht lassen. Daher wollen wir alle Lehr- und Lernmaterialien regelmäßig erneuern. Dabei soll die Lehrmittelfreiheit erhalten bleiben.

Die SPD setzt sich für eine neue Kultur der Qualifizierung und des „lebenslangen“ Lernens ein. Neben **Weiterbildung**, die auf die Aufnahme von Arbeit als eine der Grundsäulen gesellschaftlicher Teilhabe ausgerichtet ist, müssen vielfältige Angebote für Menschen auch außerhalb der Arbeitswelt bestehen, die Integration und Interaktion unterstützen und Möglichkeiten der individuellen Entfaltung ausloten. Einen Schwerpunkt setzen wir daher auf die Sicherung der Strukturen und einen festen Bestand an Angeboten der Alphabetisierung und Grundbildung. Dabei steht die Förderung der individuellen Schlüsselkompetenzen und der Partizipationskompetenzen im Vordergrund.

Wir wollen das Demokratieverständnis mit entsprechenden Angeboten ausbauen, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken und alle Bürgerinnen und Bürger dazu ermutigen, ihre Rechte und Pflichten wahrzunehmen. Einen weiteren Schlüssel zur Teilhabe sehen wir in der Befähigung zum kritischen Umgang mit und dem niedrighschwelligem Zugang zu digitalen Medien (vgl. dazu Teil 12 dieses Programms).

Um eine qualitativ hochwertige Weiterbildung gewährleisten zu können, braucht es gut qualifiziertes Personal. Zur Sicherung der Qualität in der öffentlich verantworteten Weiterbildung und zur Sicherung guter Arbeit für die Dozentinnen und Dozenten müssen die Honorarkostenzuschüsse sukzessive angehoben werden, um im Niveau nicht hinter den Honoraren der Volkshochschulen zurückzubleiben.

Ziel aller Bildungsprozesse bleibt für uns die Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe und die Ermöglichung eines guten Lebens. Dabei nehmen auch die Einrichtungen der außerschulischen Bildung einen zentralen Stellenwert ein. **Außerschulische Bildung** findet in unterschiedlichen Kontexten statt an anderen Lernorten, wie z. B. Kunst- und Kultureinrichtungen, den Angeboten der offenen Jugendarbeit, der Jugendhilfe oder beim Sport. Durch ihren anderen Zugang unterstützen diese Akteure junge Menschen bei ihrer Suche nach Identität und Zugehörigkeit. Junge Menschen in ihrer Entwicklung zu starken und auf die Gesellschaft orientierten Persönlichkeiten zu unterstützen gelingt daher am Besten in enger Kooperation von schulischer und außerschulischer Bildung. Dies bietet auch den besten Schutz der Jugendlichen vor extremistischen Gruppierungen oder Süchten. Wir machen uns daher weiter für solidarische Städte mit einer vielfältigen Angebotsstruktur stark (vgl. Teil 3).

Die Vermittlung demokratischer Grundwerte war, ist und bleibt das zentrale Anliegen einer sozialdemokratischen Bildungspolitik. Sie muss in allen Bildungsinstitutionen altersgerecht gelebt und erprobt werden. Die Landeszentrale für **politische Bildung** soll ihre Zusammenarbeit mit Kitas und Schulen sowie anderen Akteuren der außerschulischen Jugendarbeit von öffentlichen und privaten Trägern stärken. In Zeiten des erstarkenden Rechtsextremismus ist die Landeszentrale für politische Bildung für diese Aufgabe in Bremen und Bremerhaven auch personell angemessen auszustatten. Insgesamt werden wir die gesamte Trägerlandschaft in Bremen und Bremerhaven für die Politische Bildung weiter fördern und ausbauen, um Werte von Demokratie, Toleranz, Vielfalt und Erinnerungskultur in der Gesellschaft stärker zu verankern. Des Weiteren wird die Arbeit der Schüler*innenvertretung an den Bremer Schulen und die Gründung von Jugendbeiräten in den Stadtteilen systematisch unterstützt.

3. Solidarische Gesellschaft

Sozialer Zusammenhalt zeigt sich tagtäglich im Quartier, im Stadtteil. Die einzelnen Stadtteile geben den Bewohnerinnen und Bewohnern in ihrem alltäglichen Leben soziale Orientierung und prägen das Bild einer vielfältigen Großstadt. Die Stadtteilentwicklung liegt uns – gemeinsam mit den Stadtteilbeiräten – besonders am Herzen. **Unser Leitbild sind lebenswerte, lebendige Quartiere.**

Die Entwicklung von Wohlstand und Armut zeigt sich vor allem in Großstädten. Die sozialen Unterschiede zwischen den Stadtteilen und Quartieren treten hier deutlicher hervor. Gegen diese Tendenzen einer Entsolidarisierung stellt die Bremer SPD das Leitbild einer solidarischen Stadtgesellschaft mit gleichen Lebenschancen für alle Bürgerinnen und Bürger. Das bedeutet, dass sich die Bremer SPD für den Ausbau der sozialen Infrastruktur, die soziale Integration aller und für verbesserte Teilhabechancen der Bevölkerungsgruppen sowie in denjenigen Stadt- und Ortsteilen einsetzt, die benachteiligt sind.

Dabei setzen wir auf die Zusammenarbeit mit all denen, die sich aus derselben Grundüberzeugung für unsere gemeinsamen Werte wie Freiheit und Demokratie, Solidarität und Nächstenliebe, Gerechtigkeit und die Achtung der Menschenwürde stark machen. Wir sehen unseren Auftrag auch in dem Bemühen um gesellschaftlichen Zusammenhalt, gerechte Teilhabe aller und in der Integration der zu uns geflüchteten Menschen und werden diesen Auftrag gemeinsam mit Bündnispartnern in unseren Städten und Stadtteilen erfüllen. Neben den Gewerkschaften, den Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Stiftungen, Initiativen und zahlreichen anderen Organisationen sind die christlichen Kirchen und die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften dabei von großem Wert. Sie alle leisten im öffentlichen Diskurs wertvolle Beiträge zu einem weltoffenen und toleranten Klima und zu einem respektvollen Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Glaubensrichtungen, und ihre Mitglieder übernehmen haupt- und ehrenamtlich sehr konkret Verantwortung beim Organisieren des sozialen Zusammenhalts in unserem Land.

3.1 Den sozialen Zusammenhalt weiter stärken – soziale Teilhabe fördern

Aus Studien wissen wir, was uns auch unsere tagtäglichen Begegnungen und Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern immer wieder bestätigen: Der soziale Zusammenhalt in Bremen ist überdurchschnittlich hoch.

Das wollen wir durch folgende Maßnahmen ausbauen:

- Bei dem seit 1999 erfolgreichen Programm „**Wohnen in Nachbarschaften**“ wollen wir in der Stadt Bremen die Förderung pro Gebiet um 30 Prozent aufstocken und das Programm auf Grundlage der Evaluation bedarfsgerecht weiterentwickeln. Bewährte Projekte wollen wir in die Regelfinanzierung übernehmen, erfolgreiche Quartierszentren mit einer Sockelfinanzierung stützen sowie das

Quartiersmanagement besser absichern. Auch kleinere Quartiere werden wir bei der Bewältigung ihrer gesellschaftlichen Integrationsaufgaben unterstützen.

- Das Zusammenleben fördern wir auch aktiv durch **Begegnungsmöglichkeiten** im Quartier: Durch Bürgerhäuser, Begegnungszentren, Quartierszentren oder durch Begegnungstreffe, wo Menschen sich treffen, beraten lassen und aktiv werden können, wie sie in Huckelriede oder in der Neuen Vahr Nord errichtet wurden. Dazu gehören auch niedrigschwellige kulturelle sowie gesundheitspräventive Angebote oder offene Treffs, bspw. Cafés mit preisgünstigem Angebot. Das Netz an Begegnungsmöglichkeiten in den Quartieren werden wir bedarfsgerecht ausbauen sowie bestehende Quartierszentren stärken und für neue Herausforderungen qualifizieren.
- Die Vielfalt im Quartier wird gefördert durch unterschiedliche **Wohnprojekte**: Wohnangebote für Studierende und Auszubildende, gemeinschaftliche Wohnformen wie Wohn- oder Hausgemeinschaften, Seniorenwohnen mit Serviceangeboten, inklusive Angebote des Quartierwohnen für Menschen mit Behinderung. Dies fördert auch die Altersmischung. Oft sind Träger dieser förderungswürdigen Angebote Stiftungen, Genossenschaften oder soziale Vereine bzw. Wohlfahrtsverbände.
- Außerdem brauchen wir dezentral nutzbare Freiflächen für Kinder und Jugendliche in allen Stadtteilen, auch für spontane Aktivitäten, wie beispielsweise Multifunktionsplätze. Wir wollen die Hauptstadt der Jugend in Europa werden (s. Europa), dafür müssen wir gerade in diesem Bereich besonders investieren.
- Ungleiche Startbedingungen von Kindern müssen in den **KiTas und Schulen** ausgeglichen werden. Wir wollen daher eine auskömmliche Grundausstattung für alle KiTas und Schulen, aber solche Einrichtungen besonders unterstützen, wo die Problemlagen und Herausforderungen größer sind als anderswo. Hervorragende Kitas und Schulen in Gebieten mit besonderen Problemlagen tragen neben der sozialen Integration auch zur besseren sozialen Mischung bei, indem sie Kinder aus anderen Stadtteilen anziehen. Wie das geht, hat zum Beispiel die Gesamtschule Ost in Kooperation mit der Deutschen Kammerphilharmonie gezeigt. (vgl. Programmteil Bildung).
- Die erfolgreichen Projekte des **sozialen Arbeitsmarkts** wie PASS (vgl. Programmteil „Gute Arbeit für alle“) sollen weiterhin einen starken Stadtteilbezug bekommen – durch die Auswahl der Teilnehmenden, aber auch dadurch, dass die Projekte zur Infrastruktur und Lebensqualität im Quartier beitragen, bspw. zur Sauberkeit oder Pflege der Grünflächen. Insbesondere die im Bremer Norden erstmals eingesetzten „Umweltwächter“ haben sich bewährt. Wir werden diese sinnvolle Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen als kommunale Aufgabe übernehmen und auf alle Stadtteile ausfächern, damit sowohl die Schönheiten unserer Quartiere als auch unsere Forderung nach guter Arbeit mit Leben erfüllt werden.

Teilhabe von Familien durch Senkung der Fahrpreise und kostenlosen Eintritt

Besonders am Herzen liegt uns die **Teilhabe von Kindern und Jugendlichen**. Da die Mobilitätskosten im ÖPNV viele Familien vor große Herausforderungen stellen, wollen wir den Preis des Stadttickets auf 25 Euro pro Monat senken. Damit orientieren wir uns an dem Anteil der ALG 2-Leistungen, der für den ÖPNV vorgesehen ist. Für Bremer Kinder und Jugendliche werden wir städtische Busse und Bahnen schrittweise kostenlos gestalten. Wir wollen Tage einführen, in denen Kinder und Jugendliche freien Eintritt in Museen und öffentliche Kultureinrichtungen haben. Die Eintrittspreise für die Bäder müssen noch kinder- und familienfreundlicher werden. Deshalb werden wir zum Jahr 2020 den Eintrittspreis für alle unter 18 Jahren auf 1 Euro senken.

Wir kümmern uns auch um Menschen in schweren Notlagen wie z. B. Obdachlosigkeit. Geeigneter, preiswerter Wohnraum muss zugänglich sein – die Kooperation mit den Wohnungsunternehmen wollen wir weiterentwickeln, auch der Ankauf von Objekten ist ein Weg. Ziel ist die Erhöhung des Kontingents an Wohnungen, die für wohnungslose Menschen zur Verfügung stehen. Für diejenigen, die mehr Freiraum brauchen, sollen einfache Wohnmöglichkeiten geschaffen werden. Beratung und Hilfe sind wichtig und müssen von der Kommune entsprechend bereitgestellt werden. Der Verein zur medizinischen Versorgung von Obdachlosen soll gestärkt werden. Wir werden ein Konzept entwickeln, wie Obdachlose oder Wohnungslose auch jenseits freiwilligen Engagements von Ärztinnen und Ärzten adäquat medizinisch versorgt werden können. Dazu ist es nötig, auch im Bereich der medizinischen Versorgung, aufsuchende Angebote zu stärken und auszubauen. Dazu gehört auch das Projekt der „Krankenstube für Obdach- und Wohnungslose“. Weil ihre tierischen Begleiter oftmals die engsten und einzigen Weggefährten der betroffenen Menschen darstellen, soll eine Mitnahme der tierischen Begleiter ermöglicht werden. Außerdem wollen wir mehr kostenlose Toiletten für Wohnungslose bereitstellen. Aus Angst vor Diebstahl sind Obdachlose oft auf das ständige Mitführen ihrer Habseligkeiten angewiesen, was ihre Mobilität einschränkt und notwendige Amts- und Arztbesuche erschwert. Es soll daher ein Konzept zur Schaffung von einfach zugänglichen Unterbringungsmöglichkeiten (zum Beispiel Schließfächer) entwickelt werden. Bildungs- und Teilhabechancen müssen auch für obdachlose Menschen gewährleistet sein. Daher sollen bestehende Angebote auch in der Zukunft abgesichert werden (zum Beispiel die „Uni der Straße“).

Die Teilhabe von Menschen mit Einschränkungen liegt uns am Herzen

Mit den neuen Möglichkeiten des Bundesteilhabegesetzes wollen wir die **Integration von Menschen mit Behinderungen** weiter voranbringen. Wir werden zukünftig die Kompetenzen und Wünsche der Betroffenen noch stärker in den Mittelpunkt stellen und Lösungen anbieten, die auf den einzelnen Menschen zugeschnitten sind. Dabei sollen die vielfältigen sozialen Angebote, die es in den Stadtteilen gibt, stärker genutzt werden.

Im Sinne der **UN-Behindertenrechtskonvention** schaffen wir wirksame Rechtsvorschriften und politische Konzepte, einschließlich solcher, die auf Frauen und Kinder

ausgerichtet sind, um sicherzustellen, dass Fälle von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch gegenüber Menschen mit Behinderungen erkannt, untersucht und gegebenenfalls strafrechtlich verfolgt werden. Die Teilhabe von Seniorinnen und Senioren ist uns wichtig. Unabhängig von Rente sollen und müssen auch ältere Menschen beteiligt werden am kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Mobilität ist dabei ein entscheidender Faktor. Um die Situation für Seniorinnen und Senioren in Bremen und Bremerhaven zu verbessern, sei hier beispielhaft die Einführung von Vergünstigungen bei Museums-Eintrittspreisen genannt.

Gleiche Chancen in einer gerechten Gesellschaft

Wir verstehen unsere Sozialpolitik nicht nur als Hilfe für Menschen in besonderer Not, sondern auch als ein Mittel zur Überwindung sozialer Ungleichheit und zur Gestaltung einer sozial gerechteren Gesellschaft. Sozialdemokratische Sozialpolitik will eine gleiche Verteilung von Lebenschancen. Jeder Mensch ist anders. In diesem Anderssein liegt das Potential einer gesellschaftlichen Entwicklung. Dazu braucht es die Bereitschaft aller, Barrieren abzubauen, sowohl im alltäglichen Leben, als auch in den Köpfen. Wir setzen uns deshalb für die individuelle Entfaltung unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Identität, Hautfarbe, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung ein. Dabei lehnen wir jede Diskriminierung von Menschen wegen ihrer Herkunft, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder Identität, Hautfarbe, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung ab. Dies beinhaltet auch den Ausgleich von Benachteiligungen, denen Menschen mit Behinderungen tagtäglich ausgesetzt sind.

Schwierige Lebensbedingungen wie Armut, Alleinerziehend, Arbeitslosigkeit, Migration oder existenzielle Lebenskrisen (z. B. durch Unfall, Krankheit, Tod von Angehörigen, Trennung) können eine soziale Notlage begründen. Soziale Sicherheit bedeutet, durch den Sozialstaat dann abgesichert zu sein. Deshalb setzt sich die Bremer SPD für den Ausbau des Sozialstaats, gute Sozialleistungen und die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge auch auf Bundesebene ein. Wir fordern einen an tarifliche Regelungen gekoppelten Mindestlohn von 12 Euro und eine Kindergrundsicherung – beides zusammen macht Familien von Sozialhilfe unabhängig. Der Niedriglohnsektor und prekäre Arbeitsverhältnisse müssen eingedämmt werden. Dazu gehört auch, Wege aus der prekären Beschäftigung etwa durch Aus- und Weiterbildung zu ermöglichen (vgl. Programmteil Arbeit). Wer keine Arbeit hat oder nicht arbeiten kann, muss auch angemessen beteiligt werden: dazu muss die Grundsicherung spürbar erhöht werden. Die Rente muss den Lebensstandard sichern. Zur Finanzierung brauchen wir eine gerechte Steuerpolitik mit einer Vermögenssteuer und einer höheren Erbschaftsteuer für sehr hohe Vermögen sowie eine Anhebung des Spitzensteuersatzes.

Eine gerechte und faire Finanzierung des Gemeinwesens ist eine wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, gleiche Teilhabechancen und einen handlungsfähigen Staat. Steuergerechtigkeit heißt, dass die Besteuerung nach Leistungsfähigkeit erfolgt und starke Schultern mehr tragen als schwächere.

3.2 Bremische Stadtentwicklung – konsequent vom Quartier gedacht

Die bremische Stadtentwicklung gründet auf dieser – auch überregional – viel beachteten Stadtteiltradition mit kleinräumigen Quartieren, sozialen Bindekräften und städtebaulichen Qualitäten. Die einzelnen Stadtteile geben den Bewohnerinnen und Bewohnern in ihrem alltäglichen Leben soziale Orientierung und machen zusammen genommen das Bild einer vielfältigen Großstadt aus. Die Bremer Struktur der Stadtteilparlamente durch Ortsbeiräte ermöglicht kommunalpolitisches Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner und quartiersbezogene bürgernahe Politik. Viele Bremerinnen und Bremer identifizieren sich mit ihrem Stadtteil. Gesellschaftliche Teilhabe beginnt häufig im Stadtteil und Quartier.

In Zeiten gesellschaftlicher und struktureller Umbrüche sehen sich unsere Stadtgebiete jedoch herausfordernden Wachstums- und Umbauprozessen ausgesetzt. Neue Siedlungsgebiete müssen erschlossen und alte Stadtbereiche den Erfordernissen einer modernen Gesellschaft angepasst werden. Demographischer Wandel, Zuwanderung und Armut stellen viele Stadtteile und Quartiere vor große Herausforderungen. Um den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen gerecht zu werden, bedarf es einer integrierten Stadtentwicklung, die nicht nur auf kurzatmige Einzelbelange reagiert, sondern mit den Menschen in der Stadt langfristige und ganzheitliche Planungsperspektiven entwirft und durchsetzt.

Aufgrund der fachlichen Ressorthoheit sowie der grundsätzlich stark auf die jeweilige Autonomie ausgerichtete Haltung der einzelnen Senatsressorts kommt der ressort-übergreifenden Zusammenarbeit – insbesondere der Verwaltungskooperation im Stadtteil – bei der Quartiersentwicklung eine zentrale Rolle zu. Die Fachressorts und kommunalen Einrichtungen müssen die lokalen Voraussetzungen kennen, um passende Maßnahmen und abgestimmte Förderprogramme entwickeln zu können. Hierzu müssen sie ressortübergreifend untereinander sowie gemeinsam mit den Einrichtungen und Partnern vor Ort im Dialog sein. Dafür gab und gibt es bereits positive Beispiele, z. B. bei der gemeinsamen Kraftanstrengung der Flüchtlingsunterbringung oder die Zusammenarbeit der lokalen Bildungslandschaften und Netzwerke in den Quartiersbildungszentren.

Um die ressortübergreifende Zusammenarbeit zu verbessern und die versäulte Struktur der Ressorts aufzubrechen, sehen wir Veränderungsbedarf sowohl auf der gesamtstädtischen Ebene als auch vor Ort in den Stadtteilen. Beide Ebenen wollen wir daher stärken:

Integrierte Stadtteilentwicklung

In den Quartieren muss das Schnittstellenmanagement zwischen Verwaltung und Stadtteilen durch die Stärkung von Planungskompetenzen vor Ort verbessert werden. Im Rahmen örtlicher Beteiligungsprozesse sollen konzeptionelle Grundlagen für die einzelnen Stadtteile entwickelt oder aktualisiert werden, die auch für die lokalen Akteure einen verlässlichen Rahmen der konzeptionellen Entwicklung ihrer Arbeit

darstellen. Hierfür wollen wir zusätzliche personelle Kapazitäten bereitstellen (zunächst in ausgewählten Ortsämtern), die – in enger Zusammenarbeit mit den Ressorts und Planungsreferaten auf gesamtstädtischer Ebene – die Entwicklungsprozesse in den Quartieren steuern und das Schnittstellenmanagement vor Ort koordinieren.

Die bereits im Beirätegesetz verankerten Planungskonferenzen sollen künftig kontinuierlich und regelmäßig stattfinden und ressortübergreifend vorbereitet werden. Ziel muss es sein, eine über alle Politikfelder reichende schlüssige Gesamtstrategie für den jeweiligen Stadtteil zu entwickeln und lokal zur Diskussion zu stellen. Die Ergebnisse müssen verbindlich festgehalten und regelmäßig nachverfolgt werden.

In einem ersten Schritt wollen wir diese Struktur der integrierten Stadtteilentwicklung zunächst in solchen Quartieren erproben, die in besonderem Maße gesellschaftliche Integrationsaufgaben erfüllen. Hierfür schaffen wir in diesen ausgewählten Stadtteilen vor Ort in den Ortsämtern jeweils eine zusätzliche Stelle mit Planungskompetenz sowie Qualifikation für Stadt(teil)entwicklung.

Bereits bestehende Netzwerke und Kooperationsstrukturen von Politik, Verwaltung und nichtstaatlichen Institutionen, lokalen Unternehmen, Wohnungsbaugesellschaften, BewohnerInnen und Akteuren im Stadtteil werden wir in diese Struktur einbinden und sie dadurch stärker als bislang in ihrem Wirken für die Stadtteile unterstützen.

Integrierte Stadtentwicklung

Ergänzend bedarf es auch auf der zentralen Ebene der gesamtstädtischen Stadtentwicklung einer verbesserten ressortübergreifenden Zusammenarbeit für die Entwicklung der Stadtteile. Wir wollen alle unsere Quartiere in ihren Herausforderungen und Entwicklungschancen individuell angemessen berücksichtigen. Dazu braucht es ein aktives Stadtteilmonitoring, um Handlungsbedarfe zu identifizieren und Strategien zu entwickeln. Durch eindeutige Zuständigkeiten – verbunden mit zusätzlichen personellen Kapazitäten in den Planungsreferaten des für Stadtentwicklung zuständigen Senatsressorts – wollen wir eine stärker quartiers- bzw. stadtteilbezogene Aufgabenwahrnehmung erzielen.

Darüber hinaus wollen wir auf der gesamtstädtischen Ebene in ausgewählten, für die Entwicklung Bremens insgesamt besonders bedeutsamen Gebieten (wie bspw. der Innenstadt, der Galopprennbahn oder dem Vorderen Woltmershausen) eine neue ressortübergreifende Projektsteuerung mit klarem Mandat erproben. Über die Federführung in den einzelnen Gebieten ist je nach Ausgangs- und Problemstellung separat zu entscheiden. Für die verbesserte ressortübergreifende Steuerung in diesen Gebieten ist durch Senatsbeschluss verbindlich festzulegen, welches Ressort die Federführung hat und mit welchen Rechten und Pflichten gegenüber anderen beteiligten Ressorts diese Federführung verbunden ist.

3.3. Wir gestalten ein gutes Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft

Bremen und Bremerhaven sind als Hafen- und Handelsstädte seit Jahrhunderten geprägt von Internationalität, Weltoffenheit und Vielfalt. Die Tradition als Hansestadt hat ein tief verankertes Klima der Toleranz und Liberalität geschaffen, das unsere Städte bis heute auszeichnet und zur hohen Lebensqualität beiträgt. Bremens und Bremerhavens Bevölkerung spiegelt eine große Vielfalt wider, die eine gute Grundlage für die integrationspolitischen Chancen und Herausforderungen unserer Zukunft bietet.

Eine erfolgreiche Integrationsarbeit zielt auf die gleichberechtigte Teilhabe aller, auf die Chance zur Lebensgestaltung ohne Benachteiligung oder Diskriminierung. Dieses Ziel muss in allen fachpolitischen und gesellschaftlichen Handlungsfeldern beachtet und bearbeitet werden.

Das Leben in der Einwanderungsgesellschaft, das Bremen und Bremerhaven seit Jahrzehnten kennzeichnet, muss aktiv gestaltet werden – nicht nur, aber auch aufgrund der gewachsenen Zuwanderung in den letzten Jahren. Die Frage, wie wir gemeinsam miteinander leben, stellt Anforderungen an alle, ob nach Deutschland migriert oder hier geboren, um auf der Grundlage unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung das Zusammenleben immer wieder neu zu definieren. Dies gebietet uns die Kultur einer demokratischen und von Pluralität geprägten Gesellschaft, die aus vielfältigen Lebensmodellen und -formen besteht.

Das **Grundgesetz ist das Fundament** unseres Gemeinwesens und unseres Staates und definiert die Eckpfeiler, an denen sich unser Zusammenleben orientieren muss. Grundrechtsverletzungen sind inakzeptabel, unabhängig davon, wer sie begeht. Und die Grundrechte legen für jeden und jede fest, was wir als Gesellschaft akzeptieren und was nicht. Wir stellen uns dem rassistischen Gedankengut und allen vermeintlichen „Wertebewahrerinnen und Wertebewahrern“ entschieden entgegen, wenn sie Menschen das Recht zur freien Lebensentfaltung absprechen oder die Menschenwürde mit Füßen treten. Und wir fordern Gewaltfreiheit, Gleichheit der Menschen und ihrer Rechte ein, wenn diese Prinzipien unseres demokratischen Rechtsstaates im Alltag nicht gelebt werden.

Migrationspolitik im Bund und in Europa

Die großen Herausforderungen der weltweiten Migrationsbewegungen müssen international, aber besonders auf europäischer Ebene beantwortet werden. Nationale Alleingänge sind unsolidarisch, unverantwortlich und nicht zukunftsfähig. Fluchtursachen müssen bekämpft werden, was für uns nicht bedeutet, die Wege und Mittel der Flucht zu bekämpfen, sondern vor allem an den Ursachen anzusetzen, die den Migrationsdruck auslösen. Auf europäischer Ebene braucht es Hilfen für die europäischen Mitgliedstaaten zur Integration von Flüchtlingen, die Teil eines **solidarischen**

Verteilungssysteme sein sollen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen in diesem Sinne für eine gezielte und faire Einwanderungspolitik.

Unsere Asyl- und Flüchtlingspolitik richten wir an humanitären Maßstäben aus. Dies gilt auch bei Themen wie dem Familiennachzug. Wir achten darauf, dass das Asylrecht und die rechtsstaatlichen Verfahren mit Sorgfalt und fair vollzogen werden können. Leichtfertige Erklärungen von Gebieten (z. B. in Afghanistan) zu Orten, in die abgeschoben werden kann, die jedoch den Verdacht nähren, dass hier nicht die objektive Lage des Herkunftslandes, sondern eine innenpolitische Motivation in Deutschland maßgeblich ist, sind mit uns nicht zu machen. Wir wollen hier die verantwortungsvolle Vorgehensweise Bremens der letzten Jahre fortsetzen.

Bei **Rückführungen** von Menschen, die nicht bleiben können, setzen wir weiterhin auf die freiwillige Rückkehr als erstes und vorzuziehendes Mittel. Dort, wo Abschiebungen von Menschen nötig sind, lehnen wir diese aus Schulen, Kita o.ä. heraus als unverhältnismäßig ab. Sie müssen rechtsstaatlich vollzogen werden. Konsequenterweise werden wir aber ausländische Straftäter und Gefährder in ihre Heimatländer abschieben.

Integration braucht zum Gelingen berechenbare **Bleibeperspektiven**. Wir wollen alle Ansätze stützen, damit ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht mehr Geduldeten eine Perspektive bietet. Es bleibt unser Ziel, eine Ausbildungszeit mit einem echten Bleiberecht zu versehen. Alle Maßnahmen, die junge Menschen zu einer Ausbildung hinführen, müssen die Gewährung einer (Ausbildungs-)Duldung ermöglichen.

Jedoch soll die Asylantragsstellung nicht die einzige Möglichkeit sein, Fuß in Deutschland zu fassen. Wir setzen uns im Bund für ein **Einwanderungsgesetz** ein, das den dringenden Fachkräftebedarf einbezieht und zugleich qualifizierten jungen Menschen aus Ländern mit hohem Migrationsdruck eine Perspektive bietet. Wir wollen ein faires Einwanderungsgesetz, das Integrationsleistungen fordert und würdigt.

Wir wollen hier lebenden Menschen, die sich auf einem guten Weg der Integration befinden, den ‚Spurwechsel‘ zwischen Asylrecht und anderen aufenthaltsrechtlichen Wegen ermöglichen. In der Umsetzung müssen wir den Möglichkeiten eines Gesetzes durch ausreichendes Personal in den Auslandsvertretungen Rechnung tragen.

Im Bund setzen wir uns weiter für die generelle Anerkennung der Mehrstaatlichkeit ein. Einbürgerungen sind Teil des Integrationsprozesses, von der möglichst viele Gebrauch machen sollen. Dazu setzen wir die Bremische Einbürgerungsoffensive fort, damit auch in Bremen und Bremerhaven die Zahl der Einbürgerungen wächst.

Integration in Bremen und Bremerhaven – Integration im Stadtteil

Integration und das Erleben, was es bedeutet, in der Einwanderungsgesellschaft miteinander zu leben, finden im Quartier, in den Stadtteilen statt. Hier liegt die Stärke bei den Menschen, die sich begegnen: Nachbarinnen und Nachbarn, Bekannte oder auch

Fremde, zum Beispiel beim Einkaufen. Hier müssen wir auch einen Umgang damit finden, gegenseitig Lebensstile zu erleben und zu tolerieren, die nicht der eigenen Vorstellung entsprechen. Die Stadtteile und Nachbarschaften sind also der Ort, wo der Gewinn durch Vielfalt ebenso spürbar wird, wie der Teil des Zusammenlebens, der uns fordert und auch anstrengend ist. In Folge der sozialen Zusammensetzung kommt manchen Stadtteilen dabei eine stärkere gesellschaftliche Integrationsaufgabe zu als anderen. Wir erkennen die besondere Integrationsleistung dieser Quartiere an und wollen sie bei der Bewältigung sozialer Herausforderungen u. a. durch zusätzliche Mittel bspw. für Kitas und Schulen unterstützen. Dies alles findet in Folge der Zusammensetzung der Bewohnerschaft in einigen Stadtteilen wesentlich intensiver statt als in anderen.

Denn: Stadtteileinrichtungen und die gesamte soziale Infrastruktur, wie auch Kitas und Schule, bieten ein wertvolles Gerüst zur Gestaltung dieses Zusammenlebens. Im Zentrum stehen die Menschen, die sich begegnen, und alle die, die das Miteinander aktiv formen, sei es ehren- oder hauptamtlich.

Die **Aktiven und Netzwerke in unseren Städten und in den Stadtteilen** aus Ehrenamtlichen, Stadtteilinstitutionen und -initiativen, aber auch die Migrationsorganisationen und Initiativen der Selbsthilfe in der Geflüchteten- und Integrationsarbeit sind wertvolle und unersetzliche Integrationsakteurinnen und -akteure, die wir unterstützen und fördern wollen. Kultur- und Gesundheitsarbeit, Bildungsinitiativen und soziale Dienstleistungen, Sportvereine, Freizeiteinrichtungen und Initiativen der Selbsthilfe – sie alle brauchen Rahmenbedingungen, um als tragfähiges Gerüst der Gesellschaft miteinander wirken zu können.

Als Akteur übergreifender Integrationsthemen schätzen wir das Engagement des **Bremer Rates für Integration** mit all seinen Mitgliedern. Wir werden die Arbeit dieses ehrenamtlichen Gremiums daher mindestens auf dem Niveau der heutigen Rahmenbedingungen unterstützen und dort, wo es notwendig und sinnvoll ist, ausbauen.

Integration Geflüchteter in Bremen und Bremerhaven

Auf Landesebene wollen wir das Aufenthaltsrecht zugunsten der Integration nach humanitären Gesichtspunkten auslegen. Wir sehen uns im Bremer Kurs bestätigt, alle als Bremerinnen und Bremer, als Bremerhavenerinnen und Bremerhavener zu betrachten, die hier leben und sie in Folge dessen an Integrationsangeboten teilhaben zu lassen. Wir halten an den erfolgreichen Maßnahmen zur Integration für Geflüchtete fest, wie sie in den letzten Jahren, zunächst durch die Integrationsbudgets, zusätzlich installiert wurden.

Die Zahl der neu ankommenden Geflüchteten ist aktuell aus verschiedenen Gründen rückläufig. In Kombination mit den guten Maßnahmen zur Integrationsarbeit bietet sich uns in Bremen und Bremerhaven deshalb die Chance, nun die Integration nachhaltiger zu gestalten und aus den in den letzten Jahren oft adhoc geschaffenen Angeboten kontinuierliche Integrationsarbeit zu machen. Fakt ist: Unsere bisherigen integrationspolitischen Maßnahmen können sich im bundesweiten Vergleich

sehen lassen. Das bestätigt uns nicht nur der gute soziale Zusammenhalt und das gesellschaftliche Klima in Bremen und Bremerhaven sondern auch die bundesweite Aufmerksamkeit und Anerkennung für einige unserer integrationspolitischen Maßnahmen. Hierzu zählen zum Beispiel die zukunftsgerichteten Angebote unserer bremischen Hochschulen („HERE“) zur Öffnung der Hochschulen für qualifizierte junge Menschen mit Fluchtbiografie, die Gesundheitskarte für Geflüchtete oder das Vorkurssystem an unseren Schulen. An diesem erfolgreichen Kurs wollen wir festhalten und Bremen und Bremerhaven auch weiterhin als weltoffene Städte integrationspolitisch gestalten.

Sprachangebote und -förderung für alle – von Anfang an und durchgehend, Beratung, schnellstmögliches dezentrales Wohnen mit ausreichend bezahlbarem Wohnraum, frühestmögliche Integration in den Stadtteilen und in ihre Infrastruktur durch Plätze und Kapazitäten in Kita, Schule und Familienzentren, Ausbildung, Hochschule und Arbeitsmarkt – dies sind die Felder und Maßnahmen, die den richtigen Weg zu einer gelingenden Integration weisen. Abschottung der Zugewanderten ist für uns hierzu keine integrationspolitisch sinnvolle Alternative. Wir wollen diese Arbeit, die in großen Teilen in den Stadtteilen geleistet wird, nachhaltig fortsetzen und absichern.

Frauen mit Migrationshintergrund erleben besondere Hürden, wenn es um ihre gesellschaftliche Teilhabe geht – sie sind deutlich seltener erwerbstätig als Migranten und als andere Frauen. In der Gesundheitsversorgung bedürfen sie spezifischer Ansätze. Schwangere Frauen sind besonders schutzbedürftig und brauchen deshalb besondere Angebote. Wir setzen uns dafür ein, besonders für Mütter Sprach- und Integrationskurse mit Kinderbetreuung anzubieten und wollen die bestehenden Programme weiterführen. Ebenso braucht es niedrigschwellige wohnortnahe Angebote der klischeefreien beruflichen Orientierung und Erprobung in unterschiedlichen Arbeitsbereichen.

KiTa und Bildung

Mit der gezielten Unterstützung der Krippen und Kitas und der Verstärkung der Ausstattung unserer Schulen genau dort, wo die Herausforderungen am größten sind, wollen wir mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen, die auch integrationspolitisch sinnvoll und geboten ist. Dies gilt gleichermaßen für den geplanten Qualitätspakt, der den Bildungskonsens begleiten soll (vgl. Teil Bildung).

Wir wollen an der anerkannten Konzeption unserer **Vorkurse** an Schulen festhalten und halten die Balance zwischen separatem Sprachunterricht und frühestmöglicher Anbindung an Regelklassen und -unterricht für wertvoll. Für die große Mehrheit der neu zugewanderten Schülerinnen und Schüler, die nach den Vorklassen weiteren Sprachförderbedarf haben, um dem Regelunterricht folgen zu können, wollen wir geeignete weitere Unterstützungsangebote schaffen.

Mehrsprachigkeit ist ein wertvolles Pfund in einer pluralen Gesellschaft, die wir fördern wollen. Bremen hat eine gewachsene Struktur muttersprachlicher und

herkunftssprachlicher Angebote in der Schule. Wir werden dieses Angebot durch die Aufnahme weiterer wichtiger Herkunftssprachen (z. B. Arabisch) ausweiten.

Junge Zugewanderte, die es in Ausbildungsverhältnisse geschafft haben, wollen wir mit individuell angepassten Maßnahmen unterstützen. Diese Angebote müssen wir in der Quantität erheblich ausweiten, damit sie die Ausbildung und die oft großen Herausforderungen an der Berufsschule meistern können.

Die pädagogischen **Fachkräfte** in Schulen, Kitas, und Jugendeinrichtungen und Vereinen wollen wir im Umgang mit der gewachsenen Diversität der Kinder und Jugendlichen durch eine Schulungsoffensive zu Diversität unterstützen, die an der bisherigen Arbeit der Institutionen anknüpft und Kooperation mit weiteren Akteurinnen und Akteuren einbezieht. Der sensible und kompetente Umgang mit Traumatisierungen oder Anzeichen von Belastungsstörungen fordert unsere pädagogischen Kräfte erheblich. Wir wollen Raum schaffen, hier eine Strategie zu einem flächendeckenden Kompetenzzuwachs und Möglichkeiten für Unterstützungsangebote zu entwickeln.

Wir wollen die **Werte Vermittlung** für alle in den pädagogischen Einrichtungen wie Schule, Kita, Vereine oder Jugendeinrichtungen stärken, die sich nicht nur an Eingewanderte richtet, sondern politische Bildungsarbeit für alle leistet. Pädagogische Fachkräfte müssen unterstützt werden, in ihrer Arbeit die Grundwerte unserer Gesellschaft aktiv vermitteln zu können und Raum zu haben um mit Heranwachsenden Themen wie Antisemitismus, Islam- und Muslimenfeindlichkeit, Antiziganismus und Diskriminierung bearbeiten zu können.

Diversity

Es ist in unserer Gesellschaft und insbesondere für den Staat mit seinen Institutionen wichtig, die Vielfalt der Gesellschaft im Blick zu haben und sich in seinem Agieren auf die Unterschiedlichkeit der Bürgerinnen und Bürger einzustellen. Wir betrachten dabei Diversity als Bewusstsein für die Vielfalt der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Unterschiedlichkeiten in Migrationserfahrungen, Alter, Geschlecht, Behinderung, Religion und Weltanschauung, sozialer Herkunft, sexueller Orientierung und Lebensstil.

Der Öffentliche Dienst muss als Arbeitgeber und in der Ausgestaltung seiner Dienstleistungen gegenüber Bremerinnen und Bremern, Bremerhavenerinnen und Bremerhavenern, vorbildlich sein. Die begonnene Arbeit im Diversity-Management muss engagiert fortgesetzt und in der Breite entwickelt werden. Dem Abbau von Sprachbarrieren muss besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Kunst und Kultur kommen im Umgang mit gesellschaftlichen Veränderungen eine besondere Bedeutung zu. Sowohl in den großen Kultureinrichtungen wie auch in der Stadtteilkultur spielen kulturelle Vielfalt und das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft künstlerisch, aber auch in der Teilhabe neuer Zielgruppen eine wichtige Rolle. Die Kunst und Kultur mit allen ihren Akteurinnen und Akteuren

können einen bedeutsamen Beitrag für ein lebendiges Integrationsklima in einer dynamischen Stadtgesellschaft leisten. Die im Kunst-, Kultur- und Bildungsbereich begonnene Diversitätsarbeit und die Innovationsarbeit schätzen wir sehr, ob sie auf Stadtteilebene oder in größerem Rahmen bewegt wird. Vier große Einrichtungen aus Bremen (Theater Bremen, Stadtbibliothek Bremen, Focke-Museum, Kunsthalle Bremen) haben sich vorbildlich aufgestellt und konnten sich in einem bundesweiten Verfahren durchsetzen – sie erhalten im Rahmen einer Förderung der Kulturstiftung des Bundes die Möglichkeit, sich noch weitergehender Diversityfragen zu widmen. Wir wollen diese zukunftsweisenden Schritte begleiten und ihre Ergebnisse in die Kulturarbeit auf Dauer übertragen.

Antidiskriminierung

Ein gesellschaftliches Klima der Toleranz und des Miteinanders entsteht am besten durch eine kontinuierliche und frühzeitige **Präventionsarbeit**. Besonders in den Bildungs- und Freizeiteinrichtungen für unsere Kinder und Jugendlichen muss die Auseinandersetzung über die Werte unseres Zusammenlebens, über das Miteinander in einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft Raum haben. Dies ist wichtig, um Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, aber auch Homophobie und Diskriminierung präventiv entgegen zu wirken.

Diskriminierungserfahrungen und die damit verbundene Ohnmacht gehören bedauerlicherweise zum Alltag vieler Menschen. Nachdem die #MeToo-Debatte alltäglichen Sexismus in den Fokus der gesellschaftlichen Debatte gerückt hat, hat nicht zuletzt die #MeTwo-Debatte hier vieles in ein breiteres Bewusstsein getragen, was zuvor vorrangig in Studien zu Diskriminierung in Deutschland zu lesen war. Diskriminierungserfahrungen befördern das Gefühl des Nichtdazugehörens, stehen gleichberechtigter Teilhabe entgegen und sind Gift in der Bemühung um gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir setzen uns für eine Wirksamkeit und Durchsetzung des heute bereits rechtsgültigen Schutzes vor Diskriminierung ein. Es geht uns hierbei zum einen um Schutz vor Diskriminierung auf der individuellen Ebene, aber auch um den Abbau struktureller Diskriminierung von Institutionen im Sinne einer umfassenden Diversity-Strategie.

Die **Beratung** für individuelle Diskriminierungsfälle wollen wir in ihren Kapazitäten stärken, um dem hohen Fallaufkommen und der hohen Komplexität der Beratung bei Mehrfachdiskriminierung Rechnung zu tragen. Dazu wollen wir das Netzwerk gegen Diskriminierung mit den Ressourcen ausstatten, die seine Arbeitsfähigkeit sichern, damit es den Anspruch an seine Funktion erfüllen kann.

Mit Blick auf das Diskriminierungsrecht wollen wir auf Landesebene prüfen, mit welchen ergänzenden rechtlichen Regelungen und der Ausgestaltung der Umsetzung wir den Diskriminierungsschutz auf individueller und struktureller Ebene verbessern können. In Umsetzung der Istanbul-Konvention wollen wir für das Land Bremen eine Gesamtstrategie entwickeln und das Hilfesystem weiterentwickeln, so

dass Frauen unabhängig von ihrem sozialen Status oder Herkunftsland eine schnelle unbürokratische Unterstützung bekommen. Die Bedarfe von betroffenen Kindern, aber auch von mehrfach belasteten Frauen sollen besondere Beachtung finden. Ebenso sollen Frauen im Frauenhaus bei der Wohnungssuche unterstützt werden. Dafür werden wir die notwendigen Ressourcen bereitstellen. Für die Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes in Unterkünften für geflüchtete Menschen werden wir die notwendigen Ressourcen für Fortbildungen und die Ansprache von neu zugewanderten Frauen und Männern weiter bereitstellen.

4. Gute Arbeit für alle

4.1 Landes-Spielräume für „Gute Arbeit“ nutzen

Das Land Bremen wies zuletzt das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer auf. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist auf rund 330.000 Menschen angestiegen. Kurz: Bremens Wirtschaft brummt. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: dieser Erfolg muss auch bei denjenigen ankommen, die ihn erarbeiten, bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Dazu braucht es „Gute Arbeit“. Das bedeutet für uns Vorfahrt für Tarifverträge, betriebliche Mitbestimmung und faire Löhne; die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses, die Förderung von sozialer Absicherung, Aufstiegschancen und Beschäftigungssicherheit sowie Gesundheitsförderung; die Ermöglichung von Arbeitszeitmodellen, die zum Leben passen.

In Bremen sind wir traditionell mit gutem Beispiel vorgegangen. Das ist Ausdruck sozialdemokratischer Regierungspolitik. Diesen Weg werden wir fortsetzen. Wir wollen Bremen und Bremerhaven zu „Städten guter Arbeit“ machen:

- Wir werden in Bremen als Vorbild für den Bund den **Bremer Landesmindestlohn** so schnell wie möglich auf 12 Euro die Stunde erhöhen, indem wir ihn künftig an den untersten Stundenlohn nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes koppeln. Dieser Wert liegt aktuell bei rund 10,80 Euro und gewährleistet, dass ein Single in Vollzeit nicht mit Hilfe vom Amt ‚aufstocken‘ muss (Grenzwert in Bremen laut Hans-Böckler-Stiftung derzeit 10,53 Euro). Perspektivisch steigt er über 12 Euro pro Stunde.
- Wir wollen Tariftreue stärken: um bei öffentlichen Ausschreibungen konsequent Tariftreue z. B. von privaten Wachdiensten, Catering-Anbietern u. a. zu verlangen, werden wir die von der Sozialdemokratie in Europa erkämpfte neue Entsenderichtlinie schnellstmöglich ausschöpfen. Außerdem setzen wir uns für stärkere Kontrollen durch den Zoll ein, damit auch wirklich jedes Unternehmen sich an die Tarifverträge hält.

- Wir setzen uns in allen Einflussbereichen für Tarifbindung und für Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ein, wie derzeit erfolgreich bei Hotels und Gaststätten. Insbesondere werden wir weiter mit Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag (Ausbildungs-TV und allgemeiner TV) in der Pflege kämpfen. Im Bund wird ein sozialdemokratischer Senat weiterhin für die Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen eintreten.
- Wir bekennen uns in Bremen zur – keineswegs in allen Ländern üblichen – vollen Tarifdeckung im öffentlich beherrschten Bereich. Zusätzlich holen wir die Musikschule zurück in den Bereich des öffentlichen Dienstes und bieten den arbeitnehmerähnlich Beschäftigten der Volkshochschule schrittweise die Übernahme in ein Angestelltenverhältnis an. Wir stehen zu der Umsetzung der Rahmenvereinbarungen mit den Beschäftigten. Das Streben der „Hi-Wis“ an den Hochschulen nach einem Tarifvertrag begrüßen wir und werden es – auch als Beitrag zur wiedererstarkenden gewerkschaftlichen Organisation von Akademikerinnen und Akademikern – konstruktiv begleiten.
- Wir sehen und fördern eine starke Sozialpartnerschaft als Voraussetzung guter Arbeit. Der mit den Branchendialogen begonnene Dialogprozess im Einzelhandel- und Gastrobereich wird fortgesetzt. Im Bereich der öffentlich-rechtlichen Körperschaften ist für uns der Dreiklang aus Arbeitnehmer-, Handels- und Handwerkskammer unverzichtbarer Baustein der bremischen Wirtschafts- und Sozialverfassung.
- Wir setzen uns im Bund für die weitere Einschränkung prekärer Beschäftigung in Form von Leiharbeit, Befristungen, Minijobs und missbräuchlichen Werkverträgen ein und unterstützen die aktuell von der SPD durchgesetzten Verbesserungen. In Bremen werden wir weiter auf sachgrundlose Befristungen verzichten (Bremer Erklärung), Befristungen mit Sachgrund auf ein Minimum reduzieren sowie Leiharbeit und Mini-Jobs nur in Ausnahmefällen zulassen, wenn es die Aufgabenerfüllung erfordert. Wir wollen für Projektbeschäftigte im öffentlichen Dienst ein Poolmodell zur Verstetigung entwickeln.
- Wir machen Mut zu Mitbestimmung: wir ermutigen Beschäftigte wie Arbeitgeber, sie gerade in Zeiten der Digitalisierung und der Zunahme mobiler Arbeit (Home-Offices) als Stärke zu erkennen. Wir sehen Betriebs- und Personalräte als natürliche Gesprächspartner des Senats. Die gesetzliche Mitbestimmung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (Personalvertretungsgesetz) werden wir schützen.
- Religiöses Bekenntnis und religiöse Betätigung sind Privatsache und für uns keine Frage der Einstellung. Deshalb erwarten wir die Bereitschaft der Kirchen, tatsächliche Benachteiligungen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der betrieblichen Mitbestimmung und der Gestaltung der grundlegenden Arbeitsbedingungen und -entgelte gegenüber allgemeinem Arbeitsrecht zu beenden. In den verkündungsfernen Bereichen, vor allem in kirchlichen Wohlfahrtsverbänden, darf es keine arbeitsrechtliche Sanktionierung außerberuflichen Verhaltens geben. Die Regelungen, die von der Diakonie in Niedersachsen und der Caritas getroffen wurden, sind für uns der richtige Weg. Wir werden die nach wie vor notwendigen

Gespräche mit den Kirchen gemeinsam mit den Gewerkschaften im Sinne und zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fortsetzen.

- Wir werden auch bei der Frage einer Bürgerversicherung im Gesundheitssystem mit gutem Beispiel vorangehen: Bremer und Bremerhavener Beamtinnen und Beamten wollen wir künftig nach Hamburger Vorbild auch faktisch die Möglichkeit geben, sich für eine gesetzliche Krankenversicherung zu entscheiden.
- Wir sorgen für eine angemessene Personalausstattung im öffentlichen Dienst. Nach einem Vierteljahrhundert Personalabbau ist in vielen Dienststellen die Grenze der Belastbarkeit ausgereizt. Daher werden wir den Personalabbau beenden. Schwerpunkte für Verbesserungen in der Personalausstattung bleiben für uns auch in Zukunft die Schulen, KiTas, Polizei, Justiz und der Bürgerservice.
- Den Schutz von Sonn- und Feiertagen erhalten wir aufrecht. Eine weitere Aufweichung wird es mit uns nicht geben.
- Wir werden Beschäftigte bei der Durchsetzung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes unterstützen. Dafür werden wir die Gewerbeaufsicht personell stärken sowie eine Hotline zur Meldung von Gesetzesverstößen einrichten.
- Wir werden die Beratungsstelle für mobile Beschäftigte absichern. Mit der Beratung der meist ausländischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen über ihre Rechte verhindern wir Ausbeutung und schützen auch alle übrigen Beschäftigten. Wir streben an, die Beratungsstelle in Kooperation mit Niedersachsen auszubauen.
- Die nach wie vor geschlechtsspezifische Aufteilung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes führt immer noch viel zu häufig zu strukturellen, ökonomischen und persönlichen Benachteiligungen von Frauen. In der ungleichen Bezahlung, dem sogenannten „gender pay gap“ findet das unmittelbar spürbar Ausdruck. So wird etwa erwerbsmäßige Sorgearbeit zu fast 80% von Frauen geleistet, der hohen Verantwortung dieser Tätigkeiten widersprechend aber oft gegen geringe Entlohnung und unter prekären Arbeitsbedingungen. Diese Ungerechtigkeit zu beenden, ist unser Ziel.
- Wir werden Frauen beim Durchbrechen der „gläsernen Decke“ zu Führungspositionen unterstützen. Dazu werden wir mit den öffentlichen Unternehmen Zielvereinbarungen schließen und auch von ihrer Einhaltung die Boni der Führungskräfte abhängig machen. In den Personalberichten des Senats werden wir auch künftig über den Erfolg (Frauenanteil in Aufsichtsräten und Vorständen der öffentlichen Unternehmen) berichten.

4.2 Aus- und Weiterbildung sind der Schlüssel zu guter Arbeit

Die beste Absicherung gegen Arbeitslosigkeit ist Ausbildung! Aktuell sind zwei von drei Arbeitslosen im Land Bremen ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Neben einem ausreichenden Arbeitsplatzangebot ist es oft die Qualifikation, die für Menschen den

Unterschied macht, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden und ihre beruflichen Vorstellungen verwirklichen zu können.

Hinzu kommt, dass angesichts der fortschreitenden Digitalisierung die Bedeutung von überfachlichen Kompetenzen zur Bewältigung der Herausforderungen in der Berufs- und Arbeitswelt ständig zunimmt. Allgemeine und berufliche Bildungsinhalte verzahnen sich immer stärker und Übergänge werden immer fließender. Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe können nur über lebenslanges Lernen durch professionelle Beratung einerseits sowie durch Anschlussfähigkeit bei erreichten Bildungsabschlüssen andererseits sichergestellt werden. Die Fort- und Weiterbildung von Nachwuchskräften ist mitentscheidend für ein hohes Qualifikationsniveau am bremischen Arbeitsmarkt und leistet einen wichtigen Beitrag zur Standortattraktivität.

Deshalb wollen und müssen wir den von uns begonnenen landespolitischen Schwerpunkt auf abschlussbezogene Qualifizierung fortsetzen. Mit dem Landesprogramm Ausbildungsgarantie und der Einführung der Jugendberufsagentur haben wir einen neuen Weg in Bremens Ausbildungspolitik eingeschlagen. Diesen gilt es jetzt auszubauen. Wir begreifen dies als Pflicht gerade gegenüber Bremens Jugend, ihr gerechte Teilhabe und Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Aber auch als Chance, Bremen in der digitalisierten Wissensökonomie zur Fachkräftehochburg Deutschlands zu machen und als langfristig wirksamstes Mittel zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit in unseren beiden Städten.

Diese Chancen wollen wir ergreifen, indem wir die Ausbildungsgarantie verwirklichen. Wir werden unsere Anstrengungen nicht ruhen lassen, bis alle jungen Leute nach der Schule entweder ein Ausbildungsangebot oder ein weiterführendes Angebot mit dem Ziel Berufsausbildung erhalten. Dazu werden wir folgende Maßnahmen umsetzen: Durch feste Berufsorientierungskräfte an den weiterführenden Schulen soll der Brückenschlag zur Wirtschaft, zum Handwerk und zu deren vielfältigen Berufsmöglichkeiten gestärkt werden. Wir treten für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ein und werden daher die finanzielle Ausstattung der Berufsschulen an der der anderen Stadtstaaten orientieren. Die Landschaft der berufsbildenden Schulen in der Stadtgemeinde Bremen soll im Rahmen einer Schulstandortplanung in der mittleren und längeren Frist neu geordnet und zukunftsfest ausgestaltet werden. Ziel ist einerseits, Ausstattung und baulichen Zustand der Berufsschulen für mehr Lehr- und Lernqualität zu verbessern. Andererseits wollen wir Schritt für Schritt bei anstehenden Baumaßnahmen Berufsschulstandorte zu einem Bildungscampus, also zu einem Lern-, Fortbildungs- und Begegnungszentrum zusammenlegen, beginnend in Blumenthal (vgl. Kapitel 2.5). Im Kontext der „Metropolregion“ streben Bremen und Bremerhaven eine regionale Abstimmung mit dem niedersächsischen Umland über eine bedarfsgerechte und arbeitsteilige Entwicklung der beruflichen Bildung an.

Wir wollen die berufsbildenden Schulen dabei in ihrer Innovationskraft und Integrationsleistung weiter stärken. Dazu gehört auch die Etablierung eines Unterstützungssystems,

das die jungen Menschen auf dem Weg zu einem Berufsabschluss begleitet und unterstützt, um Ausbildungsabbrüche zu minimieren. Flankierende Hilfen zur Unterstützung von Jugendlichen und Betrieben beim Einstieg in die Arbeitswelt, zur besseren Vernetzung der von jungen Menschen und Betrieben festgestellten Lernbedarfe mit den Berufsschulen und zur Vermeidung von Abbrüchen werden wir ausbauen. Das hilft nicht nur, aber auch geflüchteten jungen Menschen bei der Integration in Ausbildung. Wir wollen, dass die verantwortlichen Stellen auf die jungen Menschen und Betriebe zugehen und nicht umgekehrt. Dafür soll die Schulsozialarbeit an allen berufsbildenden Schulen etabliert werden. Auf diese Weise unterstützen wir vor allem kleinere Betriebe mit hoher Ausbildungsbereitschaft, gerade im Handwerk. Die Kooperation mit den Ausbildungsunternehmen stellt eine wesentliche Gelingensbedingung für gute Ausbildung dar. Sie muss gefördert und gestärkt werden.

Wir müssen aber auch feststellen, dass insgesamt die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze nicht ausreicht. Und das obwohl von Seiten des Senats bei der Umsetzung der Ausbildungsgarantie in Bremen und Bremerhaven in den vergangenen Jahren wichtige Schritte gemacht worden sind. Bremen ist mit seinen eigenen Unternehmen auch wirtschaftlich tätig. Auch die Unternehmen in öffentlicher Hand tragen für die Ausbildung junger Menschen eine besondere Verantwortung. Die Zusagen der öffentlichen Hand werden wir auch in Zukunft einhalten. Aber auch die private Wirtschaft ist gefordert, ihre Anstrengungen weiter zu intensivieren. Es ist nicht hinnehmbar, dass mit Mitteln der öffentlichen Hand im Rahmen der Ausbildungsgarantie bisher 480 neue Ausbildungsmöglichkeiten entstanden sind, aber gleichzeitig die Zahl der Ausbildungsplätze in der Privatwirtschaft zurückgeht.

Um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, wollen wir die Sozialpartner bei der Einführung von Ausbildungsfonds unterstützen. Wie in der Baubranche praktiziert werden ausbildende Unternehmen so entlastet und Investitionen in Ausbildung zwischen den Unternehmen solidarisch verteilt – das ist im Interesse der jungen Menschen und der Fachkräftesicherung der Wirtschaft. Wenn die in den Bremer Vereinbarungen von den Partnern zugesagten Anstrengungen nicht zur vereinbarten Steigerung der besetzten Ausbildungsplätze führt und es nicht zu wirksamen branchenbezogenen tarifvertraglichen Lösungen kommt, werden wir nach dem Muster der Pflegebranche ein verbindliches, branchenbezogenes System entwickeln, für das dann auch geeignete rechtliche Grundlagen geschaffen werden.

Damit wir sicherstellen können, dass am Übergang von Schule und Beruf alle jungen Menschen ihren Ausbildungsplatz finden oder ein Angebot der Ausbildungsgarantie erhalten, das sie auf ihrem Weg bis zum Berufsabschluss voranbringt, brauchen wir eine effektiv arbeitende Jugendberufsagentur. Wir werden den Organisationsprozess als Land und Städte mit Hochdruck vorantreiben und erwarten im Interesse der jungen Menschen dasselbe von allen anderen Akteuren.

Wir schätzen die berufliche Ausbildung. Wir werden das Begrüßungsgeld für Azubis fortführen und die Beantragung weiter vereinfachen. Wir arbeiten dafür, dass Auszubildende soziale Hilfen im Bereich Wohnen und öffentlicher Nahverkehr erhalten, wie dies auch Studierende tun.

Der erste Schritt ist die Verwirklichung eines Auszubildendenwohnheims, das wir bereits planen. Über ein „Azubi-Ticket“ für den ÖPNV sind wir im Gespräch mit den Kammern, die die ausbildenden Betriebe organisieren.

Wir werden die **Ausbildung in den sozialen Berufen** aufwerten: duale (praxisintegrierte) Ausbildung soll auch für Erzieherinnen und Erzieher selbstverständlich werden. Die ersten Klassen haben wir bereits eingerichtet und wollen dies ausbauen und auch auf andere soziale Berufe ausweiten. In den therapeutischen Berufen führen wir die Lehrgeldfreiheit ein.

Die Agentur für Arbeit und die Jobcenter werden wir dabei unterstützen, **abschlussorientierte Qualifizierungsangebote** zu verstärken. Wer an- oder ungelern ist, hat die höchste „Bildungsrendite“ beim Erreichen eines Abschlusses. Unser Ziel ist es, nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen und den Zugang in die Langzeitarbeitslosigkeit zu verringern. Wir werden den kommunalen Einfluss auf Agentur und Jobcenter weiterentwickeln und offensiv nutzen, damit mehr Arbeitslose einen Berufsabschluss erreichen.

Durch ein **Qualifizierungsgeld** wollen wir die finanziellen Rahmenbedingungen für Umschülerinnen und Umschüler verbessern, damit niemand mehr aus finanziellen Gründen auf die Teilnahme verzichten muss. Wir werden uns für ein bundesweites Qualifizierungsgeld einsetzen. Bis eine bundesgesetzliche Änderung erreicht ist, wollen wir im SGB II mit einem Landesprogramm Umschülerinnen und Umschüler mit einer anrechnungsfreien monatlichen Pauschale für den finanziellen Mehraufwand entschädigen, der mit einer Umschulung verbunden ist. Inwieweit dies auch für die Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld I möglich ist, werden wir prüfen. Für Berufstätige wollen wir zudem prüfen, ob das Land sie im Rahmen eines Modellprojekts mit einem am Einkommen orientierten Qualifizierungsgeld unterstützen kann.

Im Bund werden wir uns dafür einsetzen, die Arbeitslosenversicherung zu einer „Arbeitsversicherung“ weiterzuentwickeln und die Agentur für Arbeit zu einer „Agentur für Arbeit und Qualifizierung“. Das heißt konkret: Versicherte sollen auch ohne (drohende) Arbeitslosigkeit ein **Recht auf Weiterbildung** erwerben. Damit bleiben sie in Zeiten der Digitalisierung besser auf der Höhe der Zeit. Und wer z. B. einen körperlich belastenden Beruf ausübt und über Jahrzehnte Beiträge zahlt, muss das Recht bekommen, für die letzte Phase des Berufslebens noch einmal „umsatteln“ zu können.

Wir haben erfolgreich eingeführt, allen Absolventinnen und Absolventen von Meisterkursen oder vergleichbaren Aufstiegsfortbildungen eine Prämie (von 4.000 Euro) zu

zahlen. Denn während Schulbildung und Studium in der Regel kostenlos sind, müssen die Kosten für eine Aufstiegsfortbildung wie z. B. Meister/in, Fachwirt/in, Fachkaufleute u. a. von den Teilnehmenden selber finanziert werden. Ein Kernpunkt sozialdemokratischer Politik ist die Akzeptanz der Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung. Diese wollen wir in allen Bereichen verwirklichen.

Wir werden Beschäftigte und Betriebe aktiv in die digitale Zukunft begleiten. Dafür werden wir die vorhandenen Instrumente zur Information, Förderung und Beratung im Bereich Digitalisierung weiter ausbauen. Die digitale Transformation stellt branchenübergreifend Herausforderungen an die Organisation der Betriebe und an die Qualifizierung der Mitarbeitenden. Diesen wollen wir im Rahmen eines Landesprogrammes „Digitalisierung“ im engen Dialog mit den Sozialpartnern begegnen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass „Gute Arbeit“ auch für die Beschäftigten in der Weiterbildung gilt. Deshalb soll die Beschäftigung in der öffentlich finanzierten Weiterbildung in der Regel im Rahmen eines Normalarbeitsverhältnisses (fest angestellt, unbefristet, in Vollzeit tätig, Gehalt nach Tarifvertrag, Teilzeit nur auf Wunsch) ausgeübt werden. Außerdem werden wir darauf achten, dass Frauen und gerade Alleinerziehende bereits bei der Konzeption von Weiterbildungsangeboten einbezogen werden, damit sie Weiterbildungsangebote verstärkt nutzen können und wollen. Im Bund werden wir uns für eine Bundesrahmengesetzgebung für die gesamte Weiterbildung stark machen, die die Grundsätze und den Rahmen für die Angebote, den Zugang, die Qualitätssicherung, die Finanzierung sowie Partizipations- und Supportstrukturen ebenso festlegt wie für die Professionalität des Personals.

4.3 Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren: Der soziale Arbeitsmarkt kommt!

„Jeder hat ein Recht auf Arbeit“. So schreibt die Bremische Landesverfassung eine traditionelle Forderung der Sozialdemokratie fest. Deshalb steht die Schaffung guter Arbeitsplätze für Frauen und Männer im Zentrum unserer Politik. Im Land Bremen sind in den letzten vier Jahren mehr als 20.000 zusätzliche Stellen entstanden. Wir übersehen aber nicht: der anhaltende wirtschaftliche Aufschwung im Land Bremen kommt bei Langzeitarbeitslosen nur selten an. Sie erhalten selbst in guten Zeiten kaum eine Chance auf eine Stelle. Und: fast die Hälfte aller Arbeitslosen in unserem Zwei-Städte-Staat ist langzeitarbeitslos.

Wir wollen uns damit nicht abfinden und dem Motto „Arbeit finanzieren, nicht Arbeitslosigkeit!“ folgen. Deshalb hat Bürgermeister Carsten Sieling nach seiner Wahl die Schaffung von Arbeitsangeboten für Langzeitarbeitslose angekündigt. Der Senat hat daraufhin die **Landesprogramme „Perspektive Arbeit“ und „Perspektive Arbeit – Saubere Stadt“** eingerichtet. Insgesamt über 600 Menschen erhalten damit nicht nur eine wirtschaftliche Verbesserung ihrer Lebenssituation, sondern auch Anerkennung,

Würde, Teilhabe am sozialen Leben – und leisten Arbeit, die der Gemeinschaft in den Stadtteilen konkret nützt.

Als SPD sind wir stolz, diese Programme eingeführt zu haben und bekennen uns dazu, unsere Anstrengungen fortzusetzen. Unser Ziel ist ein sozialer Arbeitsmarkt, der alle Langzeitarbeitslosen, die arbeiten wollen und können, erreicht. Dafür muss auch der Bund seiner Verantwortung nachkommen. Mit dem Teilhabechancengesetz hat die SPD in der Bundesregierung den ersten Schritt vorgelegt. Die daraus erwachsenden Chancen, den sozialen Zusammenhalt in Bremerhaven und in Bremen weiter zu stärken, wollen wir durch die folgenden Maßnahmen nutzen:

- Wir werden die bisherigen **Landesprogramme** so weiterentwickeln, dass sie im Zusammenwirken mit den Bundesmaßnahmen zu einer möglichst großen Anzahl an Förderungen führen. Wir werden sie primär an Langzeitarbeitslose richten, die die Rechte und Pflichten eines Arbeitsvertrages voll erfüllen können und wollen. Es ist daher für uns als Sozialdemokratie politisch unerlässlich, diese Zielgruppe in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen zu beschäftigen. Wir setzen uns dafür ein, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmern, denen kein Übergang in ungeforderte Beschäftigung gelingt, weiter am sozialen Arbeitsmarkt beschäftigt werden. Wir wollen auch in Zukunft mit den Tätigkeiten Mehrwert für den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren schaffen, z. B. in Bürgerzentren oder bei der BSAG.
- Für diejenigen, die zunächst noch niedrigschwelligere Förderung benötigen, z. B. zur Wiedergewinnung von Tagesstruktur, werden wir **bewährte Förderstrukturen fortführen und wo möglich ergänzen**, wie die Lokalen Beschäftigungszentren oder die Förderzentren. Wir werden uns für auskömmliche Eingliederungstitel einsetzen, die es Bremen ermöglichen, die Maßnahmen angesichts des hohen Bedarfs weiter auszubauen.
- Außerdem wollen wir **passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen** zur Verfügung stellen, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei Übergängen bis hin zum ersten Arbeitsmarkt passgenau fördern, egal an welcher Stufe der “Fördertreppe”. Dazu gehören Sprachkurse, fachspezifische und modularisierte Qualifizierungen bis hin zur Möglichkeit, zertifizierte Teilqualifikationen zu erwerben. Zu stärken sind soziale Hilfen wie Gesundheitsförderung und nicht zuletzt Kinderbetreuung. Wir werden einen Anspruch auf Kinderbetreuung bereits bei der Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen einführen.
- Wir werden das **Teilhabechancengesetz** des Bundes nutzen, um zusätzliche Plätze zu schaffen. Damit können wir gerade diejenigen fördern, die niedrigschwelligere Förderangebote erfolgreich durchlaufen haben. Wir begrüßen deshalb auch, dass das Gesetz endlich den “Passiv-Aktiv-Transfer“ (also die Finanzierung von Arbeitsangeboten durch das ansonsten gezahlte Arbeitslosengeld), zumindest in begrenztem Umfang ermöglicht. Gleichzeitig werden wir uns im Bund dafür einsetzen, dass das Teilhabechancengesetz möglichst viele Menschen erreicht. Wir werden nach einer ersten Phase eine Evaluation einfordern, insbesondere zur

Frage, ob die Mindestbezugsdauer gesenkt werden sollte. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass die Plätze nach Tarif vergütet werden. Schließlich werden wir den Bund auch weiter in die Pflicht nehmen. Angesichts der Bedarfe, nicht nur am Bremer Arbeitsmarkt, braucht es einen weiteren Ausbau der Maßnahmen für alle ca. 300.000 Langzeitarbeitslosen in Deutschland. Auf diese Weise schaffen wir für einen umfassenden sozialen Arbeitsmarkt und das “Recht auf Arbeit“.

4.4 Das Recht auf Arbeit für behinderte Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt stärken

Die zentrale Leitidee der UN-Behindertenrechtskonvention, von der Bundesrepublik Deutschland 2009 ratifiziert, besteht darin, behinderte Menschen den gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Arbeit und Beruf, Freizeit und Kultur – und damit zu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens – zu garantieren.

Führende Behindertenverbände kritisieren seit langem die geringe Übergangsquote aus den Werkstätten für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Sie fordern, dass die im Sozialgesetzbuch genannte Aufgabe – Förderung des Überganges von der Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt – besser als bisher durch die Werkstätten umgesetzt wird. Wir werden diese Forderung unterstützen und dafür Sorge tragen, dass vor allem diejenigen Strukturen überwunden werden, die auf Verbesserung behinderter Menschen ausgerichtet sind. Hierzu werden wir Informationen über Förderinstrumente, wie beispielhaft das Budget für Arbeit, auf geeignetem Wege in unseren Städten Bremen und Bremerhaven bekannter machen.

5. Wirtschaft: Industrie- und Dienstleistungsstandort Bremen(s) stärken!

Die Wirtschaft im Land Bremen hat in den zurückliegenden Jahren sehr erfolgreich einen tiefgreifenden Strukturwandel vollzogen. Nach den schweren Krisen im Schiffbau und anderen Branchen, in denen Bremen traditionell stark war, haben sich neue starke industrielle Kerne mit einer hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit herausgebildet. Gleichzeitig sind die Dienstleistungsbranchen überproportional gewachsen und stellen mittlerweile mehr als drei Viertel aller Arbeitsplätze in unseren beiden Städten.

Im Ergebnis weist Bremen heute im Vergleich der Bundesländer das zweithöchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf auf. Beim Export von Waren und Dienstleistungen liegt es, gemessen an seiner wirtschaftlichen Größe, sogar mit deutlichem Abstand an der Spitze. Die Wirtschaft insgesamt wächst seit Jahren und wies in 2017 sogar die höchste Steigerung aller Bundesländer auf.

Durch diese gute wirtschaftliche Entwicklung sind alleine in der laufenden Legislaturperiode bis Mitte 2018 in Bremen und Bremerhaven per Saldo über 20.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. In der Summe gibt es damit im Land Bremen so viele Arbeitsplätze wie noch nie.

Nach den Umbrüchen der Vergangenheit zeichnet sich allerdings schon ein neuer tiefgreifender struktureller Wandel ab. Seine Triebkraft ist die fortschreitende Digitalisierung von Technik, Arbeit und Wirtschaft, die in immer mehr Bereiche vordringt, diese verändert und die Unternehmen und ihre Beschäftigten vor große Herausforderungen stellt. Auch dieser Wandel wird dazu führen, dass sich die bisherigen Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze verändern werden. Gleichzeitig wird der technologische Fortschritt vielfältige Chancen für neue Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsideen eröffnen und Potentiale für neue Arbeitsplätze schaffen. Diese Chancen aktiv und offensiv zu nutzen und dabei die spezifischen Stärken des Industrie- und Dienstleistungsstandorts Bremens zu nutzen, das wird die große und übergreifende Aufgabe der nächsten Jahre sein! Ebenso wollen wir alternative Arten des Wirtschaftens in Bremen (beispielsweise Ansätze zur Gemeinwohlökonomie oder Genossenschaftsmodelle) unterstützen.

5.1 Industrie

Bremen und Bremerhaven sind starke Industrie- und Produktionsstandorte mit einer Vielzahl von sich im internationalen Wettbewerb behauptenden großen, mittleren und kleinen Unternehmen. Bremen ist der sechstgrößte Industriestandort in Deutschland. Im Rahmen unserer Industriepolitik wollen wir diese Stärke nutzen und ausbauen, in dem wir der Industrie auch weiterhin Flächenperspektiven bieten und künftig auch auf institutionalisierte Dialoge zwischen Betrieben, Gewerkschaften und Politik unter Einbindung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen setzen. Ein solcher Rahmen ermöglicht, gemeinsame Handlungsfelder und Interessen, aber auch betriebliche Konfliktpotenziale zu erörtern, zum Beispiel in den Bereichen Digitalisierung/Industrie 4.0, Flächenentwicklung oder Infrastrukturinvestitionen. Darüber hinaus wollen wir hier auch branchenspezifische Fragestellungen für die zukünftige Entwicklung des Industriestandortes Bremen diskutieren und umsetzen.

Dazu gehört insb. auch die Frage der Entwicklung zukunftsfähiger Antriebsstrukturen und die E-Mobilität. Als Industriestandort mit einem starken Automobilsektor mit seinen vielen Zulieferbetrieben haben wir hierfür insbesondere in Kombination mit unserem Forschungs- und Wissenschaftsstandort exzellente Voraussetzungen für die Entwicklungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Wer auch weiterhin industrielle Arbeitsplätze in Bremen erhalten will, der muss diese Industrien auf ihrem Weg zu mehr Nachhaltigkeit unterstützen. Hier wollen wir gemeinsam mit den Betrieben und Beschäftigten eine nachhaltige Zukunftsperspektive entwickeln.

Das Bremer Stahlwerk wird nur dann dauerhafte Perspektiven haben können, wenn es faire Handelsbedingungen gibt. Denn, wie viele europäische Stahlwerke, wird es bedroht durch Billigimporte durch Dumpingstahl und dadurch, dass außereuropäisch hergestellter Stahl nicht den europäischen CO₂-Abgaben-Normen unterliegt. Der Klimaschutz erfordert globale Maßnahmen. Der europäische CO₂-Zertifikate-Handel ist richtig, nur müssen diese Regelungen weltweit umgesetzt werden, wenn sie die gewünschte Wirkung entfalten sollen. Um ein CO₂-Dumping mit einem Anstieg der weltweiten CO₂-Emissionen zu verhindern, müssen Importstähle mit einer CO₂-Abgabe belegt werden: Wir unterstützen daher die von der EU ergriffenen Anti-Dumping-Maßnahmen und fordern auch bei Importstählen CO₂-Abgaben einzuführen.

5.2 Handwerk

Das lokale und regionale Handwerk bietet für Bremen und Bremerhaven eine große Anzahl von Arbeitsplätzen und ist wichtiger Akteur auf dem Ausbildungsmarkt. Das Handwerk im Land Bremen werden wir durch einen Masterplan Handwerk unterstützen, indem wir spezifische Flächenangebote, Ausbildungs- und Qualifizierungsthemen sowie Fragestellungen bezüglich der gezielten Förderung im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe miteinander verknüpfen. Hierzu gehört auch z. B. gemeinsam mit dem Handwerk schon in den Schulen für dieses zu werben und das Image von Handwerksberufen attraktiver zu gestalten.

5.3 Dienstleistungen

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen der wachsenden Bedeutung des Dienstleistungssektors und insbesondere der wissensintensiven Dienstleistungen durch die Entwicklung eines Masterplans Dienstleistung Rechnung tragen. In den vergangenen Jahrzehnten war bundesweit insb. der Dienstleistungsbereich einer der Treiber für Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstum. Im Vergleich zu anderen Großstädten und Bundesländern hat Bremen hier ein großes Wachstumspotential. Dabei stellt sich der Dienstleistungssektor insgesamt sehr vielschichtig dar. Bremen und Bremerhaven haben gute Chancen, sich hier insbesondere in den Bereichen IT, produktionsorientierter Forschung, Medizintechnik und Logistik weiter zu profilieren und im Wettbewerb mit einer guten Vernetzung von Forschung und Entwicklung mit den Betrieben und einem guten Angebot an hochqualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Absolventen und Absolventinnen weiter zu gewinnen. Hierzu werden wir die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Forschung und Unternehmen stärken, Start Ups fördern, Unternehmen bei den Digitalisierungsprozessen unterstützen und auch die weichen Standortfaktoren Bremens und Bremerhavens stärken.

5.4 Standortmarketing/Tourismus/Innenstädte

Die immer weiter steigenden Übernachtungszahlen in beiden Städten zeigen: Bremen und Bremerhaven sind hoch attraktive Destinationen für Gäste aus Deutschland und aller Welt. Diese Entwicklung wollen wir weiter stärken. Mit Bremen am Wasser, Kultur- und Städtetourismus, Fahrradtourismus oder aber auch Veranstaltungen wie dem Freimarkt und insb. dem Weihnachtsmarkt hat Bremen starke Ansätze, die es weiterzuentwickeln gilt. Dazu soll uns die konsequente und zügige Umsetzung der gerade erarbeiteten Landestourismusstrategie 2025 dienen.

Wir werden uns weiterhin mit unserer Veranstaltungs- und Messeinfrastruktur um die Veranstaltung von Kongressen und Veranstaltungen von nationaler und internationaler Bedeutung bemühen, um so Bremen noch bekannter zu machen und den Dienstleistungsstandort zu stärken.

Das kleinste Bundesland hat es dennoch nicht leicht, seine vielen Standortvorteile und das, was Bremen und Bremerhaven positiv vom Rest der Republik abhebt, in Deutschland und der Welt bekannt zu machen. Das Tourismus- sowie das Stadt- und Standortmarketing in Bremen werden deshalb als eine starke Marketing-Säule bei der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) zusammengeführt. Dies gilt in gleicher Weise für das Hafenmarketing, das in einer Hand bei der bremischen Hafenmanagementgesellschaft bremenports zusammengeführt wird. Eine besondere Stärkung muss das Standortmarketing in Zusammenarbeit mit den örtlichen Unternehmen für das Anwerben und Gewinnen von Fachkräften erfahren. Das Image und die Attraktivität einer Stadt wird zunehmend wichtig bei der Frage, wie es Unternehmen gelingt national und international Fachkräfte zu gewinnen. Hier werden wir einen Schwerpunkt setzen.

Aber Marketing und Image allein reichen nicht: Wir werden die Gewinnung von Fachkräften für die Unternehmen in Bremen und Bremerhaven ganz oben auf unserer politischen Agenda platzieren. Um die besten Köpfe für Bremen und Bremerhaven gewinnen zu können, bedarf es einer ressortübergreifenden Anstrengung, da nur ein passendes Gesamtangebot von attraktiven Arbeitsplätzen und hoher Lebensqualität dazu führt, dass Bremen und Bremerhaven sich gegen die Konkurrenz im ganzen Land durchsetzen können.

Das Kreuzfahrtterminal in Bremerhaven wird durch den Neubau der Columbuskaje sowie die Neugestaltung der Columbusinsel und des Columbusbahnhofs zu einem attraktiven und wettbewerbsfähigen Standort für Kreuzfahrttourismus entwickelt und städtebaulich sowie organisatorisch auch mit der Stadt Bremerhaven verzahnt.

Der Fischereihafen und hier insbesondere das Schaufenster ist weiter für Touristinnen und Touristen und heimische Gäste zu öffnen, die Anbindung an die Innenstadt und die Havenwelten ist zu verbessern.

Die Weiterentwicklung der Bremer Innenstadt wird ein zentrales Projekt der nächsten Jahre. Mit fast 500 Einzelhandelsunternehmen und den vielen Beschäftigten in den Büros sowie im Tourismus- und Gastronomiebereich ist sie von herausragender wirtschaftlicher Bedeutung. Um zukunftsfähig zu bleiben und auf die stetig wachsende Bedeutung im Onlinehandel zu reagieren, braucht es ein neues Zusammenspiel von Wohnen, Arbeiten, Kultur, Bildung, Wissenschaft und Einzelhandel. Die Innenstadt muss Entdeckungen und Kontakte ermöglichen, Erlebnisse schaffen und Genuss bieten. Durch eine bessere Erreichbarkeit, die Ermöglichung von neuen Nutzungsformen sowie durch Investitionen in die Digitalisierung soll die Attraktivität der Innenstadt langfristig gesteigert werden. Die Zukunftsfähigkeit der Bremer Innenstadt liegt mit den zahlreichen privaten Investoren, die in den nächsten Jahren Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionswert von rund einer Milliarde Euro realisieren werden, auf der Hand. Wir werden die privaten Investitionen unterstützen und begleiten durch rechtliche Rahmensetzungen sowie durch attraktivere öffentliche Räume. So ist bspw. die Attraktivierung des Domshofes ebenso geboten wie eine Verbesserung der städtebaulichen Situation an der Domsheide, die derzeit nicht angemessen ist für die zentrale Lage als Eingang in die Innenstadt. Durch eine Verbesserung der ÖPNV-Anbindung wollen wir hier die städtebauliche Entwicklung als attraktiven Eingangsbereich sowohl in die Innenstadt als auch in das Kulturzentrum Glocke unterstützen. Hierbei bleibt zu beachten, dass wir eine Stadt für alle und nicht nur für Investoren schaffen wollen. Es bedarf daher bei der Umgestaltung der Innenstadt ebenso wie bei allen anderen Bauvorhaben einer demokratischen Rahmensetzung dazu, wie öffentliche Räume in Zukunft aussehen und genutzt werden sollen. Wir werden das private Engagement im Innenstadtbereich daher konstruktiv begleiten.

Die Entwicklung der Innenstadt ist mit den vielen öffentlichen und privaten Projekten eine anspruchsvolle Gemeinschaftsaufgabe, die höchste Managementqualitäten erfordert. Die neuen Projekte werden unsere Innenstadt bereichern. Wir werden dabei auf einen nachhaltig attraktiven Nutzungsmix achten. Durch die Maßnahmen und Baustellen werden aber auch Belastungen auf uns zukommen.

Diese werden wir durch eine kluge Baustellenkoordinierung und geeignete Marketingmaßnahmen abfedern und so einen Beitrag dafür leisten, dass auch schon ansässige Unternehmen in der Innenstadt weiter attraktive Voraussetzungen finden werden. Wir wollen die Chance nutzen!

Seit der Neuaufstellung des Vegesack Marketing e. V. im Jahr 2011 hat sich der Standort Vegesack als Einkaufs- und Dienstleistungszentrum in eine positive Richtung entwickelt und neu positioniert. Leerstände wurden abgebaut, neue Einzelhandelsformate ergänzt und das Marketing ausgebaut. Unter der Koordination der Wirtschaftsförderung Bremen haben die lokalen Akteure die Marketingarbeit für den Standort neu organisiert und konzipiert und arbeiten erfolgreich an der weiteren Stärkung und dem Ausbau des Vegesacker Zentrums. Dieser Weg wird auch in Zukunft konsequent weiterverfolgt.

Die Attraktivität Bremens als Lebens- und Arbeitsstandort hängt nicht allein von einer attraktiven Innenstadt ab. Die Menschen wollen in ihrem Quartier all das finden, was sie für das tägliche Leben benötigen. Deswegen wollen wir das Zentren- und Nahversorgungskonzept gemeinsam mit den Beiräten und Interessensvertretungen vor Ort fortschreiben und insbesondere entsprechend der Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger in bestehenden, wachsenden und neuen Wohnquartieren weiterentwickeln.

In Bremerhaven wird vor allem die stärkere Verzahnung der Innenstadt mit den Havenwelten durch städtebauliche Wegebeziehungen in Form von Querverbindungen ein Schwerpunkt der nächsten Wahlperiode sein.

Die Bereitstellung attraktiver Einzelhandelsflächen und die Akquisition von interessanten Einzelhandelsunternehmen mit einer entsprechenden Ausstrahlungskraft für die Innenstadt Bremerhavens, die eine weitere Belebung des Einzelhandelsstandortes Bremerhaven bewirken sowie eine zunehmende Kundenfrequenz gewährleisten und Bremerhaven als Oberzentrum in der Weser-Elbe-Region stärken, wollen wir realisieren.

Für die vorhandenen erfolgreichen Einrichtungen in den Havenwelten werden wir in der nächsten Legislaturperiode die nächsten Entwicklungsstufen realisieren. Dabei werden wir mit der zugesagten Unterstützung des Bundes das Deutsche Auswandererhaus mit einem dritten Bauabschnitt zu dem deutschen Migrationszentrum mit internationaler Bedeutung entwickeln. Das Klimahaus wird um das Thema Extremwetter erweitert und Einblick geben in die Zusammenhänge von Klimaänderung und den Folgen vor Ort. Als weiteren Schritt der laufenden Sanierung des Deutschen Schifffahrtsmuseums werden wir – in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Land und Kommune Bremerhaven – die Sanierung und Integration der Museumsflotte mit dem Flaggschiff Seute Deern in Angriff nehmen und so den Museumshafen zu neuem Leben erwecken und ihn zu einem Port Center entwickeln, das die weltweite Bedeutung von Häfen und Schifffahrt für den globalen Wohlstand wissenschaftlich aufbereitet und touristisch erschließt.

5.5 Innovation

Den starken Wirtschaftsstandort wollen wir zu einem gründerfreundlichen Innovations-Hotspot weiterentwickeln. Dabei sind wir bereits auf einem guten Weg: Bremen hat gerade im Vergleich zu Ländern mit ländlichen Räumen einen guten Zustand des Netzausbaus und des Ausbaus der digitalen Infrastruktur erreicht. Der Breitbandatlas der Bundesregierung zeigt, dass Bremen hier bundesweit an der Spitze liegt. Dennoch gilt es auch hier, für bestehende Versorgungslücken zielgerichtet zusammen mit den Netzbetreibern an einer vollständigen Abdeckung zu arbeiten, damit in allen Wohn- und Gewerbegebieten Bremens die Menschen und Unternehmen eine attraktive Netz-anbindung vorfinden.

Mit Leuchtturmprojekten wie dem Center for Ecoefficient Materials (EcoMaT), an dem sich wichtige industrielle und wissenschaftliche Akteure beteiligen, und der Nutzung des neu eingerichteten Mittelstand 4.0.-Kompetenzzentrums Bremens wollen wir die Integration von Innovations- und Industriepolitik fortschreiben, mit der die bremischen Cluster mit ihrer industriellen Basis und der innovativen Ausrichtung ein hoch attraktives Alleinstellungsmerkmal entwickelt haben.

Um in der Innovationspolitik noch schlagkräftiger zu werden, haben wir in der laufenden Legislaturperiode die Innovationsförderung „aus einer Hand“ geschaffen, die in der neuen Abteilung „Industrie, Innovation und Digitalisierung“ beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zusammengefasst wurde.

Der Aufbau des START Haus, der Existenzgründungs- und Startup-Beratung und -Betreuung unter einem Dach zeigt: Wir meinen es ernst mit der Förderung des Gründungsklimas und haben die Grundlagen geschaffen, auf denen aufbauend wir in der kommenden Wahlperiode diesen Schwerpunkt weiterführen können. Dazu gehört die Weiterentwicklung einer Startup-Standortmarke zur höheren Außenwahrnehmung als attraktiver Startup-Standort genauso wie die Entwicklung eines Venture-Capital-Fonds, die Vernetzung über Gründerzentren hinaus ebenso wie der Aufbau von Digital Hubs und Creative Hubs.

Der gezielte Aufbau von Netzwerken und Initiativen zu relevanten Technologiefeldern wie autonomen Systemen, additiver Fertigung bzw. 3D-Druck als Plattform für den Austausch vor Ort, für die Verbreitung der Technologie und um eine überregionale Sichtbarkeit Bremens bei dem Thema zu erwirken wird ebenfalls ein klarer Auftrag unserer in die Zukunft gerichteten Wirtschaftspolitik in der nächsten Wahlperiode sein. Hier werden wir auch einen finanziellen Schwerpunkt unserer Wirtschaftsförderung legen.

5.6 Entwicklung braucht Raum

Für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung ist die Entwicklung eines attraktiven Flächenangebots von entscheidender Bedeutung. Die erfolgreiche Vermarktungssituation der vergangenen Jahre macht eine Schärfung der Gewerbeflächenstrategie in Bremen erforderlich.

Wichtige Grundlagen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Flächenangebots haben wir in der laufenden Wahlperiode geschaffen. Insbesondere die Beschlüsse für die Planung der nächsten Ausbaustufen des Gewerbeparks Hansalinie sind erfolgt – das ist wichtig für die Entwicklungspotentiale des Automobilstandorts und die Ansiedlung wichtiger Zulieferer. Die weiteren Planungen des Ausbaus des Gewerbeparks Hansalinie sowie die zügige Umsetzung der Erschließung einschließlich eines weiteren Autobahnanschlusses haben für uns deshalb höchste Priorität. Weitere große

Flächenpotenziale werden wir im Bremer Industriepark erschließen, der durch die in Umsetzung befindliche Weserquerung der A 281 weiter an Attraktivität gewinnen wird.

Mit dem Gewerbegebiet Achim-West kann es erstmals eine länderübergreifende, gemeinsame Erschließung von Gewerbeflächen in Bremen und dem benachbarten Niedersachsen geben. Dieses Projekt wollen wir zum gemeinsamen Nutzen vorantreiben.

Die Airport-Stadt in Bremen hat sich in den vergangenen Jahren sehr gut entwickelt und ist weitestgehend vermarktet. Mit der kurzfristig möglichen Flächenentwicklung durch die freiwillige Aufgabe eines Kleingartengebietes ist hier vergleichsweise schnell die Entwicklung zusätzlicher Gewerbeflächen mit direkter Anschlussmöglichkeit an das Rollbahnsystem des Bremer Flughafens möglich. Das wollen wir zügig realisieren.

Darüber hinaus wird es zur Schaffung von Erweiterungsmöglichkeiten insbesondere für die Luft- und Raumfahrtindustrie ein Schwerpunktprojekt in der nächsten Legislaturperiode sein, auf dem Gebiet südlich der Startbahn des Flughafens sowie entlang der Trasse des Bauabschnitts 2.2. der A281 eine Gewerbeflächenentwicklung auf den Weg zu bringen. Aufgrund der Anbindungssituation ist auch hierbei eine Abstimmung und ein gemeinsamer Planungsprozess mit dem niedersächsischen Umland erforderlich, das werden wir vorantreiben.

Die mögliche Entwicklung zentrennaher Gewerbeflächen für den Bremer Westen wollen wir zielorientiert aufgreifen und prüfen. Die Entwicklung und Bereitstellung weiterer gewerblicher und industriell nutzbarer Flächen gewährleisten wir durch die Absicherung der Fortschreibung des Gewerbeentwicklungsprogramms. Eine wichtige Rolle wird hierbei die Entwicklung eines kleinteiligen Gewerbeflächenangebotes spielen, das insbesondere die Bedarfe kleinerer Unternehmen und des Handwerks abbildet.

Die Überseestadt hat im letzten Jahrzehnt eine ungeahnte Entwicklung genommen. Wir wollen die aktuelle Dynamik weiter nutzen und hier den neuen urban gemischten Stadtteil für Arbeiten, Wohnen, Leben, Freizeit bauen, damit hier noch mehr Menschen aus buten und binnen arbeiten und leben. Hierfür wird es auch notwendig sein, die verkehrliche Erschließung des Gebietes für alle Mobilitätsformen weiter zu verbessern. Das Kelloggs-Areal wird ein weiterer Impulsgeber für diese Entwicklung sein. Dabei werden wir auch weiterhin darauf achten, dass durch Neues nicht bewährtes und erfolgreiches Altes verdrängt wird, dies gilt insb. auch für die Anlieger und Nutzerinnen und Nutzer des Holz- und Fabrikenhafens.

Unsere Flächenpolitik wird weiter sowohl die Verdichtung, Neu- und Umnutzung innerstädtischer Gewerbeflächen unter dem Gesichtspunkt „produktive Stadt“ als auch die Erschließung neuer Flächen beinhalten. Wir werden eine verbindliche Regelung treffen, dass bei Vergaben größerer Flächen – insbesondere für den Wohnungsbau – jeweils im Einzelfall geprüft wird, ob eine Vergabe auch in Erbpacht erfolgen kann. Dabei lehnen wir uns an die erfolgreichen Erbpachtregelungen aus dem Hafen an.

Die Planung des Werftquartiers in Bremerhaven zwischen Geestemünde und Fischereihafen für Ansiedlungen von wissenschaftlichen Einrichtungen, hochwertigen Dienstleistungen, Gastronomie, Freizeiteinrichtungen und hochwertigem Wohnen ist auch aus Landessicht ein Schwerpunktprojekt für Bremerhaven, ebenso wie die Fortführung der gewerblichen Erschließung des Fischereihafen West inklusive der Kajenanlagen zum Fischereihafen und die weitere gewerbliche Erschließung der Luneplate. Hierzu haben wir in der laufenden Legislaturperiode bereits die notwendigen Beschlüsse zur planungsrechtlichen Absicherung und fortlaufenden Erschließung dieser rund 160 ha großen Entwicklungsfläche gefasst. Gemeinsam mit dem unmittelbar anschließenden Gelände des ehemaligen Flughafens Luneort verfügt Bremerhaven über eine Entwicklungsfläche mit einer Größe von rd. 240 ha für die nächsten Jahre und damit über ein Alleinstellungsmerkmal an der deutschen Küste. Dort wollen wir die Erschließung eines Gewerbegebietes „Lune Delta“ und den Bau eines Gründer- und Gewerbezentrums für Unternehmen aus dem Bereich der „Green Economy“ unter Berücksichtigung von ökologischen Kriterien als überregional wahrnehmbare Vorzeigeprojekte vorantreiben

5.7 Die Häfen: Offene Tore zur Welt

Die Häfen sind die Lebensadern Bremens und Bremerhavens. Das galt früher und das ist auch heute noch so. Mehr als 75.000 Arbeitsplätze hängen von unseren Häfen ab, knapp 60.000 Menschen sind direkt hafengebunden beschäftigt. Der erfolgreichen Weiterentwicklung und einer hohen Verlässlichkeit bremischer Hafenpolitik kommt daher eine herausgehobene Bedeutung zu. Für die SPD ist klar: Wir sind die verlässlichen Partner für die Häfen und die von ihnen abhängigen Unternehmen und Arbeitsplätze. Dem Plan der CDU, den Neustädter Hafen zu schließen und hier Wohnungen zu bauen, lehnen wir entschieden ab! Als größter deutscher Terminal für Schwergut- und Projektladung und südlichster Seehafen Deutschlands bietet der Neustädter Hafen gute Perspektiven in diesem beschäftigungsintensiven Marktumfeld. Eine weitere Verzahnung mit industriellen und logistischen Prozessen im Zusammenhang mit dem GVZ und dem Bremer Industriepark steht für uns daher im Vordergrund. Mit uns wird es keine Hafenschließungen geben.

Die Vertiefung von Außen- und Unterweser stellt für uns eine notwendige Maßnahme zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen und der Hafengewirtschaft dar. Gemeinsam mit dem Bund und dem Land Niedersachsen setzen wir uns weiter intensiv für die erfolgreiche Umsetzung der Planungen zur langfristigen Absicherung der notwendigen Fahrrinntiefen ein.

Die Realisierung des Offshore Terminal Bremerhaven (OTB) wird als starker Beitrag für die Erreichung der Ziele der Energiewende fortgesetzt. Für uns steht fest: Die Energiewende wird nur mit einem verstärkten Ausbau der grundlastfähigen Offshore-Windenergie gelingen. Dieser muss auf Bundesebene zügig vorangetrieben werden. Das nächste

Jahrzehnt bietet deshalb insbesondere für den Produktions- und Logistikstandort Bremerhaven sehr gute Chancen, seine Position in der Produktion und als Verlade- und Servicestandort für den Aufbau und die Unterhaltung von Offshore-Windkraftanlagen deutlich auszubauen. Auf der Luneplate schaffen wir darüber hinaus über 200 Hektar zusätzliche Gewerbeflächen. Mit der Realisierung des OTB und dem Zugang zum see-schifftiefen Wasser findet die „Green Economy“ hier optimale Bedingungen.

Die Mittelweser spielt hinsichtlich der Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf Schiene und Wasser eine wichtige Rolle, die wir auch bei unserer zukünftigen Wirtschafts- und Häfenpolitik angemessen berücksichtigen werden.

Auch die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen im Bremer Stadtgebiet werden wir künftig weiter absichern. In der laufenden Legislaturperiode haben wir insbesondere im Industriehafen durch Vertiefungen sowie eine Verbreiterung des Einfahrtsbereichs des Hüttenhafens viel für eine bessere Erreichbarkeit durch größere Schiffe getan. Diese Anstrengungen werden wir fortsetzen.

Ein wesentlicher Teil der Hafeninfrastruktur in Bremerhaven hat seine prognostizierte Lebensdauer lange überschritten. Zur Sicherung des Hafenstandortes und seiner Wettbewerbsfähigkeit werden wir eine langfristige Investitionsstrategie entwickeln und in diesem Rahmen die Instandhaltung, Erneuerung und Weiterentwicklung der Kajenbauwerke, der weiteren Hafenanlagen und der Hafeneisenbahn absichern. Planungs-, Genehmigungs- und Ausschreibungsverfahren wollen wir rationalisieren und wo es geht verkürzen. Entsprechend notwendige Anpassungen von bundesgesetzlichen Rahmensetzungen unterstützen wir.

Die Digitalisierung in den Häfen wollen wir durch die Entwicklung von Pilotprojekten kontinuierlich begleiten.

Die begonnene greenports-Strategie mit dem Ziel einer deutlichen Absenkung der CO₂-Emissionen wollen wir fortsetzen.

Wir wollen die Schaffung einer umweltfreundlichen Energieversorgung während der Hafentiegezeiten unterstützen und dafür Konzepte und Pilotprojekte entwickeln. Wir unterstützen die Etablierung eines Waren- und Transportbehälter-Trackings zur Verkürzung der Verweildauer der Einheiten im Hafen.

Weitere Projekte wie die langfristige Sicherung von Erweiterungsflächen für den Fischereihafen Bremerhaven, den Ausbau der Zufahrt zum Fischereihafen (Geestemole) sowie den Bau der Westkaje im Labradorhafen werden wir in der kommenden Wahlperiode vorantreiben.

Bremen ist seiner unternehmerischen Verantwortung mit der Neugestaltung von BLG und ‚bremen ports‘ sowie der Beteiligung an EUROGATE in vollem Umfang nachgekommen.

Der Verantwortung der öffentlichen Hand in den Häfen als Arbeitgeberin ist gerade angesichts der fortschreitenden Digitalisierung und Automatisierung Rechnung zu tragen: Mensch und Automatisierung müssen zusammengeführt und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wo Tätigkeiten durch Automatisierung wegfallen, muss eine Folgebeschäftigung für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefunden werden. Öffentliche Unternehmen wie BLG, Eurogate und bremen ports, müssen hier mit sozialpartnerschaftlichen Vereinbarungen zur Gestaltung der Veränderungsprozesse mit gutem Beispiel vorangehen.

Um wettbewerbsfähig zu bleiben müssen die Häfen weiterentwickelt werden. Nicht nur technologisch dürfen die Bremer Häfen nicht abgehängt werden. Auch ihrer Rolle als Eigentümerin der Hafengrundstücke muss die öffentliche Hand verantwortungsvoll und im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerecht werden. Grundstücke werden wir auch weiterhin grundsätzlich nur in Erbpacht vergeben, damit sie öffentliches Eigentum bleiben. Nur so lassen sich Gestaltungsoptionen sichern – auch für die nachfolgenden Generationen.

Die SPD im Land Bremen hält auch zukünftig an der Sozialpartnerschaft in den bremischen Häfen fest und wird weiterhin dazu beitragen, diese weiter zu entwickeln. Wir stehen hinter dem Prinzip der flexiblen und bedarfsgerechten Arbeit, die sozialpartnerschaftlich über den Gesamthafenbetrieb (GHB) organisiert ist und werden alle Versuche, diese zu umgehen, verhindern. In diesem Zusammenhang werden wir nicht zulassen, dass das Laschen der Fracht – eine wichtige Aufgabe der Hafendarbeiterinnen und Hafendarbeiter – von Seeleuten übernommen wird.

6. Wissenschaft schafft Zukunft

Das Land Bremen besitzt mit der Universität Bremen, den Hochschulen in Bremen und Bremerhaven, der Hochschule für Künste, einer überdurchschnittlich hohen Zahl an außeruniversitären Forschungsinstituten sowie den privaten Hochschulen Jacobs University und Apollon Hochschule ein breitgefächertes und leistungsfähiges Wissenschaftssystem mit klarem Profil. Es ist insbesondere in den fünf Wissenschaftsschwerpunkten des Landes Meereswissenschaften, Materialwissenschaften, Informations- und Kommunikationswissenschaften, Sozialwissenschaften sowie Gesundheitswissenschaften und Sonderforschungsbereichen wissenschaftlich exzellent und mit rund 37.000 Studierenden, annähernd 9.000 Beschäftigten sowie der erfolgreichen Einwerbung überdurchschnittlich hoher Drittmittel ein Motor für die regionale Wirtschaft und die kulturelle Entwicklung unserer beiden Städte. Dieses Innovations- und Kraftfeld werden wir in den nächsten Jahren weiter stärken und dabei insbesondere folgende Ziele verfolgen:

6.1 Exzellente Wissenschaft in Forschung und Lehre

Die Anstrengungen, Bremen als einen Standort exzellenter Wissenschaft zu positionieren, haben sich gelohnt. So konnte die Universität fünf Jahre den Titel Exzellenzuniversität tragen. Die Universität ist eine der forschungsstärksten „jungen“ Universitäten in Deutschland, mit hohem internationalem Renommee. In internationalen Rankings wurde die Universität zu einer der 50 weltweit besten jungen Universitäten – unter 50 Jahren – gewählt. Auch bei den Drittmittelerfolgen spielt die Universität quasi in der Championsleague. Wir bekennen uns daher weiterhin zu dieser Strategie der Exzellenz und werden die Universität mit den erforderlichen finanziellen Mitteln ausstatten, damit sie in der kommenden Legislaturperiode gezielt die wissenschaftlichen Voraussetzungen schaffen kann, auch wieder den Titel Exzellenz-Universität zu erhalten. Gezielt unterstützen werden wir weiterhin auch die Entwicklung der bestehenden und die Gewinnung neuer Sonderforschungsbereiche, in denen innovative, anspruchsvolle, aufwendige und langfristig konzipierte Forschungsvorhaben gebündelt werden. Zudem werden wir die landesseitige Ko-Finanzierung der außeruniversitären Forschungsinstitute sicherstellen, die gleichsam Kerne der exzellenten Forschung in Bremen bilden.

Gute Lehre und Sicherung des Fachkräftebedarfs: Hoch gebildete und gut ausgebildete Absolventinnen und Absolventen sind die Kernaufgabe von Universität und Hochschulen. Wir werden sie bei dieser Aufgabe in den kommenden Jahren durch die Einrichtung zusätzlicher Professuren und vor allem durch eine nachhaltige Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus unterstützen. Unser Ziel ist es, die Betreuungsrelationen und Beratungsangebote für die Studierenden an den öffentlichen Hochschulen zu verbessern und an den bundesdeutschen Standard heranzuführen. Damit einhergehend werden wir die räumliche Situation für die Lehre durch Modernisierungen und Neubauten verbessern und gleichzeitig im Zuge einer übergreifenden Schwerpunktsetzung bei der Digitalisierung von Hochschulprozessen die Infrastrukturen für digitale Lehr-, Lern- und Prüfungsformate schaffen. Der Ausbau der Hochschulen erfordert neben baulichen Maßnahmen und einer Erweiterung des Studienangebots auch eine vorrausschauende Personalplanung, verbesserte Personalmanagementsysteme, ein effizientes Hochschulmanagement und eine gut ausgestattete Hochschulverwaltung.

Beim Ausbau der Studienangebote werden wir uns vor allem von dem Ziel leiten lassen, den Fachkräftebedarf im Land Bremen abzudecken. Dies gilt insbesondere für das Spektrum der MINT-Fächer und insbesondere der Informatik, hier ist insbesondere die Förderung von Frauen in MINT-Studiengängen weiterhin notwendig. Dies gilt aber auch für den wachsenden Fachkräftebedarf in der Pflege und den Sozialberufen sowie – besonders wichtig – die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern einschließlich der Stärkung der inklusiven Pädagogik. Wir wollen inklusionspädagogische Studiengänge und Module fördern.

Im Rahmen einer hochschulübergreifenden Internationalisierungsstrategie wollen wir zudem den Anteil Studierender aus dem Ausland an den Hochschulen erhöhen und

die internationale Mobilität von Studierenden steigern. Um die Integration zu fördern, werden wir dabei das Angebot an englischsprachigen Studienangeboten ausweiten, gleichzeitig aber darauf achten, dass diese mit verbindlichen Sprachkursen „Deutsch für ausländische Studierende“ verbunden werden und die Lehre in den höheren Semestern zweisprachig ausgelegt wird. Umgekehrt werden wir verstärkt internationale Ausbildungsinhalte in die Lehre aufnehmen und die Verankerung von Auslandsaufenthalten in den Studiengängen systematisch erweitern.

Angesichts des hohen Tempos, mit dem durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt einerseits neue und erweiterte Qualifikationen benötigt, andererseits vorhandene Qualifikationen entwertet werden, gewinnen Weiterqualifizierung und Weiterbildung einen wachsenden Stellenwert. Sie werden nicht nur Kurzzeitbegleiter sein, sondern immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Leben lang begleiten. Wir werden deshalb die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung weiter steigern, die Zugangsmöglichkeiten und Chancen für ein erfolgreiches Studium für Nichtabiturientinnen und Nichtabiturienten weiter verbessern und im Zuge einer strategischen Positionierung das Gesamtangebot an Lebenslang-Lernen-Studienformaten systematisch ausbauen. Unser Ziel ist, Weiterbildungsangebote aus den besonderen Profilen der Hochschulen abzuleiten und möglichst mit den jeweiligen grundständigen Studienangeboten zu verzahnen. Dieses Gesamtangebot muss zugleich hochschulübergreifend transparent gemacht und in ein gemeinsames Marketing eingebunden werden.

Generell gilt für uns, dass gute Lehre nicht nur in der Vermittlung eines prüfungsrelevanten Kanons an Fachwissen besteht, sondern vor allem auch in der Motivation zu eigenständigem Lernen und der Fähigkeit zum kritischen Nachdenken über die gesellschaftlichen Bezüge des eigenen Faches. Das wird am besten erreicht durch eine Lehre, die praxis- und forschungsnah ausgelegt ist. Dieser Ansatz besitzt gerade in Bremen eine große Tradition. Wir werden deshalb die Hochschulen dabei unterstützen, dass Konzepte des praxis- und forschungsnahen Lernens und der gesellschaftlichen Reflexion in den Studiengängen noch konsequenter integriert und praktiziert werden können.

Um den hohen Stellenwert einer guten Lehre zu unterstreichen, werden wir einen Landes-Lehrpreis schaffen.

6.2 Erfolgreicher Transfer in Wirtschaft und Gesellschaft

Wissenschaft und Forschung verfolgen keinen Selbstzweck. Sie sind Teil der Gesellschaft und entfalten ihre große Kraft erst mit ihrem Transfer in Wirtschaft und Gesellschaft. Diese – neben Forschung und Lehre – „dritte Säule“ eines erfolgreichen Wissenschaftssystems werden wir nachhaltig stärken. Unser Ziel ist eine breite Innovationskultur, die in alle Bereiche unserer beiden Städte ausstrahlt und die

Hochschulen noch mehr zu einem Motor regionaler Entwicklung werden lässt. Wir werden deshalb mit den Hochschulen darauf hinarbeiten, dass der Transfer von wissenschaftlichem Wissen in die Praxis in allen Disziplinen, Fachbereichen, Instituten und Arbeitsgruppen zu einem integralen Ziel wissenschaftlicher Arbeit wird. Dabei lassen wir uns von einem breiten Verständnis von Transfer leiten, der von einem „Transfer über die Köpfe“ durch eine innovative Hochschulbildung und Weiterbildung über wissenschaftliche Vortragstätigkeiten und Beratungen, zivilgesellschaftliche Projekte, Forschungs- und Entwicklungskooperationen und aktive Patentverwertungen bis hin zu Existenzgründungen reicht.

Mit diesem breiten Verständnis von Transfer werden wir den Fokus insbesondere auf den Bereich der Informatik bzw. Informations- und Kommunikationstechnologien legen. Die Digitalisierung wird in Zukunft noch mehr der Motor für den Strukturwandel, die Innovationen und das wirtschaftliche Wachstum in Bremen sein. Produktion, Logistik, Gesundheit, Kreativwirtschaft, Bildung und Verwaltung benötigen zunehmend mehr hochqualifizierte Fachkräfte mit Informatikwissen, während sich gleichzeitig bundesweit immer stärker Lücken bei der Bedarfsdeckung abzeichnen. Deshalb benötigen wir mehr qualifizierte Absolventinnen und Absolventen und auch mehr Studienanfängerinnen und -anfänger auf diesen Feldern. Die Bremer Hochschulen besitzen in der Informatik, den digitalen Medien und der Wirtschaftsinformatik bereits ein gutes Portfolio: Dieses werden wir weiter ausbauen. Stärken werden wir dabei insbesondere auch den zunehmend wichtiger werdenden Bereich der Künstlichen Intelligenz und der Robotik, in dem Bremen eine exzellente Ausgangsposition besitzt. Diese werden wir nutzen, um einen Studiengang „Künstliche Intelligenz“ einzurichten, der Bremen noch mehr zu einem Zentrum in diesem Zukunftsfeld machen wird. Da das Potential an Produktinnovationen und Existenzgründungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien besonders groß ist, werden wir einen hochschulnahen Inkubator schaffen, in dem die Entwicklung von Produkt- und Unternehmensideen von den Laboren bis zur Marktreife mit einem größeren systematischen Ansatz gefördert werden kann.

Einen hohen strategischen Stellenwert für den Transfer in die Wirtschaft messen wir überdies den Materialwissenschaften zu, bei denen wir vor allem mit dem neuen EcoMat Forschungs- und Technologiezentrum, aber auch im Zusammenspiel mit der Bionik und mit additiven Fertigungsmethoden („3-D-Druck“) einen weiteren Leuchtturm der Bremer Forschung und Entwicklung schaffen wollen.

Besondere Bedeutung werden auch weiterhin die vielfältigen Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in der Luft- und Raumfahrt behalten. Unser Ziel ist, Bremen als führenden Raumfahrtstandort in Deutschland weiter zu stärken. Dazu werden wir das neue Fachgebiet der Raumfahrtstechnologien („Space Technologies“) an der Uni Bremen schaffen.

Um den Herausforderungen einer wachsenden Zahl älterer und hochbetagter Menschen in unseren Städten zu begegnen, wollen wir den Transfer aus den

Gesundheits- und Pflegewissenschaften stärken. Bremen besitzt auch hier Fachbereiche und Institute mit hoher wissenschaftlicher Kompetenz, die es in der Praxis vermehrt zu nutzen gilt. Wir wollen an der Hochschule Bremen den neuen Schwerpunkt Gesundheitswissenschaften im Bereich der Therapieausbildung, Pflege und bei der Hebammenausbildung ausbauen und besser mit den Angeboten der übrigen Hochschulen verschränken.

Für solidarische Stadtgesellschaften in Bremen und Bremerhaven sind die geistes-, und sozialwissenschaftlichen Studiengänge unserer Hochschulen von enormer Bedeutung. Ihre Studierenden und DozentInnen und ihre Forschung bereichern unsere öffentlichen Diskurse und die gesellschaftliche Auseinandersetzung. Sie ermöglichen politische, gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation, schaffen Verständnis für gesellschaftliche Probleme, bieten neue Lösungen und Sichtweisen und erweitern so den Horizont, ermöglichen die Gestaltung eines besseren Lebens und unterstützen gesellschaftliche Verständigung. Wir werden deshalb weiter die Zusammenarbeit im sozialwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Bereich insbesondere der Universität und mit außeruniversitären Instituten, Organisationen und Projekten fördern.

Unsere Hochschule für Künste ist mit ihrer künstlerischen, musikalischen und gestalterischen Ausbildung unter einem Dach das Kreativzentrum für die Nord-West Region. Sie fördert mit ihren eintrittsfreien Kulturveranstaltungen, ihren Projekten und Angeboten kulturelle Teilhabe und trägt zur Gründungskultur und Wertschöpfung in der Kreativwirtschaft bei. Wir möchten die Angebote und Veranstaltungen der Hochschule noch sichtbarer machen und mehr miteinander verbinden. Insbesondere im Bereich der digitalen Anwendungen soll die Zusammenarbeit auch hochschulübergreifend intensiviert werden.

Zivilklausel: Bei allen diesen Maßnahmen zur Stärkung des Transfers von wissenschaftlichem Wissen in Wirtschaft und Zivilgesellschaft wird für uns weiterhin gelten: Forschung, Entwicklung und Lehre an unseren Hochschulen dürfen nicht auf spezifisch militärische Verwendungen hin ausgerichtet werden. Wir halten deshalb an der Zivilklausel fest. Bei der weitergehenden Transparenzklausel – also der Offenlegung der Projekttitel, Inhalte, Zielsetzungen, Fördersummen, Laufzeiten und Beteiligten von Drittmittelprojekten – werden wir prüfen, wie das Ziel einer vollständigen und hinreichend zeitnahen Transparenz erreicht werden kann, ohne dass beteiligte Unternehmen befürchten müssen, in einem zu frühen Zeitpunkt wettbewerbsrelevante Informationen an Konkurrenten preiszugeben – und sie dadurch von einer Kooperation mit den bremischen Hochschulen abgeschreckt werden.

Motor wachsender Städte: Als Beschäftigungs- und Studienorte tragen die Hochschulen und Forschungsinstitute auch direkt dazu bei, eine Vielzahl – insbesondere hochqualifizierter – Arbeitsplätze zu schaffen und eine große Zahl von jungen Menschen nach Bremerhaven und Bremen zu ziehen. Die zahlreichen Studierenden und

jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit ihren Familien tragen damit in hohem Maße zur Verjüngung der Bevölkerung und zur kulturellen Belebung unserer beiden Städte bei. Besonders wichtig ist, dass sie damit auch einen erheblichen Beitrag zum Einwohnerwachstum und den sich daraus ableitenden Einnahmen des Landes Bremen aus dem Finanzkraftausgleich leisten.

Diesen Beitrag zu unserem Ziel der „wachsenden Städte“ wollen wir ausbauen. Wir werden deshalb der kommenden Legislaturperiode damit beginnen, die Zahl der Studierenden im Land Bremen bis 2035 schrittweise auf mindestens 40.000 zu erhöhen. Die Studierendenzahl in Bremerhaven werden wir dabei auf 5.000 steigern.

Gleichzeitig werden wir verstärkte Anstrengungen unternehmen, damit möglichst viele der in Bremen und Bremerhaven Studierenden dort auch ihren Wohnsitz nehmen. Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum für Studierende werden wir daher weiter steigern. In Bremerhaven setzen wir uns dabei das Ziel, zur Herausbildung eines urbanen studentischen Wohn- und Lebensmilieus beizutragen, das die Attraktivität des Studierens & Wohnens in einer Stadt zusätzlich steigert.

Wir werden zusätzlich die „Master“-Studiengänge an den Hochschulen ausbauen – auch um die Zahl junger Menschen zu steigern, die nach dem Abschluss in Bremen wohnhaft bleiben.

6.3 Wissenschaft zukunftsfähig stärken

Stärkung der Lehrerausbildung: In der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern werden wir die inklusive Pädagogik stärken. Um den Herausforderungen der Zuwanderung zu begegnen, werden wir im Fach Deutsch den Bereich Deutsch als Fremdsprache / Deutsch als Zweitsprache ausbauen. Für Lehrkräfte, die im Ausland ausgebildet wurden, werden wir ergänzende Maßnahmen zur Anpassung an die Anforderungsprofile im Land Bremen anbieten. Um die Zahl der Sportlehrerinnen und Sportlehrer zu erhöhen und die Angebote für den Schulsport zu verbessern, werden wir die Wiedereinführung der Lehramtsausbildung im Studienfach Sport voranbringen. Zur Stärkung der Lehramtsqualifikation im Bereich der digitalen Medien werden wir im Zuge des Ausbaus der Informatik eine Stelle für die Informatik-Didaktik einrichten.

Digitalisierung: Die begonnenen Anstrengungen der Hochschulen zur verstärkten Nutzung digitaler Technologien in Forschung, Entwicklung, Lehre und Verwaltung werden wir durch die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel unterstützen. Für die Lehre werden wir einen Förderpool bilden, aus dem die Entwicklung digitaler Lehr-, Lern- und Prüfungsformate, die Infrastrukturen für multimedial gestütztes studentisches Arbeiten sowie digitale Lösungen zur Flexibilisierung des Studienangebots finanziert werden können. In der Forschung und Entwicklung werden wir insbesondere die informations- und kommunikationstechnischen Anforderungen in Bereichen

wie dem 3-D-Druck, der Erdfernerkundung, der Robotik, dem Autonomen Fahren, den Digitalen Medien oder neuen Ansätzen der computergestützten Sozialforschung adressieren, die Publikation von Forschungsergebnissen im Open Access fördern und uns auf nationaler Ebene für Nationales Hoch- und Höchstleistungsrechnen sowie eine Nationale Forschungsdateninfrastruktur einsetzen. Die Verwaltungen der öffentlichen Hochschulen werden wir bei der Anschaffung von Campus-Management-Systemen und Verwaltungssoftware sowie der Erweiterung von Serverkapazitäten und der Netzanbindung unterstützen.

Europäisierung / Internationalisierung: Wissenschaft, Forschung und Lehre leben immer mehr vom internationalen Austausch. International wahrgenommen und anerkannt zu werden ist daher eine notwendige Voraussetzung, um Studierende und junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für Bremen zu interessieren und um internationale Kooperationen in der Forschung eingehen zu können.

Wir werden deshalb die Internationalisierungsstrategien unserer Hochschulen durch eine übergreifende Internationalisierungsstrategie unterstützen. Ziel ist, die internationale Mobilität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Studierenden und Verwaltungsangestellten weiter zu erhöhen, die Sichtbarkeit unserer Wissenschaftsschwerpunkte zu steigern, vermehrt Hochschulkooperationen und Projekte mit internationalen Partnern einzugehen, gemeinsame Studiengänge und Abschlüsse zu entwickeln und ein enges Netzwerk mit ausländischen Hochschulen und Forschungsinstitutionen zu schaffen.

Dabei werden wir insbesondere auch die U Research Alliance, den Zusammenschluss der Universität Bremen und der elf bundländer-finanzierten Forschungsinstitute, bei ihren Kooperationsbemühungen mit anderen „jungen“ europäischen Hochschulen unterstützen.

Die Erfolge der bremischen Wissenschaft bei der Einwerbung von europäischen Drittmitteln wollen wir ausbauen und mit Beratungsdienstleistungen für die Antragstellung bei EU-Projekten unterstützen.

Die Internationalität der Jacobs University Bremen wollen wir nutzen und fördern und mit den anderen staatlichen Hochschulen, insbesondere der Universität, besser verbinden. Die Zusammenarbeit mit der Jacobs University soll über die neu geschaffenen Kooperationsplattformen vor allem mit der Universität weiter gestärkt werden.

Wissenschafts- und Hochschulstandort Bremerhaven stärken

In Bremerhaven werden wir insbesondere innovative Studien- und Lernkonzepte unterstützen wie den Studiengang „Gründung Innovation Führung“, mit dem die Hochschule Bremerhaven einen neuen Weg zur Förderung von Existenzgründungen geht. Zudem werden wir verstärkte Anstrengungen unternehmen, um die Transferpotentiale zu erschließen, die sich aus der Ansiedlung des Thünen-Instituts, der Gründung des

neuen Instituts für Maritime Sicherheit und den bereits bestehenden Außeruniversitären Instituten (AWI, IWES, DSM) ergeben. Hierzu werden wir eine Gesamtstrategie für die Zusammenarbeit zwischen diesen Instituten und der Hochschule Bremerhaven entwickeln und den schwerpunktmäßigen Ausbau der Hochschule eng an den zukunftssträchtigen Wirtschaftsstrukturen der Region ausrichten, insbesondere bei Speichertechnologien wie Wasserstoff sowie der digitalen Steuerung der Energieumstellung im Rahmen eines landesweiten Energieforschungsverbundes mit Testfeld Luneplate.

Um das Wissenschaftssystem als Impulsgeber für den strukturellen Wandel und die Entwicklung der Stadt Bremerhaven weiter zu stärken, werden wir die Kapazitäten der Hochschule auf 5.000 Studierende ausbauen und einen neuen Fachbereich im Bereich der Sozial-, Pflege- und Gesundheitswissenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Digitalisierung einrichten. Dafür werden wir ausreichende Planungskapazitäten bereitstellen. Im Zuge dieses Ausbaus wollen wir insbesondere auch den Anteil der weiblichen Studierenden an der Hochschule nachhaltig erhöhen.

6.4 Gute Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen

Mit dem Rahmenkodex „Vertragssituationen und Rahmenbedingungen von Beschäftigungen an den staatlichen Bremischen Hochschulen“ haben wir einen großen Schritt zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen verwirklicht. Vor allem in der Frage der Befristung von wissenschaftlichen Stellen zählt Bremen zu den Vorreitern bei den Entwicklungen von Lösungen, die dem Spannungsverhältnis zwischen befristeten Drittmitteln und dem Wunsch nach gesicherten Beschäftigungsperspektiven Rechnung tragen. Die Erfahrungen mit dem Rahmenkodex werden wir in der neuen Legislaturperiode gründlich auswerten und anhand der Ergebnisse prüfen, ob und in welcher Weise weiterer Reformbedarf besteht.

Mit der Reform des Bremer Hochschulgesetzes haben wir zudem die Karrierewege junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler transparenter und planbarer gemacht, neue dauerhafte Beschäftigungsperspektiven insbesondere für Lektorinnen und Lektoren geschaffen und die eigenständige Bedeutung von künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit einer eigenen Personalkategorie aufgewertet. Diese Reformen gilt es in der neuen Legislaturperiode weiter zweckentsprechend umzusetzen und in der Praxis zu entwickeln. Mit einer Neuregelung der Personalkategorie werden wir auch der eigenständigen Bedeutung der technischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Hochschulen und der Werkstattleiterinnen und -leiter an der Hochschule für Künste Rechnung tragen. Wir unterstützen die Studentischen Hilfskräfte an den Hochschulen im Land Bremen in ihrem Streben nach einem Tarifvertrag und sehen dies als wichtige Voraussetzungen, um die Arbeitsbedingungen der Hilfskräfte zu verbessern. Auch ohne Tarifvertrag wollen wir Maßnahmen ergreifen, um die Situation der Hilfskräfte zu verbessern.

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses: Die Dynamik wissenschaftlichen Fortschritts wird durch den kontinuierlichen Nachwuchs hochqualifizierter junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vorangetrieben. Wir werden deshalb in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt beim Ausbau des akademischen Mittelbaus an der Universität Bremen und dem Aufbau akademischer Mittelbauten an den Hochschulen setzen und die Zahl der wissenschaftlichen Beschäftigten in diesem Bereich deutlich steigern. Dabei werden wir auch die Zahl unbefristeter Stellen erhöhen.

Die neu eingeführten Tenure-Track-Professuren werden wir dauerhaft in der Personalstruktur der Universität verankern und darauf achten, dass sie die mit ihnen verknüpften Erwartungen der Gewinnung und Förderung besonders talentierter junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erfüllen.

Mit den Hochschulen in Bremen und Bremerhaven werden wir geeignete Maßnahmen entwickeln, um sie im zunehmenden Wettbewerb in den anwendungsorientierten Wissenschaften bei der Gewinnung von Professorinnen und Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu stärken. Überdies werden wir dafür sorgen, dass die Promotionsmöglichkeiten für Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen weiter verbessert werden.

Bei allen Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses werden wir weiterhin besonders auf die Verwirklichung der Ziele von Chancengerechtigkeit und Geschlechtergleichstellung achten. Mit Blick auf die besondere Lebenssituation junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wollen wir dabei speziell auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Der Anteil der Professorinnen soll auf mindestens 35 Prozent steigen.

6.5 Gute Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium

Um ein Studium erfolgreich und in angemessener Zeit abschließen zu können, bedarf es guter curricularer, didaktischer, personeller, infrastruktureller und finanzieller Voraussetzungen und Rahmenbedingungen. Diesen berechtigten Erwartungen werden wir insbesondere mit der Verbesserung der Betreuungsrelationen und Beratungsangebote durch den Ausbau des akademischen Mittelbaus, der Modernisierung und Erweiterung der Hochschulräume, der Entwicklung neuer digitaler Lehr-, Lern- und Prüfungsformate, der Bereitstellung der dazu notwendigen technischen Infrastrukturen und vor allem mit der verstärkten Ausrichtung der Lehre auf ein praxis- und forschungsnahes sowie selbstbestimmtes Lernen und eine kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen.

Um die Möglichkeiten des Selbstlernens und der Prüfungsvorbereitungen zu verbessern, werden wir zudem die eigenständigen Nutzungszeiten der wissenschaftlichen Bibliotheken an den Abenden und Wochenenden erweitern und gleichzeitig die

digitalen Bestände ausbauen. Um weiterhin ein allumfassendes Lernen zu ermöglichen werden wir die Preise für Sprachkurse an den Hochschulen sukzessive senken und mittelfristig abschaffen.

Um die Erreichbarkeit der Universität Bremen zu verbessern, wollen wir dort einen Haltepunkt der Bahn realisieren.

Um die Studierenden finanziell zu entlasten, schaffen wir den Verwaltungskostenbeitrag ab.

Besonders wichtig bleibt für uns, dass niemand durch fehlende finanzielle Möglichkeiten von einem Studium abgehalten wird. Wir werden uns deshalb im Bund nachdrücklich dafür einsetzen, dass zeitnah eine deutliche Anhebung der BAFöG-Sätze erfolgt und zugleich die Basis für die Inanspruchnahme der Förderung verbreitert wird. Um familiäre Abhängigkeiten zu vermeiden, werden wir uns für ein generell elternunabhängiges BAFöG stark machen, das über Anrechnung auf den Ausbildungsfreibetrag der Eltern gegenfinanziert wird. Ein elternunabhängiges BAFöG sollte zumindest immer dann gewährt werden, wenn Studierende in gesetzlich vorgesehenen Gremien und satzungsmäßigen Organen der Hochschulen und der Länder sowie in satzungsmäßigen Organen der Selbstverwaltung der Studierenden sowie der Studierendenwerke mitwirken.

Ein wichtiges Ziel für uns ist, dass mehr Studierende auch in Bremen und Bremerhaven wohnen und keine langen Anfahrtswege haben. Wir werden deshalb weiterhin dafür sorgen, dass die Zahl der Plätze in Studirendenwohnheimen erhöht wird und auch Private verstärkt bezahlbare Wohnräume für Studierende in unseren beiden Städten anbieten.

7. Bezahlbarer Wohnraum für alle ist unser Ziel

Unser Hauptziel bleibt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, gezielt für Auszubildende und Studierende, Singles, Alleinerziehende, Paare und junge Familien sowie Seniorinnen und Senioren. Wir streben dabei an, dass **2.500 neue Wohnungen pro Jahr** gebaut werden, und werden die hierfür notwendigen Voraussetzungen auf städtischer Seite gewährleisten. Um eine stärkere soziale Durchmischung **in allen Ortsteilen** zu erreichen, wollen wir bei der Vergabe öffentlicher Flächen und der Förderung des Wohnungsbaus die Sozialquote stadtweit in Bremen von 25 Prozent auf 30 Prozent erhöhen. Sozial stark belastete Quartiere erhalten auf Sozialindikatoren basierte Quotenabschläge. Auch bei kleineren Bauvorhaben wollen wir eine geeignete Sozialquote etablieren.

Das Förderprogramm des Senats, das Familien mit minderjährigen Kindern bei einem Grunderwerb in bestimmten Fördergebieten mit einem einmaligen Zuschuss von

15.000 Euro für Grunderwerbsnebenkosten wie Grunderwerbssteuer, Grundbuchgebühren und Notarkosten unterstützt, werden wir fortführen und das Fördervolumen ausweiten.

Wir setzen uns für die bedarfsgerechte Schaffung von rollstuhlgerechtem Wohnraum in allen Regionen des Landes ein. Ferner streben wir eine verstärkte Quartiersentwicklung an, welche die selbstbestimmte Einbeziehung behinderter Menschen umfasst. Uns ist bewusst, dass es außer rollstuhlgerechten Wohnraums auch Wohnraums für Menschen mit anderen Behinderungen bedarf, z. B. für kleinwüchsige Menschen, blinde Menschen etc. Damit hier bedarfsgerecht gehandelt werden kann, werden wir uns mit den unterschiedlichen Behindertenverbänden zusammensetzen und uns von ihnen beraten lassen.

7.1 Wohnungspolitik

Es ist in der gesamten Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, also seit mehr als 70 Jahren, die Politik der Bremer SPD, für alle Menschen in Bremen ein menschenwürdiges Wohnen sicher zu stellen. Deshalb hat die SPD 1987 beschlossen, die großen Wohnungsbestände der vormaligen Neuen Heimat zu übernehmen. Ziel ist, neben den Maßnahmen zur Förderung insbesondere des privaten Wohnungsbaus einen Wohnungsbestand für die wirtschaftlich und finanziell schwächeren Bevölkerungsgruppen zur Verfügung zu stellen, der allen ein menschenwürdiges Zuhause sichert. Mit dem stadteigenen Unternehmen GEWOBA bietet die Stadt Bremen heute mehr als 41.000 Wohnungen zu moderaten Mietkonditionen (Nettokaltmiete von durchschnittlich 6,04 Euro je qm) an. Zusätzlich verwaltet sie rd. 14.000 Wohnungen vornehmlich aus ihrem früheren Bestand. Ganze Ortsteile werden durch umfangreiche Sanierungen zukunftsfähig gemacht. Bis heute stehen energetische Modernisierungen, der Einbau neuer Bäder und der Abbau von Barrieren im Mittelpunkt der GEWOBA-Aktivitäten. Dafür sind in den vergangenen vier Jahren rund 330 Mio. Euro, also mehr als 80 Mio. Euro jährlich investiert worden. Umfangreicher Wohnungsneubau im Umfang von knapp 40 Mio. Euro, z. B. in der Überseestadt, hilft, die Wohnungsengpässe schnellstmöglich zu überwinden. In Bremerhaven verfolgen wir mit der Stäwog und ihrem Angebot von 5.100 Wohnungen dieselbe Politik. Mit der Übernahme der BreBau werden wir diese Politik stärken. Damit sorgt SPD-Politik erlebbar für Schutz vor den Finanzinteressen der privaten Eigentümer von Großwohnanlagen.

7.2 Flächen für Wohnen und Leben

Im Hinblick auf die positive Einwohnerentwicklung brauchen wir eine massive **Ausweitung von Flächen für den Wohnungsbau**. Diese großen Wohnbauflächen müssen im Wettbewerb der Ideen und im Ausgleich der zum Teil widerstrebenden Interessen geplant werden, um eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz und damit eine zügige Realisierung zu erreichen. Zur sozialen Mischung gehört auch eine Nutzungsmischung: es soll keine reinen Schlafquartiere oder Einkaufszonen geben. Daher sind bei allen

Planungen und Weiterentwicklungen auch immer vielfältige Nutzungen vorzusehen. In jedem Fall sind Flächen für soziale, sportliche und kulturelle Einrichtungen sowie für KiTas und Schulen mit zu planen, aber auch für Geschäfte des täglichen Bedarfs, Cafés und Restaurants, Kleingewerbe, für Arztpraxen und vergleichbare Nutzungen. Barrierefreiheit ist wichtig. Wir wollen deshalb über das Ausmaß und das „wie“ dieser Bebauung entsprechender Flächen neben den Mitwirkungsrechten der örtlichen Beiräte auch einen Beteiligungsprozess der im Stadtteil wohnenden Menschen und direkter Nachbarinnen und Nachbarn sowie sonstiger lokaler Interessenvertretungen durchführen und uns dabei an bisherigen erfolgreichen Bürgerbeteiligungsprozessen orientieren. Das steht für uns einer zügigen Umsetzung nicht entgegen.

Potenziale für solche neuen Wohnungsbauflächen sehen wir insbesondere im neuen Rennbahn-Quartier und im Vorderen Woltmershausen, aber auch in Hemelingen (insbesondere Könecke und Coca-Cola) und in Oberneuland (zwischen Wohnpark Oberneuland und Eisenbahn/Rockwinkler Landstraße bei Absicherung und Ausweitung des Achterdiekparcs) sowie in Gröpelingen (Fläche der Reihersiedlung und Plangebiet des ehemaligen VE 32/Tucholskystraße). Wie im Flächennutzungsplan bereits angelegt, wollen wir zudem am Rande der Osterholzer Feldmark im Umfeld des Haltestellenpunktes Mahndorfes ein integratives Konzept für Wohnen, Sport, Freizeit und Erholung entwickeln und umsetzen.

Das neue **Rennbahnquartier** wollen wir als Zukunftsquartier gemeinsam mit den Beiräten Hemelingen und Vahr, den Anrainerinnen und Anrainern, den an der Weiterentwicklung der betroffenen Stadtteile und anderen wohnungsbaupolitisch Interessierten gestalten. Für mehr und für alle frei zugängliches Grün, für mehr Naherholungs- und Sportflächen und für bezahlbaren Wohnraum. Dabei wollen wir für Grünflächen, Gewässer, Freizeit und Sport ungefähr 50 Prozent der rund 35 ha großen Fläche von Bebauungen freihalten. Auf 50 Prozent wollen wir einen Mix unterschiedlicher Bebauungen realisieren: Wir wollen dort sowohl Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäuser als auch maßvollen Geschosswohnungsbau in einer Größenordnung von insgesamt rund 1.000 Wohneinheiten. Hochhäuser werden dort nicht entstehen. Dabei werden wir die notwendige soziale Infrastruktur berücksichtigen. Das Quartier soll nicht länger Sperre zwischen Stadtteilen sein, sondern diese verbinden. Dabei orientieren wir uns an den Wünschen und Anregungen des „Regionalaussschusses Rennbahn“.

Ein Instrument zur Schaffung von neuem Wohnraum bleibt aber auch die kleinräumige Innenentwicklung, zum Beispiel durch die Bebauung von Baulücken oder die Modernisierung von Bestandsgebäuden. Die Instandhaltung von Wohngebäuden ist eine Pflicht von Vermieterinnen und Vermietern, die Mieterinnen und Mieter haben mit ihrer Mietzahlung einen entsprechenden Anspruch darauf. Wir werden die gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Vermieterinnen und Vermieter anzuhalten dieser Verantwortung nachzukommen.

Wir wollen künftig noch verstärkter das **Problem von Wohnungsleerständen** und drohender Verwahrlosung angehen – sowohl durch konsequente Anwendung bundes- und landesgesetzlicher Vorgaben als auch durch Ausweitung des in Bremerhaven bereits erfolgreich erprobten Programms zur „Revitalisierung von aufgegebenen Immobilien“: Die Käufer müssen sich zu zwei Gegenleistungen verpflichten: Zum einen müssen sie die Immobilie in einem bestimmten Zeitraum sanieren. Zum anderen müssen sie die Wohnung anschließend für mindestens drei Jahre selbst bewohnen. Wir werden im Landeshaushalt hierfür weitere Mittel bereitstellen.

Zügige Baugenehmigungen und ausreichende Planungskapazitäten für die Schaffung von Wohnraum im Bestand sind eine wesentliche Voraussetzung um unsere Ziele im Wohnungsbau zu erreichen. Wir wollen daher konsequent die Verfahren für die Baugenehmigungen durch verfahrenstechnische Vereinfachungen wie etwa in Hamburg und durch höheren Ressourceneinsatz beschleunigen. Außerdem wollen wir die Planungskapazitäten für die Schaffung von Wohnraum im Bestand erhöhen, um noch mehr Wohnraum zu erschließen.

Um Unsicherheiten bei der Wohnungsbedarfsentwicklung besser entgegenzutreten zu können, werden wir verwaltungsintern das Instrument der Wohnungsmarktprososen für beide Städte und stadtbezirksbezogen für Bremen aufbauen, die vorausschauende Flächenbevorratung verbessern und die Baugenehmigungsverfahren beschleunigen.

7.3 Wohnungsbau neu denken

Das Bauen muss wieder attraktiver für Privatpersonen – und auch für Projekte des gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Wohnens – werden und darf nicht nur Bauträgern überlassen werden. Wir brauchen daher im größeren Umfang bauträgerfreie Grundstücke auf von der Gemeinde erschlossenen Flächen. Auch in diesem Zusammenhang wollen wir künftig verstärkt Erbpacht-Lösungen anwenden. Hierdurch sinken die erforderlichen Investitionskosten, langfristige kommunale Handlungsmöglichkeiten bleiben erhalten, Spekulationsmöglichkeiten verringern sich und es werden kommunale Gestaltungsmöglichkeiten jenseits der klassischen Bebauungsplansteuerung eröffnet.

Die Stadt Bremen braucht wieder mehr Verfügung über Grund und Boden (Bodenbevorratung), insbesondere auch durch eine zentrale in die Stadtplanung eingepasste Ausübung von gemeindlichen Vorkaufsrechten. Die Zeit der Finanzierung des Gemeinwesens durch Ausverkauf städtischer Flächen muss vorbei sein. Ein schlanker Staat ohne ausreichende bzw. für seine Zwecke erforderliche Reserven an eigenen Grund, Boden und Gebäuden ist nur eingeschränkt in der Lage sozialstaatlich erforderliche oder stadtentwicklungspolitisch gebotene Aktivitäten zu entfalten.

Wir wollen mehr Wohnraum im vorhandenen Baubestand ermöglichen, wie zum Beispiel in vorhandenen Dachgeschossen. Dort, wo dieses durch Bebauungspläne nicht möglich ist, sind die Pläne entsprechend anzupassen.

Unübliche Wohnformen, wie Floating homes, die „Querlenker“ und das Ökodorf im Werderland stellen für uns willkommene projektartige Ergänzungen des Wohnungsmarktes dar.

Neben den Studierenden konkurrieren gleichfalls Auszubildende auf dem Markt für preiswerte Ein-Personenwohnungen, sodass auch hier entsprechende Angebote zu schaffen sind. Mit laufender Förderung, Investitionskostenzuschüssen oder aber der Zurverfügungstellung von Grundstücken ist es möglich Azubiwohnheime zu schaffen. Wir werden die zurzeit laufende Realisierung eines solchen Heimes im Jacobus-Haus auswerten und erforderlichenfalls entsprechend dem Bedarf weitere städtische Bestandsimmobilien zur Verfügung stellen. Wir unterstützen das Studierendenwerk bei der Realisierung zusätzlicher Wohnplätze für Studierende möglichst in der Nähe der jeweiligen Hochschulen in beiden Städten mit dem konkreten Ziel weitere 1.000 Plätze in den nächsten fünf Jahren fertig zu stellen. Gleichzeitig unterstützen wir das Studierendenwerk Bremen bei der Sanierung bestehender Wohnanlagen und Mensen.

7.4 Stadtentwicklung übergreifend weiterentwickeln

Die Entwicklung der Stadt wird in den nächsten Jahren eine dominante Rolle in Bremen einnehmen. Neben der zentralen Stadtentwicklung muss zukünftig – noch stärker als bislang – die Stadtteilentwicklung in unseren Fokus rücken. Hierzu muss ein adäquates Schnittstellenmanagement zwischen den Senatsressorts und Stadtteilen entwickelt werden, um die konzeptionelle Planung sowie ressortübergreifende Zusammenarbeit sowohl in den Quartieren als auch gesamtstädtisch im Sinne der Stadtteilentwicklung deutlich zu verbessern. (Vergleich hierzu ausführlich „Bremische Stadtentwicklung – konsequent vom Quartier gedacht“ im Teil 5).

Die Stadtteilentwicklung verfolgt auch das Ziel der qualitativen Verbesserung von Altbauquartieren, der Aufwertung von Stadtteilzentren und der Schaffung neuer Mischgebiete von Wohnen und Arbeiten. Zu zentralen Erneuerungsprozessen mit gesamtstädtischer Bedeutung zählen vor allem die Innenstadtentwicklung, die Entwicklung neuer großer Gebiete wie bspw. der Übersee-Insel oder dem Rennbahn-Quartier, eine zukunftsfähige Verkehrsplanung sowie erhebliche Anstrengungen beim Ausbau sozialer Infrastruktur, insbesondere im Schul- und Kitabau.

Wir wollen einen Fachbeirat „Einbruchschutz und städtebauliche Kriminalprävention“ aus Vertreterinnen und Vertretern der Bauwirtschaft, des Handwerks, der Versicherungswirtschaft und der Polizei, der die Bauplanungsbehörden bei den Aspekten subjektives Sicherheitsgefühl und objektive Sicherheit der Wohnbauprojekte unterstützt.

8. Gesundheit von Anfang an, für alle und in allen Stadtteilen

Gesundheit ist mehr als körperliche und psychische Unversehrtheit. Ein Mensch muss an der Gesellschaft teilhaben können, er muss sein Leben nach seinen Wünschen gestalten und Beziehungen zu anderen Menschen pflegen können. Wo es ihm an eigener Kraft fehlt, muss der Staat alles ihm Mögliche dafür tun, um jeden Menschen in diesem Sinne zu unterstützen. Als SPD wollen wir das von der Geburt bis zum Tod eines Menschen sicherstellen. Gesundheitliche Chancengerechtigkeit ist unser Ziel, deshalb wollen wir auf Landes- und kommunaler Ebene Gesundheit in allen Politikfeldern als Querschnittsthema etablieren.

Über die ganze Lebensspanne hinweg nimmt das Leben im Quartier eine wichtige Rolle ein. Deshalb wollen wir das Quartier gesundheitsfördernd gestalten und dabei an bestehenden Strukturen anknüpfen – denn jedes Quartier ist so einzigartig, wie seine Bewohnerinnen und Bewohner. Faktoren wie Bildung, Arbeit- und Wohnverhältnisse, Einkommen, Lärm, Luft, Verkehr, die gesundheitsbezogene Infrastruktur, Erholungsräume sowie Grünflächen für Bewegung im Freien beeinflussen die Gesundheit der Menschen. Deshalb werden wir ressortübergreifende Maßnahmen für die Berücksichtigung von Gesundheitsaspekten in allen Politikfeldern des Senats entwickeln. Die Quartiere sollen so gestaltet werden, dass sie Gesundheit und Wohlbefinden ermöglichen und fördern.

8.1 Quartiere gesundheitsgerecht machen: Verhältnisse ändern

Mit dem Modellprojekt „Fachkräfte für Prävention und Gesundheitsförderung an Schulen“ stärken wir die Gesundheitskompetenz in Schulen in ausgewählten Stadtteilen. Wir wollen den Ausbau dieses Angebots über die Modellphase hinaus. Wir wollen in ausgewählten Quartieren mit besonderen Entwicklungsbedarfen die Kooperation der vorhandenen Akteure mit der Städtebauförderung (Soziale Stadt), auch unter der Berücksichtigung der Schnittstelle Gesundheit und Jugendhilfe.

Die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit der Bereiche Gesundheit, Schule und Jugendhilfe wollen wir insbesondere mit Blick auf spezifische Zielgruppen, wie bspw. traumatisierte Kinder und Jugendliche, intensivieren. Durch eine solche unkomplizierte Hilfe und Beratung vor Ort können Notaufnahmen an den Krankenhäusern in Zukunft entlastet werden. Bestehende Einrichtungen wie Frauengesundheit in Tenever und Gesundheitstreffpunkt West werden wir zukunftsfest aufstellen. Wir wollen landesweit rechtskreisübergreifende Beratungsstellen aufbauen, die multidisziplinäre Teams haben – über den Gesundheitsbereich hinaus. Dafür wollen wir Quartierskarten mit bestehenden Anlaufstellen und Angeboten erstellen und identifizierte Lücken schließen, so dass zum Beispiel durch eine Anbindung an medizinische Versorgungs- und Gesundheitszentren oder Pflegestützpunkte echte

Knotenpunkte entstehen, bei denen Menschen jeder Altersgruppe Unterstützung und Beratung finden.

8.2 Geschlechtergerechte Gesundheitspolitik

Frauen und Männer sind unterschiedlich von Krankheiten betroffen. Symptome der gleichen Krankheit können unterschiedlich sein, das Krankheitsrisiko variiert nach Geschlecht und auch das Verhalten kranker Männer und Frauen ist unterschiedlich. Das müssen wir durch eine geschlechtergerechte Vorbeugung und Behandlung berücksichtigen. Ambulante und stationäre Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebote sollen so ausgerichtet sein, dass sie entsprechend ihrem jeweiligen Auftrag alle Geschlechter erreichen – oder geschlechtsspezifisch sind.

Verhütung von ungewollten Schwangerschaften ist Sache beider Sexualpartner. Kostenlose Verhütungsmittel werden wir daher Personen, die Sozialleistungen beziehen, in Bremen und Bremerhaven zur Verfügung stellen. Informationen über die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen müssen in Deutschland endlich straffrei sein, deshalb muss der §219a Strafgesetzbuch (StGB) auf Bundesebene gestrichen werden.

Essstörungen sind ein Krankheitsbild, bei dem die Behandlung besonders wichtig ist, bei Jungen wie Mädchen, bei Männern wie Frauen. Die zugrundeliegenden Ursachen sind aber oft geschlechtsspezifisch, deshalb brauchen wir eine differenzierte Prävention und Behandlung.

Wir setzen uns dafür ein, dass zielgruppenspezifische niedrigschwellige Beratungs- und Präventionsangebote für Mädchen und Frauen ebenso wie für Jungen und Männer entwickelt und umgesetzt werden. Für Frauen und Mädchen, die von Genitalverstümmelung betroffen oder davon bedroht sind sowie für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und Fachkräfte wollen wir bei einer bestehenden Beratungsstelle ein spezifisches Beratungsangebot einrichten. Gesundheitsangebote im Quartier, die erfolgreich geschlechtssensibel arbeiten, wollen wir verstetigen, ebenso die spezifischen Angebote für psychisch erkrankte Frauen („Frauenraum“). Die Früherkennung psychisch kranker Männer wollen wir stärken.

8.3 Gesund aufwachsen und leben – von Anfang an

Wenn Schwangerschaft und Geburt gut und mit ausreichend Zeit durch Hebammen begleitet werden, stärkt das Kinder und Eltern ab dem ersten Moment. Arbeitsbedingungen und Bezahlung von Hebammen werden kontinuierlich verbessert. Schon erreicht ist, dass die Ausbildung der Hebammen ab Januar 2020 von einer beruflichen Ausbildung in eine hochschulische Ausbildung überführt wird. Damit verbunden ist eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten von 16 auf 60 Plätze. Wir wollen ein

gemeinsames Arbeiten in der Region in einem Hebammen-Team ermöglichen, das niedrigschwellig und kultursensibel arbeiten soll. Das verschafft den Hebammen verlässliche Freizeit und Vertretung im Krankheitsfall, sorgt für kürzere Anfahrtswege und Synergien unter den Hebammen und erhöht dadurch die Betreuungszahl – das kommt Schwangeren, Müttern und Kindern zugute. Wir werden in einer Region mit hohem Bedarf ein Modellprojekt personell und strukturell unterstützen. Wir wollen die natürliche Geburt weiter stärken und damit die Kaiserschnitttrate senken. Frühe Hilfen und Familienhebammen wollen wir fördern. Wenn sich dieses Modell bewährt und der Bedarf besteht, werden wir es auch in anderen Stadtteilen umsetzen.

Da einige Kinder im Vergleich zu anderen häufiger Sprachschwierigkeiten haben, ist eine gezielte Prävention bzw. die Früherkennung einer Sprachentwicklungsstörung erforderlich, damit die betroffenen Kinder die für sie richtigen Maßnahmen – entweder Förderung oder Therapie – erhalten. Wir wollen deshalb einen frühzeitigen diagnostischen Ausschluss von möglichen Sprachentwicklungsstörungen für alle Kinder, sowohl einsprachige als auch mehrsprachige Kinder, einschließlich Kindern mit Migrations- und Fluchterfahrung, ermöglichen.

Wir werden nach Abschluss der erforderlichen konzeptionellen Vorarbeiten entscheiden, ob ein weiterer finanziell verantwortbarer Beitrag zur Sicherung der Gesundheitsvorsorge entstehen kann, wenn durch eine Kooperation von Bremer Hochschulen mit Bremer und Bremerhavener Krankenhäusern sowie einem außerbremschen Universitätsstandort, an dem die Vorpraktische Phase absolviert wird, der Aufbau einer praktischen Medizinausbildung möglich wird. Eine universitäre Vollausbildung von Medizinerinnen und Medizinern lehnen wir ab.

Wir brauchen Haus- und Kinderärzte in der Nähe

Wir werden weiter bei der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen darauf drängen, die ärztliche Versorgung insbesondere mit Haus- und Kinderärztinnen und -ärzten auch in sozial benachteiligten Quartieren sicherzustellen. Kommt weiter keine kleinräumigere Bedarfsplanung zustande, werden wir auf eine Beteiligung der Länder an den Zulassungsausschüssen pochen. Außerdem wollen wir qualitative Anreize gezielt in schlecht versorgten Gebieten bieten, um Ärztinnen und Ärzte in diese Quartiere zu bringen. Ärztinnen und Ärzte, die in Quartieren mit größeren sozialen Problemen arbeiten, müssen besonders unterstützt werden, zum Beispiel durch Sprachmittler und begleitende Sozialarbeit. Dies gilt auch für Psychotherapeutinnen und -therapeuten. Wir unterstützen deshalb Vorschläge, wie es sie für den Bremer Westen gibt, integrierte Versorgungszentren zu gründen, die mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst und zum Beispiel Quartierszentren vernetzt werden. Integrierte Versorgungsangebote sollen der öffentlichen Daseinsvorsorge und nicht durch private Finanzinvestoren der Gewinnmaximierung dienen. Die Einrichtung integrierter niedrigschwelliger und vernetzter gesundheitsbezogener Versorgung verstehen wir als Ergänzung der niedergelassenen Hausärztinnen und -ärzte. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass in den genannten Regionen die Krankenhäuser in die ambulante fachärztliche Versorgung

mit einer entsprechenden Vergütung nach Einheitlichem Bewertungsmaßstab (EBM) einbezogen werden.

8.4 Gesundheitspolitik muss am Menschen ausgerichtet sein, nicht an Institutionen

Die Akteure des Gesundheitswesens müssen Menschen ernst nehmen, befähigen und bei Krankheit adäquat behandeln – ihnen aber auch Kenntnisse und Kompetenzen an die Hand geben, um ihre Gesundheit zu erhalten und zu stärken. Das Gesundheitssystem muss dabei durchschaubar sein und darf mit seinen unterschiedlichen Zuständigkeiten orientiert an Sektorengrenzen keine Barriere darstellen. „Gesundheit aus einer Hand“ in integrierten Notfallzentren muss das Ziel sein – die Organisation dahinter müssen die Profis machen.

Wir setzen uns weiter für ein Medizinisches Zentrum für Erwachsene mit geistigen und Mehrfachbehinderungen (MZEB) ein. Dringend werden mehr rollstuhl- und behindertengerechte Arzt- und Behandlungspraxen benötigt. Wir wissen, dass Bedarf und Angebot nicht immer Hand in Hand gehen. Am Lebensende, besonders nach einer schweren Erkrankung, muss möglichst vielen Menschen und ihren Familien Unterstützung zuteilwerden. Wir werden deshalb die Schaffung weiterer Hospiz- und Palliativplätze unterstützen und die Vernetzung unter den Anbietern fördern.

Psychiatriereform fortsetzen

An der Reform der Bremer Psychiatrie halten wir fest. In den kommenden Jahren muss eine spürbare Ambulantisierung stattfinden. Menschen mit psychischen Krankheiten sollen wo irgend möglich dort begleitet und versorgt werden, wo sie wohnen. Deshalb unterstützen wir die Akteure bei ihren Gesprächen und Vereinbarungen zum Beispiel zur Einführung von Regionalbudgets und der Integration von Leistungen nach SGB V und SGB XII. Die Kliniken als große Anbieterinnen psychiatrischer Leistungen müssen diesen Prozess im Sinne des entsprechenden Bürgerschaftsbeschlusses aus dem Jahr 2013 entschlossen vorantreiben.

Eine Orientierung an vielversprechenden Aktivitäten anderer Anbieter, wie das psychiatrische Behandlungszentrum Bremen-Nord, unterstützen wir. Insbesondere in der psychiatrischen Versorgung ist ein wohnortnaher Ort, an dem Beratung angeboten wird und eine bedarfsgerechte Hilfeplanung erfolgt, zentral. Um dies in vollem Umfang leisten zu können, muss der Abbau von Sprachbarrieren in der Begleitung von Migrantinnen und Migranten sowie geflüchteten Menschen Vorrang haben.

In vielen Bereichen der Gesundheitsversorgung bedarf es kultursensibler Instrumente und Angebote, dazu gehören auch Dolmetschdienste und ihre Finanzierung. Insbesondere in der psychiatrischen Versorgung, bspw. traumatisierter Geflüchteter ist der Abbau von Sprachbarrieren zentral. Wir werden uns gegenüber dem Bund daher dafür

einsetzen, dass Dolmetschdienste für gesundheitliche Dienste und psychiatrische Versorgung verlässlich vergütet werden. Gegenüber dem Bund wollen wir uns dafür einsetzen, dass Sprachmittlung vergütet wird. Die Entwicklung der Vergütungen psychiatrischer Leistungen auf Bundesebene werden wir kritisch begleiten.

Für eine rationale Suchtpräventionspolitik

Wir halten an der rationalen Drogenpolitik des Senats fest. Dazu gehört, dass wir auf Bundesebene weiter für eine Reform des Betäubungsmittelgesetzes kämpfen werden, um Cannabis zu legalisieren und die kontrollierte Abgabe an Erwachsene zu ermöglichen. Gleichzeitig werden wir weiter unsere erfolgreiche Prävention fortsetzen und stärken. Wir setzen uns für ein Verbot von Werbung für Tabakprodukte, E-Zigaretten und Alkohol ein.

In der Suchtpräventionspolitik wissen wir: Es gibt neue Herausforderungen. Sucht nach Medikamenten, Internet, Glücks- und Computerspielen sind nur drei neue Suchtformen, die erstarren. Wir werden die erfolgreich arbeitenden Beratungsstellen daher besser ausstatten.

Öffentlichen Gesundheitsdienst stark machen

In Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Herausforderungen ist eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes unerlässlich. Wir werden mit Nachdruck daran arbeiten, die offenen Stellen in unseren Gesundheitsämtern zu besetzen. Wir haben, finanzielle Anreize gesetzt, um qualifiziertes Personal zu gewinnen. Die Überwachung der Hygiene z. B. in Krankenhäusern und Seniorenheimen ist hier besonders wichtig, aber auch Impfungen, Zahngesundheit von Kindern und Menschen in Senioren- und Pflegeeinrichtungen, Beratung von Menschen mit sexuell übertragbaren Krankheiten oder Umwelthygiene müssen durch Fachpersonal zuverlässig sichergestellt werden. Deshalb wollen wir die Weiterbildung des Personals im Öffentlichen Gesundheitsdienst vorantreiben. Wir wollen die Durchimpfungsrate in der Bevölkerung weiter verbessern. Die Gesundheitsberichterstattung werden wir so aufbauen, dass wir daraus politische Handlungsbedarfe auch innerhalb der Legislaturperiode ableiten können. Den sozialpsychiatrischen Dienst wollen wir weiterentwickeln und Hilfeplankonferenzen etablieren.

Lärm begrenzen

Lärm macht krank. Die Reduzierung des Lärms – sei es Fluglärm, der Lärm von Schienen – und Straßenverkehr oder Windrädern – bleibt daher für uns ein wichtiges Anliegen. Dies gilt insbesondere für die Emissionen des Schienengüterverkehrs, die viele Einwohnerinnen und Einwohner in Bremen und Bremerhaven vor allem in den Nachtstunden belasten. Wir werden deshalb gegenüber dem Bund weiterhin darauf drängen, dass der Bahnlärm durch geeignete Maßnahmen an seiner Quelle reduziert wird. Des Weiteren wirken wir auf den Bund ein, um die Lücken im Lärmschutz an den Autobahnen zu schließen. Dringend notwendig ist zudem die Absenkung der zulässigen Grenzwerte, damit mehr Anwohnerinnen und Anwohner an den belasteten

Bestandsstrecken einen Rechtsanspruch auf Lärmschutz erhalten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die derzeitigen Grenzwerte auf die von der Gesundheitsministerkonferenz empfohlenen Werte abgesenkt werden. An besonders belasteten Gleisabschnitten werden wir Erschütterungsmessungen durchführen und uns für ein bundesweites Regelwerk mit Grenzwerten für Erschütterungen einsetzen. Für kommunale Maßnahmen zur Lärmsanierung werden wir weiterhin finanzielle Mittel in angemessener Höhe bereitstellen.

Krankenversicherung: Wahlmöglichkeit für Beamtinnen und Beamte eröffnen

Wir wollen die solidarische Finanzierung unseres Gesundheitssystems. In Bremen und Bremerhaven werden wir den Beamtinnen und Beamten die Wahlfreiheit ermöglichen, ob sie sich gesetzlich oder privat versichern möchten. Die Kosten des Arbeitgeberanteils in der gesetzlichen Krankenversicherung wird die öffentliche Hand tragen, gleichzeitig entfällt ein Anspruch auf Beihilfe. Wir wollen das betriebliche Gesundheitsmanagement stärken und als Öffentlicher Dienst Vorreiter sein.

8.5 Qualität der Krankenhäuser stärken

Beiträge der Versicherten müssen wirtschaftlich eingesetzt werden. Eine Gewinnmaximierung im Gesundheitswesen lehnen wir strikt ab. Die optimale Versorgung der Patientinnen und Patienten und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten müssen im Vordergrund stehen und dürfen nicht der Ökonomie untergeordnet werden. Wir wollen die Krankenhäuser stärken und uns für eine Erhöhung der Landeskrankenhausinvestitionen in der nächsten Legislaturperiode einsetzen.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften haben wir uns erfolgreich für den Einstieg einer Personalbemessung in den Krankenhäusern eingesetzt. Diese Regelungen sollen auf Bundesebene weiterentwickelt und am tatsächlichen Bedarf der Patientinnen und Patienten ausgerichtet werden. Des Weiteren wurden unsere Forderungen hinsichtlich der Übernahme der Tarifsteigerungen durch die Krankenkassen erfüllt und tragen zu einer wichtigen Entlastung der Krankenhäuser bei.

Für uns gilt der Grundsatz: Ambulant vor stationär. Wir wollen deshalb die ambulanten und quartiersbezogenen Dienste stärken, damit sie trägerübergreifend vernetzt zusammenarbeiten können. Hierfür müssen auf Bundesebene die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Wir haben gute Kliniken im Land Bremen in unterschiedlicher Trägerschaft. Alle Krankenhäuser leisten einen wichtigen Beitrag zur qualitativ hochwertigen medizinischen und pflegerischen Versorgung. Die Krankenhäuser sind für alle Bremerinnen und Bremer und viele im Umland lebende Menschen da. Wir bekennen uns zu den kommunalen Kliniken der Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) und dem Klinikum Bremerhaven (Reinkenheide) im Land Bremen, weil sie ein wichtiger Beitrag zur öffentlichen

Daseinsvorsorge sind und gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze bereitstellen. Dabei ist klar: Sie müssen ihre medizinischen Leistungen weiter bündeln, um die hohe Qualität zu halten und weiter auszubauen und darüber hinaus den Verbund zu stärken. Wir wollen den bestehenden Sanierungsstau in den Kliniken im Land Bremen abbauen, indem wir die Krankenhausinvestitionen im Rahmen der dualen Finanzierung erhöhen. Die duale Finanzierung im Krankenhaus bedeutet, dass die Betriebskosten, wie zum Beispiel Personalkosten, von den Krankenkassen und die Investitionen vom jeweiligen Bundesland zu finanzieren sind.

Wirtschaft und Ausbildung: Bremen zukunftsfest machen

Eine Stärkung der Gesundheitswirtschaft stärkt den Wirtschaftsstandort Bremen insgesamt. Orientiert an der Studie der Arbeitnehmerkammer aus dem Jahr 2018 werden wir Strukturen schaffen, die eine bessere Vernetzung der zahlreichen Akteure aus unterschiedlichsten Bereichen der Gesundheitswirtschaft ermöglichen. Wir wollen Digitalisierung als Chance nutzen und eine Modellregion für digitale Gesundheitswirtschaft entwickeln.

Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs werden die Ausbildungskapazitäten wie vom Senat geplant aufgestockt. Mit vier zentralen Maßnahmen soll der Fachkräftebedarf künftig abgedeckt werden: Erhöhung der Ausbildungskapazitäten, Erhöhung der Attraktivität der Ausbildungen inklusive der Akademisierung der Gesundheitsfachberufe, systematische Qualifizierung von Lehrkräften für die Gesundheitsfachberufe und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen. Im Bereich der Ergotherapie-, Logopädie-, und Physiotherapieausbildung werden wir die volle Schulgeldfreiheit realisieren. Außerdem werden wir Referendariatsplätze für die Pflegeausbildung schaffen.

Lebensphasengerechte Arbeitsplätze in der Pflege und bei Hebammen gibt es kaum, da im Alltag dieser Berufsgruppen zumeist keine Zeit bleibt, um entsprechende Strategien und Konzepte zu entwickeln. Hier werden wir gemeinsam mit den Praktikerinnen und Praktikern einen Prozess initiieren, der solche Konzepte zum Ziel hat.

Attraktiver Gesundheitsstandort mit exzellenter Bildung

Wir wollen den Gesundheitsstandort Bremen in seiner Attraktivität durch exzellente Bildung in den Gesundheits- und Therapieberufen stärken. Deswegen begrüßen wir es, dass die generalistische Pflegeausbildung ab 2020 die Ausbildung für Kranken- und Altenpflege vereinheitlicht. Für Bremen und Bremerhaven sehen wir in der nächsten Legislaturperiode eine besondere Chance darin, akademische und nichtakademische Pflegeausbildung zukünftig in enger Kooperation von Pflegeschulen und Hochschulen in Bremen und Bremerhaven modellhaft zu stärken. In Kombination mit den Studiengängen für Therapie- und Pflegewissenschaften und Hebammen ergibt sich die Möglichkeit, in der Neustadt an der Hochschule Bremen einen Campus für Gesundheits- und Therapieberufe zu entwickeln und damit im Wettbewerb der Regionen das Land Bremen als exzellenten Bildungs- und Ausbildungsstandort für Gesundheitsberufe zu profilieren.

9. Teilhabe im Alter / Pflege und Rente

Mittendrin alt werden und am Leben teilhaben

Unser Ziel: Alle Menschen in Bremen und Bremerhaven, ob jung oder alt, ob mit oder ohne Behinderung, ob zugewandert oder in Deutschland geboren, sollen unabhängig von ihrem Einkommen, Geschlecht oder Religion willkommener Teil unserer Gesellschaft sein, mittendrin im Quartier, in solidarischem Zusammenleben und Miteinander.

Das soziale, politische und **bürgerschaftliche Engagement** gerade der „jungen Alten“ ist beeindruckend und wichtig für das Zusammenleben in unseren beiden Städten – und auch für die Engagierten selbst. Wir wollen dieses Engagement anerkennen und fördern und mit der Seniorenvertretung und den Wohlfahrtsverbänden weiterentwickeln. Wir setzen auf die Gemeinsamkeit von Alt und Jung und wollen Vereinsamung im Alter aktiv entgegentreten.

Generationengerechte Stadtteile – gut für alle!

Vor allem für die **ältere und die jüngere Generation** wollen wir die **präventiven und unterstützenden Angebote erweitern** und unsere **Stadtteile generationengerecht** gestalten. Das beginnt bei Sport, Bildungs- und Freizeitaktivitäten und geht über eine barrierefreie Umgebung bis hin zu wohnortnahen Gesundheits-, Beratungs- und Pflegeangeboten. Eine wichtige Rolle haben hier unsere Begegnungszentren und -treffs, die sich auch auf neue Bedarfe und Zielgruppen einstellen, gesundheitsfördernde und kulturelle Angebote einbeziehen und dabei entsprechend gefördert werden sollen. Es geht dabei besonders um den Lebensabschnitt in der nachberuflichen Phase bis zum Beginn der hochaltrigen Lebensphase. Zur Unterstützung des großen ehrenamtlichen Engagements sind zusätzliche hauptamtliche Kräfte nötig.

Prüfung der Auswirkungen aller gesellschaftlichen Vorhaben auf ältere Menschen

Um die generationengerechte Gestaltung des Landes und seiner beiden Städte systematisch zu entwickeln, werden wir dafür sorgen, dass künftig bei allen gesellschaftlichen Vorhaben im Land Bremen sowie in den Städten Bremen und Bremerhaven die Auswirkungen auf die Lebenssituationen und Interessen älterer und junger Menschen geprüft werden. Gesetzesvorhaben und Senatsverordnungen werden deshalb einer inhaltlichen Prüfung unterzogen, ob und inwieweit sie besondere Belange älterer Menschen berühren und falls ja: in welcher Weise diesen Belangen Rechnung getragen werden. Für diese Prüfung ist ein Kriterienkatalog zu entwickeln.

Das **Thema „Sicherheit“** spielt für Seniorinnen und Senioren eine große Rolle. Polizeiliche Beratung und Präventionsarbeit sind wichtig, aber auch Präsenz auf der Straße und schnelle Reaktion bei Straftaten. Wir halten daher an unserem Versprechen von mindestens 100 KOPs in der Stadt Bremen fest.

Altersgerechte Unterstützung zur Nutzung der Chancen der Digitalisierung

Bei der Nutzung des Internet und digitaler Angebote gibt es eine Alterslücke. Schätzungen

zufolge haben im Land Bremen mehrere Zehntausend Personen über 70 Jahre das Internet noch nie genutzt. Mit zunehmender Digitalisierung besteht deshalb die Gefahr, dass ihre Teilhabe und Versorgung eingeschränkt wird. Denn über das Internet können soziale Kontakte erhalten und die allgemeine wie die auch medizinische Versorgung verbessert werden.

Viele ältere Menschen trauen sich den Erwerb digitaler Kompetenzen nicht mehr zu, sind nicht mobil, um an Kursen teilzunehmen oder können sich keinen Tablet-PC oder kein Smartphone leisten. Dem wollen wir entgegenwirken und dafür sorgen, dass bei der Digitalisierung möglichst niemand abgehängt und ausgeschlossen wird, der teilhaben möchte. Wir werden dazu ein Programm auflegen,

- das alters- und situationsgerechte Erfahrungsangebote in Begegnungszentren und -treffs sowie in Wohn- und Pflegeeinrichtungen fördert,
- das durch die befristete Ausleihe von Tablet-PCs mit einem Betreuungsprogramm zur Überwindung von Berührungsängsten beiträgt, und
- das für die immer wieder auftretenden Probleme bei der Nutzung „digitale Ambulanzen“ schafft, die aufgesucht oder angerufen werden können. Die Stadtbibliothek bietet bereits digitale Sprechstunden an. Wir wollen Begegnungszentren und -treffs, Internet-Cafés und andere Einrichtungen bei ähnlichen Angeboten unterstützen.

Die Digitalisierung darf aber auch nicht zum faktischen Ausschluss von Menschen führen. Daher muss es neben der Unterstützung bei der digitalen Abwicklung auch weiterhin analoge Wege geben.

Alt werden in den gewohnten vier Wänden

Wir wollen, dass **jeder Mensch bis ins hohe Alter in seinen vier Wänden** bleiben kann. Dazu gehören der Bau von altersgerechten Wohnungen und Hilfen bei der Anpassung von bestehenden Wohnungen. Das kommt auch Menschen mit Behinderungen zugute und fördert die Integration. Dazu gehören auch gute ambulante Pflegeangebote sowie **Beratung und Unterstützung von betreuenden und pflegenden Angehörigen**. Jeder braucht gut erreichbar eine Stelle, bei der sofort und unbürokratisch geholfen werden kann und die ein Pflege-Management für den Stadtteil aufbaut. Die Leistungsfähigkeit der 17 Dienstleistungszentren in der Stadt Bremen wollen wir erhalten und stärken, um auch künftig eine wohnortnahe und niederschwellige Beratung und Unterstützung im eigenen Haushalt zu sichern. Auch das System der Pflegestützpunkte wollen wir in enger Absprache mit den Kranken- und Pflegekassen ausweiten und sie gemeinsam mit den Dienstleistungszentren und weiteren Angeboten perspektivisch in einer „Modellkommune Pflege“ zu einem Gesamtsystem zusammenführen.

Wir freuen uns über die **Stiftungsdörfer** der Bremer Heimstiftung, in der Jung und Alt zusammenleben. Neben neuen Projekten wie dem Ellener Hof wollen wir, dass **auch in bestehenden Wohngebieten** in Bremen und Bremerhaven solche Konzepte umgesetzt werden: durch den Umbau bestehender Wohnungen zu altersgerechten Wohnungen, durch barrierefreie Wege und Plätze, durch kurze Wege zu den Geschäften und Einrichtungen des täglichen

Bedarfs, durch Begegnungsmöglichkeiten und durch Angebote von Kurzzeit- und Tagespflegen. Außerdem wollen wir gemeinschaftliche Wohnformen stärker als bisher fördern.

Die ambulante professionelle **Pflege** muss gestärkt werden. Dazu müssen die Kostenträger auskömmliche Pflegesätze anerkennen, die auch Zeit für Gespräch und Zuwendung lassen. In beiden Städten sind in Zusammenarbeit mit den kommunalen Sozialämtern, den Pflegekassen und den Wohlfahrtsverbänden praktikable sozialversicherungspflichtige und tarifgebundene Modelle zur umfassenden Betreuung und hauswirtschaftlichen Versorgung im Rahmen einer 24-Stunden-Pflege zu entwickeln. Auch für junge zu Pflegenden braucht es bedarfsgerechte Angebote. Auf unterschiedliche Hintergründe muss durch eine kultursensible Pflege Rücksicht genommen werden. Wir begrüßen das Projekt „Demenz und Migration“ der Demenz Informations- und Koordinierungsstelle DIKS, die wir verstärkt fördern wollen.

Die **pflegenden Angehörigen von älteren und auch pflegebedürftigen jüngeren Menschen** müssen in ihrem anstrengenden Alltag unterstützt werden: durch Kurse und Beratung sowie durch Entlastungsmöglichkeiten wie die Tages- und Kurzzeitpflege. Wir wollen prüfen, ob es den Bedarf für eine Nachtpflege gibt. Wir werden Bremen und Bremerhaven als demenzfreundliche Städte weiterentwickeln. Auch digitale Kurse für pflegende Angehörige befürworten wir – wir werden deshalb dabei helfen, das bestehende Angebot bekannter zu machen.

Wir wollen quartiersnahe Heime mit hohen **Qualitätsstandards**, wenn Menschen sich entschließen, ihren Lebensabend im Heim zu verbringen. Wir brauchen nicht mehr, sondern besser ausgestattete Heime, die von verantwortlichen Trägern betrieben werden. Die in der Pflege Beschäftigten arbeiten engagiert und nehmen ihre hohe Verantwortung wahr. Qualitätsstandards wie die Fachkraftquote, Präsenzvorgaben und Mindestpersonalvorgaben wollen wir im Sinne guter Pflege erhalten bzw. weiterentwickeln. Viele Heime werden verantwortlich betrieben. Wenn aber der Markt keine gute und sichere Pflege gewährleistet, müssen öffentliche Kontrolle und Steuerung verstärkt werden. Dazu sollen die Wohn- und Betreuungsaufsicht, die Fachabteilungen der Gesundheitsämter und Sozialen Dienste besser koordiniert und wenn nötig ausgebaut werden. Dabei müssen – in Absprache mit dem Medizinischen Dienst der Kassen – neben den Heimen auch die ambulanten Dienste in den Blick genommen werden. Wir wollen zudem eine Neuregelung und Qualifizierung des Entlassungsmanagements an der Schnittstelle zwischen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.

Ein Kernpunkt: gut ausgebildete und gut bezahlte Fachkräfte

Der Beginn der **gemeinsamen Ausbildung** von Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege zum 1.1.2020 muss genutzt werden, um ein hohes Niveau der Fachkraftausbildung für die nötigen bis zu 1.000 Schülerinnen und Schüler sicherzustellen und weiterzuentwickeln. Die Ausbildung im Land Bremen soll auf Grundlage eines einheitlichen Curriculums erfolgen. Die Schulen sollen dazu kooperieren, beispielsweise in Form eines Vereins. Pflegehilfskräften soll der Aufstieg zur Fachkraft unkompliziert ermöglicht werden durch ein ausreichendes Angebot und Förderung im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Programme. Um den Fachkräftebedarf zu decken und gleichzeitig die Potentiale geflüchteter und eingewanderter Menschen zu nutzen, wollen wir Geflüchtete und Zugewanderte für Berufe in

der Pflegebranche besonders ansprechen. Hierzu zählt auch, bedarfsorientierte Qualifizierungsangebote für diese Zielgruppe vorzuhalten. Ausländische Bildungsabschlüsse müssen schneller und unbürokratisch anerkannt werden.

Dem **Fachkräftemangel** in der Pflege wollen wir mit guter Arbeit begegnen. Wir wollen die öffentliche Anerkennung sowie die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung verbessern sowie die Attraktivität der Pflegeberufe steigern. Besondere Herausforderungen sehen wir in der sehr hohen Quote von teils unfreiwilliger Teilzeit und in der Gesundheitsförderung insbesondere der vielen älteren Beschäftigten. Wir werden die Bremer Pflegeinitiative fortsetzen und uns für gute Bezahlung, geringere Arbeitsverdichtung und weiterhin für flächendeckende, möglichst allgemeinverbindliche Tarifverträge mit attraktiven Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte einsetzen (vgl. Programmteil Arbeit). Nach Einführung der gemeinsamen Pflegeausbildung ist es folgerichtig, auch die Bezahlung der Fachkräfte anzugleichen. Dabei werden wir die Tarifpartner unterstützen.

Wir machen uns stark für bessere Arbeitsbedingungen, gute Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten und die öffentliche Anerkennung der Pflegekräfte. So wird erwerbsmäßige Sorgearbeit in so genannten „Care-Berufen“ aufgewertet. Dies ist nicht zuletzt ein Beitrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit im Erwerbsleben. Die Interessenvertretung der Pflegekräfte wollen wir stärken. Wir wollen deshalb eine Pflegebeauftragte/einen Pflegebeauftragten des Senats schaffen, der die Interessen der zu Pflegenden, ihrer Angehörigen und zusammen mit den Gewerkschaften und der Arbeitnehmerkammer die Interessen der in der Pflege Beschäftigten wahrnimmt und sich für eine Verbesserung der Pflege einsetzt. Eine Pflegekammer, die aus Beiträgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Aufgaben des Staates und der Arbeitgeber finanziert, lehnen wir im Schulterschluss mit den Gewerkschaften ab.

Die Möglichkeiten der **Digitalisierung** sollen für die Pflege verantwortungsvoll genutzt werden. Klar ist: Roboter können keine menschliche Zuwendung ersetzen. Es wird auch keinen Algorithmus geben, der die wichtige Arbeit der Pflegekräfte ersetzen kann. Aber Technisierung und Digitalisierung können die Arbeit der Pflegenden erleichtern. Körperliche Belastungen können dadurch reduziert und der Umgang mit Bürokratie erleichtert werden.

Uns ist klar, dass die Probleme und Herausforderungen in der Pflege nicht durch eine bloße Fortschreibung der bisherigen Pflegepolitik und schon gar nicht über die bisherigen Markt- und Wachstumsmodelle im Gesundheits- und Pflegebereich zu lösen sind. Notwendig ist vielmehr eine nachhaltige Pflegepolitik, die wesentlich stärker als bisher auf Prävention, Rehabilitation und sektorenübergreifende Lösungen für den Gesundheits- und Pflegebereich setzt.

Die Leistungen müssen ausreichen – bei Pflege und bei der Rente

Bei der **Erwerbsminderungsrente** ist eine Gleichbehandlung der Bestandsrenten mit den nach dem 31.12.2018 erstmals beginnenden Erwerbsminderungsrenten zu schaffen. Die Altersrenten sind daher ohne die bisherigen Abschläge neu zu bemessen. Überdies sollte die Finanzierung der Mütterrente nicht aus den Beiträgen der Gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen, sondern als gesellschaftspolitische Aufgabe aus dem Bundeshaushalt dargestellt werden.

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der **Pflegeversicherung** von einer „Teilkasko“ – zu einer „Vollkasko“-Versicherung mit einer umfassenden Absicherung aller Pflegekosten ein. Zu prüfen ist, ob die Überprüfung der Pflegequalität, die Begutachtung und die Festlegung des Pflegegrades statt durch den MDK durch einen von den Pflegekassen unabhängigen Dienst erfolgen sollte.

Wir setzen uns auf Bundesebene für **eine gute Rente** mit einer Haltelinie von 50 Prozent und eine Rente nach Mindesteinkommen ein. Unser Ziel ist eine Erwerbstätigenversicherung für alle. Wer Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung bezieht, soll sich auf eine unbürokratische Sachbearbeitung verlassen können. Gemeinschaftliche Wohnformen sollen dem Einzelwohnen gleichgestellt werden.

10. Eine moderne Verkehrspolitik – für alle!

Wir wollen eine moderne Verkehrspolitik für alle! Unser Ziel ist daher eine zukunftsfähige Weiterentwicklung des Bremer Verkehrssystems – sowohl für die Wirtschaftsverkehre als auch für den individuellen und öffentlichen Nahverkehr, unabhängig vom Verkehrsträger. Unsere Anstrengungen legen dabei ein besonderes Augenmerk auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in den zahlreichen Gewerbegebieten abseits der Wohngebiete und in der Industrie in Schichten arbeiten. Ein stabiles und preiswertes ÖPNV-System unterstützt ihre Leistung für eine wachsende Stadt und allgemeinen Wohlstand. Ausgang allen Aus- und Umbaus muss zunächst die planmäßige Sanierung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur sein. Wir müssen aber auch für die aktuellen dynamischen Entwicklungen einer wachsenden Stadt (bspw. für die Überseestadt, die Gartenstadt Werdersee, das vordere Woltmershausen, das Rennbahn-Quartier) zukunftsfähige Mobilitätslösungen entwickeln – mit Maßnahmen für die Verbesserung der Straßen für Individual- und Güterverkehr sowie der Bedingungen des öffentlichen Personennahverkehrs und für Radfahrerinnen und Radfahrer sowie für Fußgängerinnen und Fußgänger. Zugang zur Mobilität ist ein wichtiger Beitrag zur Teilhabe aller am Gesellschafts- und Erwerbsleben.

Mit dem Handlungskonzept des Verkehrsentwicklungsplans 2025 (VEP) haben wir für die Stadt Bremen mit breiter Bürgerbeteiligung bereits eine strategische Weichenstellung für den nichtmotorisierten und motorisierten Verkehr auf Straße und Schiene, zum Personen- und Gütertransport und für alle Verkehrszwecke beschlossen. Dieser Plan – mit 193 beschlossenen Maßnahmen – ist weiterhin eine gute Basis für den personellen und finanziellen Ressourceneinsatz bezüglich Planung, Bau und Betrieb der Maßnahmen des Handlungskonzepts.

Für die Stadtgemeinde Bremerhaven wird zurzeit der Verkehrsentwicklungsplan Bremerhaven 2030 erarbeitet. Er wird dann ebenfalls als Basis für den zukünftigen Um- und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur dienen.

10.1 Erhalt und Sanierung der Verkehrsinfrastruktur

Wie in allen Kommunen besteht in Bremen und Bremerhaven ein erheblicher Nachholbedarf beim Erhalt der Verkehrsinfrastruktur. Wir messen deshalb der Sanierung einen vorrangigen Stellenwert bei. Dabei werden wir die Verkehrsinfrastruktur nicht nur erneuern, sondern zugleich auch an die Anforderungen des Wirtschaftsverkehrs sowie an die Bedürfnisse der Barrierefreiheit, des Öffentliche Personennahverkehrs (ÖPNV) und des Fuß- und Radverkehrs anpassen. Hierfür werden wir verstärkt Bundesmittel in Anspruch nehmen.

10.2 Wirtschaftsverkehre und Fernverkehre

Die Vollendung des Autobahnringes durch die A 281 ist für Bremen ein zentrales wirtschaftspolitisches Projekt. Mit der A 281 werden der Flughafen, das Güterverkehrszentrum und der Neustädter Hafen direkt an das Autobahnnetz angebunden. Für den Wirtschaftsraum ist die Lage an einer europäischen Magistrale wie der A 1 von unschätzbarem Wert. Darum wollen wir den achtspurigen Ausbau der A 1. Von der Weiterführung der A 20 erwarten wir uns eine bessere Anbindung, vor allem für Bremerhaven, und eine Entlastung der A 1. Des Weiteren muss die A 270, als Hauptverkehrsachse des Bremer Nordens, eine umfangreiche Sanierung erfahren.

Wir brauchen eine Entlastung des Bahnknotens Bremens vom weiterhin steigenden Güterverkehr und werden daher die Situation auch vor Ort optimieren. Wir werden uns für einen raschen Ausbau der Leistungskapazität bereits bestehender Strecken, wie etwa Bremerhaven-Bremervörde-Rotenburg und Bremerhaven-Bremen Nord (Schaffung eines dritten Gleises), und eine bessere Hinterlandanbindung der Häfen einsetzen.

Der Warentransport in Deutschland ist zu sehr auf die LKW-Verkehre orientiert. Wenn wir die Umweltziele erreichen wollen, ist eine stärkere Umsteuerung auf die Schiene unerlässlich.

Die Kapazität der Schiene zwischen Bremen und Bremerhaven stößt schon jetzt an ihre Grenzen, deshalb ist kurzfristig ein drittes Gleis zwischen Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven dringend erforderlich und sichert die Zukunft der bremischen Häfen in Bremerhaven. Gleichzeitig wird der Personennahverkehr gestärkt, weil bei Revisionsarbeiten eine Ersatzschiene vorhanden ist. Dadurch wird der Personennahverkehr endlich verlässlich, denn die jetzigen Verspätungen und Ausfälle sind für den Berufsverkehr und für Reisende, die einen Anschluss in Bremen oder Hannover benötigen, eine Katastrophe.

Nach Eröffnung des Hafentunnels in Bremerhaven soll der Zollverkehr auf das Zolltor Überseehafen konzentriert werden. Dadurch wird der LKW-Verkehr in der Innenstadt

Bremerhavens verringert und die Lebensqualität in der Lloydstr. und im neuen Wohnquartier am Neuen Hafen verbessert.

Bremen wird sich dafür einsetzen, dass der Hafenzubringer zum Universalhafen Bremerhaven von der Autobahn bis zum Zolltor nach seiner Fertigstellung als BAB-Zubringer eingestuft wird. Wir wollen, dass es mit der Fertigstellung zu einer Überprüfung der Kostenübernahme für den Unterhalt des Tunnels kommen soll.

Die regionalen Wirtschaftsstandorte, vor allem die Logistikstandorte, müssen verkehrlich bestmöglich erschlossen werden, um insbesondere den steigenden Güterverkehren auch in Zukunft gerecht zu werden. Bremen wird sich daher dafür einsetzen, dass der Verkehrsträger Schiene im Land Bremen und in der Region dauerhaft gestärkt und insbesondere die Straßen von Güterverkehr entlasten werden. Die verschiedenen Verkehrsträger müssen stärker verknüpft und so das gesamte Verkehrssystem gestärkt werden. Den See-, Binnen- und Flughäfen kommt dabei eine zentrale Rolle als Knotenpunkte und Drehscheiben zu. Die Seestadt Bremerhaven benötigt dringend wieder den Anschluss an das ICE-Netz der Deutschen Bahn AG. Die Schaffung des neuen Fernbusbahnhofs werden wir intensiv vorantreiben und in der kommenden Legislaturperiode realisieren.

Wir wollen eine bessere Baustellenkoordinierung, um durch optimiertes Management Staus und Belastungen zu vermeiden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen frühzeitig über beschlossene bzw. beauftragte Maßnahmen und ihren Beginn bzw. das geplante Bauende über eine transparente Internetseite informiert werden. Verknüpft mit weiteren Maßnahmen zur Förderung der Verkehrsvermeidung muss dies in ein „Anti-Stau-Konzept“ münden, das die hohe Belastung von Mensch und Umwelt durch lange und häufige Staus vermeidet oder zumindest einschränkt.

10.3 Umweltverbund/ÖPNV

Wir werden uns für einen durchgehenden 15-Minuten-Takt zwischen der Innenstadt und Bremen-Farge sowie einer besseren Anbindung nach Bremerhaven stark machen.

Da die **Mobilitätskosten** im ÖPNV Teile der Bevölkerung vor große finanzielle Herausforderungen stellen, wollen wir den Preis des Stadttickets auf 25 Euro pro Monat senken. Damit orientieren wir uns an dem Anteil der ALG 2-Leistungen, der für den ÖPNV vorgesehen ist. Für Bremer Kinder und Jugendliche werden wir städtische Busse und Bahnen schrittweise kostenlos gestalten.

Wir wollen das „**Job-Ticket**“ attraktiver machen und deshalb die bisher bestehenden Beschränkungen so verändern, dass die Begrenzung von Arbeitgeberkooperationen entfällt und darüber hinaus die Mindestteilnehmendenzahl (von bislang 50) gesenkt werden kann. Gleichfalls wollen wir nach Wegen suchen, dass Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer auch durch andere Großkundenmodelle jenseits des direkten Arbeitgebers, wie beispielsweise durch eine entsprechende Abwicklung über die Kammern, in den Genuss der mengenrabattierten Tickets kommen können. Um auch für Auszubildende ähnliche Angebote wie für Studierende zu schaffen („Azubi-Ticket“) sind wir im Gespräch mit den Kammern, die die ausbildenden Betriebe organisieren. Auf Bundesebene wollen wir erreichen, dass solche „Job-Tickets“ lohnsteuerfrei werden.

Wir wollen mittelfristig eine **emissionsfreie ÖPNV-Busflotte** erreichen; u. a. durch einen verstärkten Einsatz von Elektromobilität. Zur Unterstützung sollen hierfür auch GVFG- und Regionalisierungsmittel eingesetzt werden. Neue emissionsarme Busse, wie z. B. elektrisch oder wasserstoffbetriebene, werden wir dabei vorrangig auf Linien mit starken Emissionsbelastungen einsetzen.

Die **Regio-S-Bahn** soll durch zusätzliche Haltepunkte (u. a. am Bremer Technologiepark/Universität, in Burg-Grambke und in der Föhrenstraße und in Farge-Ost) attraktiver werden.

Wir stehen zur BSAG als kommunales Nahverkehrsunternehmen und möchten, dass sie als Mobilitätsdienstleister Nr. 1 für Bremen agiert, dazu zählen auch Kooperationen im Bereich von **Mobilitätsketten**, also insb. Car-Sharing und Bike-Sharing („mobility on demand“). Der Masterplan GreenCity bietet hier eine erste wichtige Grundlage.

Den ÖPNV, das Straßenbahn-, S-Bahn- und Busnetz werden wir, insbesondere was die Stadtteile und die Arbeitsplätze in den Gewerbegebieten am Rand der Stadt angeht, weiter verbessern und – im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten – stärker miteinander verknüpfen. Außerdem wollen wir das Liniennetz und das Nachtnetz im Bremer Norden ausbauen.

Wir werden dabei die Fahrpläne dabei so gestalten, dass auch Schichtarbeitende den ÖPNV nutzen und den Pkw zu Hause lassen können. Dazu werden wir den Dialog mit den Betriebsräten, Gewerkschaften und Unternehmen proaktiv betreiben. Beispielhaft sind hierfür diejenigen wachsenden Gewerbegebiete, die derzeit noch schlecht angebunden sind.

Zu einem modernen und leistungsfähigen ÖPNV für eine wachsende Stadt gehört auch der **Ausbau des Bus- und Straßenbahnnetzes**. Hierzu zählen die neue Linie 5 und deren direkte Linienführung in die Überseestadt hinein. Langfristig ist auch eine Verlängerung nach Osterholz und Oslebshausen anzustreben. Im Zuge des Ausbaus der Linie 8 ist auch die Verlängerung der Linie 1 zu realisieren. Dabei werden wir gewährleisten, dass die ÖPNV-Anbindung in den Stadtteilen nicht verschlechtert wird.

Zu einem modernen und kundenfreundlichen ÖPNV-Netz gehören ebenfalls flächendeckend barrierefreie Fahrzeuge und Haltestellen mit digitalen Abfahrts- und Informationsanzeigen.

Wir wollen die Nutzungsmöglichkeiten des ÖPNV verbessern und Mobilität für alle sicherstellen. Für die zunehmende Zahl an Familien und älterer oder eingeschränkter Menschen werden wir mehr Platz für Rollatoren, Kinderwagen, Rollstühle, Reisegepäck und Fahrräder schaffen und die Nutzung der Hubplattformen für Menschen mit Behinderung verbessern.

Die Mobilität älterer Menschen und von Menschen mit Behinderung werden wir im ÖPNV auch dadurch fördern, indem das „Kneeling“ der Busse (das Absenken der Busse auf der Einstiegsseite, um so das Einsteigen zu erleichtern) generell und nicht erst nach Aufforderung an jeder Bushaltestelle erfolgt. Vor allem ältere Menschen haben erhebliche Schwierigkeiten beim Ein- und Aussteigen in überfüllte Bahnen und Bussen. Ein wichtiges Ziel ist daher eine gleichmäßigere Fahrgastbelegung und das Vermeiden von Überfüllungen infolge von Verspätungen. Wir werden deshalb darauf hinwirken, dass die Steuerung der Lichtanlagen flächendeckend verbessert wird, um die exakte Einhaltung der Fahrpläne zu gewährleisten.

Um einen solchen leistungsfähigen ÖPNV zu ermöglichen, werden wir für die Regionalisierungs- und GVFG-Mittelverwendung des Landes Bremen durch eine klare Förderrichtlinie ermöglichen, dass künftig auch der ÖPNV entsprechend gefördert wird.

10.4 Verbindungen über die Weser

Wir wollen **Bremen als Stadt am Fluss** weiter attraktiv entwickeln. Hierzu gehören sowohl gute Wege entlang der Weser als auch attraktive Querungen über den Fluss, denn die Weser trennt auch Stadtteile. Besonders für Fußgänger und Radfahrer führt dies zu großen Umwegen. Daher wollen wir die Planungen für die gemeinsame Fuß- und Radwegbrücke über die Weser zwischen Obervieland und Hemelingen voranbringen und nach geeigneten Finanzierungsmöglichkeiten für eine Realisierung suchen.

Zu attraktiven Querungen gehören auch Personenfähren, die die Stadtteile links und rechts der Weser verbinden. Unser Ziel ist es, in Bremen eine regelmäßige **Fährverbindung** zwischen der Überseestadt, Woltmershausen, Gröpelingen und perspektivisch dem Bremer Norden einzurichten.

10.5 Fußgänger und Barrierefreiheit

Wir wollen im gesamten Stadtgebiet die Aufenthaltsqualität für Fußgängerinnen und Fußgänger verbessern, „dunkle Ecken“ und andere Angsträume beseitigen. Für alle, die am Verkehr teilnehmen, ob mit Rad, zu Fuß oder motorisiert, muss neben- und miteinander sicher Platz sein. Dabei sind wir uns bewusst, dass Kinder, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Mobilitätseinschränkungen besondere Aufmerksamkeit und Schutz brauchen.

Wir unterstützen die Beiräte in ihrem Bestreben Straßenquerungen in Form von Zebrastreifen, Mittelinseln oder Fußgängerampeln einzurichten. Ampeln mit hohem Fußgängeraufkommen werden wir fußgängerfreundlicher einstellen, so dass die Sicherheit beim Queren optimiert wird. Hindernisse, die zu Umwegen zwingen, werden möglichst abgebaut und von Fußgängerinnen und Fußgängern gewünschte Wegeführungen hergestellt.

Wir wollen barrierefrei gestaltete Verkehrswege und Verkehrsmittel, vor allem für Menschen mit Behinderungen, mit Rollatoren und Rollstühlen und Eltern mit Kinderwagen. Die Programme für die Barrierefreiheit von Bus- und Bahnhaltstellen werden wir konsequent weiter umsetzen.

10.6 Radverkehr

Radfahren hat in Bremen Tradition und ist beliebt. Unter den deutschen Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern besitzt die Stadt Bremen den höchsten Radverkehrsanteil – und nicht zuletzt deshalb die niedrigste Stickstoff-Belastung. Wir wollen daher den Radverkehr als umweltfreundliche, gesunde und günstige Verkehrsart, aber auch als zunehmenden Tourismuszweig weiter fördern, um noch mehr Menschen für den Umstieg zu gewinnen.

Dazu gehören sichere und komfortable Abstellanlagen an allen Bahnhöfen, öffentlichen Gebäuden und Dienststellen sowie mehr überdachte Fahrradparkmöglichkeiten in den Parkhäusern – auch für Lastenfahrräder – mit Auflademöglichkeiten für E-Bikes und Pedelecs sowie Gepäckabstellmöglichkeiten. Generell gilt: Dort wo sich viele Menschen aufhalten, arbeiten oder einkaufen, wollen wir weitere Fahrradabstellbügel installieren. Einen Fokus werden wir auf gute Radwegeverbindungen in den Quartieren und deren Anbindung an die Innenstadt legen. Hier werden wir Radwege verbessern und sanieren, Ampelkreuzungen optimieren und Querungsmöglichkeiten von stark befahrenen Straßen für Radfahrerinnen und Radfahrer bauen sowie insbesondere auch die Radwegführung im und ins Zentrum besser gestalten. Wichtig ist für uns auch die bedarfsgerechte Anbindung von Gewerbegebieten.

Radverkehr wird eine feste Größe in der Planung von Straßenbaumaßnahmen. So werden bei Grundinstandsetzungen und Sanierungsmaßnahmen an der entsprechenden Stelle parallel Verbesserungen für den Radverkehr umgesetzt werden.

Fahrradmodellquartiere wie im Ellener Hof und in der Neustadt werden wir in weiteren bestehenden und neu zu entwickelnden Quartieren schaffen. Damit wird der Radverkehr im Quartier richtig bequem und attraktiv. Hierzu gehört auch, in Neubauten mehr überdachte Fahrradabstellplätze zu schaffen und die Nutzung von Tiefgaragen für Fahrräder zu ermöglichen. Der Bedarf an sicheren und überdachten Abstellmöglichkeiten in der Innenstadt für Fahrräder wächst.

Darüber hinaus werden wir zur weiteren Förderung des Radtourismus die Radwanderwege, vor allem entlang der Weser, deutlich verbessern, zum Beispiel soll man in Woltmershausen direkt am Wasser entlang radeln können.

Im Verkehrsentwicklungsplan sind acht Premium-Radrouten vorgesehen. Den Schwerpunkt legen wir darauf, das Alltagsnetz zu sanieren. Die Radpremiumrouten werden nach und nach ausgebaut, um sichere und schnelle Verbindungen zwischen allen Stadtteilen herzustellen.

Das in Bremen angebotene **Carsharing**-System soll ausdifferenziert werden. Dabei sind auch elektromobile Konzepte zu berücksichtigen. Insbesondere in neuen Wohngebieten und am Stadtrand soll Carsharing weiter ausgebaut werden.

Fahrgemeinschaften leisten einen Beitrag zur Verkehrsentlastung. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen bei Park-and-Ride-Parkplätzen und dortige Lademöglichkeiten für E-PKWs, E-Bikes und Pedelecs sowie Verbesserung der Abstellmöglichkeiten und Umsteigemöglichkeiten schaffen.

Die städtebauliche Situation an der Domsheide ist nicht angemessen für die zentrale Lage als Eingang in die Innenstadt. Im Zusammenwirken mit dem ÖPNV wollen wir die städtebauliche Entwicklung als attraktiven Eingangsbereich sowohl in die Innenstadt als auch in das Kulturzentrum Glocke unterstützen.

Um den Autoverkehr im Innenstadtbereich zu reduzieren, wollen wir prüfen, inwieweit in einem bestimmten Kernbereich der Innenstadt die Nutzung des ÖPNV generell kostenfrei ermöglicht werden kann. Dieses wäre ein Beitrag zur notwendigen Verkehrswende und hätte ebenfalls positive Auswirkungen auf den Tourismus.

11. Klima- und Umweltpolitik – global denken, lokal handeln!

Die Erwärmung der Erdatmosphäre durch Treibhausgase und der davon ausgelöste Wandel des Klimas bedrohen das Leben auf unserem Planeten in einer bislang nicht gekannten Weise. Die weitere Emission von Kohlendioxid und anderer schädlicher Gase drastisch zu reduzieren und bis spätestens Mitte dieses Jahrhunderts gänzlich zu stoppen, ist deshalb eine überragende und drängende Herausforderung und Aufgabe, vor der wir stehen.

Diese Aufgabe erfordert nationale und internationale Anstrengungen, aber auch das entschiedene Handeln vor Ort. Sie ist zugleich nicht nur eine ökologische und ökonomische, sondern auch eine zutiefst soziale Herausforderung. Denn wir wissen: die negativen Folgen des Klimawandels werden zwar alle Menschen treffen; sie werden aber vor allem

die Schwächeren in der Gesellschaft belasten, weil sie sich individuell weniger schützen können. Umgekehrt gilt aber auch: die notwendigen Schutz- und Anpassungsmaßnahmen dürfen, wenn sie erfolgreich sein sollen, nicht zu Lasten der einkommensschwächeren Haushalte gehen. Die Kosten müssen vielmehr vorrangig von den stärkeren Schultern in unserer Gesellschaft getragen werden. Wichtig für uns ist deshalb auch, dass Maßnahmen zum Klimaschutz, die zum Abbau von Arbeitsplätzen führen, finanziell flankiert werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen oder zumindest sozialverträgliche Lösungen zu finden. Der Qualifizierung der Betroffenen kommt dabei eine hohe Bedeutung zu.

11.1. Für einen sozial- und wirtschaftspolitisch flankierten Klimaschutz

Wir teilen die Auffassung, dass die Preise für Produkte und Dienstleistungen, bei deren Herstellung CO₂ anfällt, weltweit steigen müssen. Der CO₂-Ausstoß muss so teuer werden, dass klimafreundliche Materialien, Technologien und Verhaltensweisen auch preislich attraktiver werden als ihre klimaschädlichen Alternativen. Wir halten es aber für falsch und kontraproduktiv, wenn gezielte Belastungen des CO₂-Ausstoßes angestrebt werden, ohne sie in sozial- und wirtschaftspolitischer Hinsicht zu flankieren:

Maßnahmen, die fossile Energien verteuern, treffen überproportional die unteren Einkommensschichten. Denn bei Haushalten mit niedrigem Einkommen fällt regelmäßig ein vergleichsweise hoher Anteil der Ausgaben auf Strom und Heizung.

Einnahmen aus solchen CO₂-Verteuerungen sollen deshalb nicht beim Staat verbleiben, sondern größtenteils an die Bürgerinnen und Bürger zurückfließen. Wir werden uns dafür im Bund einsetzen, dass ein solcher sozialer Ausgleichsmechanismus eingeführt wird. Gezielte Verteuerungen des CO₂-Ausstoßes in Deutschland oder Europa bergen zudem das Risiko, dass der Wettbewerb zugunsten von Unternehmen verzerrt wird, die in anderen Ländern ansässig sind und dort ohne oder mit geringeren CO₂-Abgaben produzieren können. Bei solchen Verzerrungen droht die Gefahr, dass insbesondere energieintensive Betriebe ihre Produktion an ökologisch kostengünstigere Standorte verlagern. Im Ergebnis wäre dadurch für den globalen Klimaschutz nichts gewonnen, im Gegenteil.

Eine mögliche Lösung könnte darin bestehen, das derzeitige Instrument der CO₂-Zertifikate ganz oder teilweise durch eine EU-weite CO₂-Steuer zu ersetzen. Bei einer solchen steuerlichen Lösung wäre zugleich ein Grenz-Steuerausgleich zu schaffen, der aus Drittländern importierte Produkte in der gleichen Weise belastet wie innerhalb der EU hergestellte Produkte. Damit würde auf der Einfuhrseite ein wirksamer Schutz vor Wettbewerbsverzerrungen geschaffen, wenn innerhalb der EU über eine CO₂-Steuer ein verstärkter Anreiz zum CO₂-Einsparen gesetzt würde. Anders als die CO₂-Zertifikate könnte eine solche EU-weite CO₂-Steuer auch so gestaltet werden, dass sie keine negativen Wettbewerbsverzerrungen für europäische Exporteure auf Drittmarkten bewirken würde.

Wir werden uns deshalb im Bund und in Europa dafür einsetzen, dass auch diese Idee eines außenwirtschaftlich flankierten Klimaschutzes diskutiert und geprüft wird. Denn gerade als großer Industriestandort und Standort eines energieintensiven Stahlwerkes hat Bremen ein großes Interesse daran, dass CO₂-Verteuerungen nicht unbedachter Weise Unternehmensverlagerungen auslösen, die kontraproduktiv für den Klimaschutz wären und die die wirtschaftliche Basis Bremens schwächen würden.

Eine industriell nutzbare Technologie zur CO₂-ärmeren bzw. -freien Rohstahlproduktion ist zurzeit in der Erforschung. Bremen ist in Wissenschaft und Forschung hervorragend aufgestellt. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass Unternehmensführungen sowie Wissenschaftlerinnen und wissenschaftler intensiv ausloten, welche ökologisch und ökonomisch sinnvollen Maßnahmen in lokaler Kooperation erforscht und entwickelt werden können. Entsprechende Projekte zum Wissenstransfer werden wir unterstützen.

Flankierend werden wir uns auf Ebene des Bundes und der EU dafür stark machen, dass die Forschung und Entwicklung für emissionsärmere und emissionsfreie industrielle Verfahren – insbesondere auch in der Stahlproduktion – verstärkt gefördert werden. Denn auch die Stahlproduktion braucht eine Zukunft in einem klimaneutralen Europa – und damit auch in Bremen.

11.2. Energieerzeugung

Ein weiterer zentraler Baustein für einen erfolgreichen Klimaschutz ist der Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung und vor allem aus der Kohleverstromung. Wir begrüßen daher die Absicht des bremischen Energieerzeugers swb, baldmöglichst die verbliebenen Kohlekraftwerksblöcke zu schließen. Die Fernwärmeversorgung der Vahr, Sebaldsbrücks und des Mercedes-Werks muss weiterhin gewährleistet sein. Wir unterstützen deshalb die swb dabei, vom Müllheizwerk kommend eine neue Fernwärmeleitung zu bauen, ohne dass schwerwiegende Beeinträchtigungen des baumgeprägten Ortsbildes in den betroffenen Stadtteilen damit verbunden sind.

Der Kohleausstieg muss durch einen weiteren Ausbau Erneuerbarer Energiegewinnung flankiert werden. Im Bund werden wir uns daher – gemeinsam mit den anderen norddeutschen Ländern – weiterhin dafür stark machen, dass die Potentiale der Offshore-Windenergie rascher und in größerem Maße genutzt werden. Die Ausbauziele für die Windenergie im Meer müssen wieder nach oben gesetzt werden.

Dafür sprechen nicht nur alle Bedarfsargumente, sondern insbesondere auch der drastische Preisverfall bei der Installation von Offshore-Windparks. Für einen verstärkten Ausbau der Offshore-Windenergie werden wir uns auch einsetzen, um die Windenergie-Branche in Bremen und vor allem in Bremerhaven bei ihrem Beitrag zur Energiewende zu unterstützen.

11.3. Verbesserte Energieeffizienz von Gebäuden

Bei der Sanierung des Gebäudebestandes und beim Neubau wollen wir als öffentliche Hand Vorreiter bleiben. Besonders wichtig bleibt die Verbesserung der Energieeffizienz bei privaten und betrieblichen Gebäuden. Um hier verstärkt Impulse zu geben, halten wir eine steuerliche Förderung, die hohe Einkommen überproportional begünstigen würde, für den falschen Weg. Eine verstärkte Förderung muss gerade auch weniger einkommensstarken Immobilienbesitzerinnen und -besitzern bei der Steigerung der Energieeffizienz helfen.

Ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz ist unter anderem ein **ressourcenschonendes Bauen**. Holz ist ein nachhaltiger Baustoff, der nachwächst. Orientiert an anderen Großstädten werden wir daher ein Förderprogramm für den Holzbau aus nachhaltiger Holzwirtschaft entwickeln und die Landesbauordnung für Holzbauten entsprechend novellieren.

Als wirksame Impulsgeber haben sich die vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten Gebäudechecks der Verbraucherzentralen erwiesen. Wir werden dafür sorgen, dass dieses kostengünstige und ausbaufähige Angebot in Bremen noch mehr Wohneigentümerinnen und -eigentümern bekannt wird.

Strom und Heizung verursachen hohe Kosten für Verbraucherinnen und Verbraucher. Vor allem in Haushalten mit niedrigem Einkommen wirken die Strom- und Heizungspreise belastend. Wir setzen uns deshalb ein für die Fortsetzung niedrigschwelliger Informationsangebote und Handlungshilfen sowie die Ausdehnung der Stromsparchecks und 3/4Plus an Bremer Schulen, Kitas und Freizeiteinrichtungen.

Die Arbeit der Bremer Klimaschutzagentur energiekonsens wollen wir dauerhaft absichern.

11.4. Anpassung an ein sich veränderndes Klima

Neben dem Schutz des Klimas müssen wirksame Anpassungsmaßnahmen an ein sich wandelndes Klima entwickelt werden. Konkret wird es dabei vor allem darum gehen, Vorsorge für einen steigenden Meeresspiegel sowie die Zunahme von Extremwetterereignissen zu treffen.

Wir werden deshalb weiterhin mit den Deichverbänden dafür Sorge tragen, dass die Maßnahmen des Generalplans Küstenschutz planmäßig umgesetzt werden. An attraktiven Örtlichkeiten, wie zum Beispiel dem Vegesacker Hafen, müssen dabei besondere Einzellösungen möglich sein, die den nötigen Schutz unter der Beibehaltung der Attraktivität gewährleisten.

Mit der in 2018 beschlossenen Anpassungsstrategie für den Klimawandel liegt zudem ein langfristiger Handlungsrahmen vor, wie unser Land mit seinen beiden Städten hinreichend robust für die klimatischen Änderungen und deren Folgen werden kann. In diesem Konzept werden 19 Strategieziele für Mensch, Umwelt und Gebäude- sowie Infrastruktur formuliert und 28 Schlüsselmaßnahmen beschrieben, die von der Vorsorge vor Kanalüberflutungen über Konzepte für Regenwasser, Stadtbäume, Dach- und Freiflächenbegrünungen bis hin zu Auskunfts-, Informations- und Umsetzungsmanagementsystemen reichen. Wir werden diese Schlüsselmaßnahmen in den kommenden Jahren nach und nach umsetzen.

Der „Masterplan Green City“ enthält eine Vielzahl von Projekten zur Verbesserung der Luftqualität und zur Einsparung von CO₂. Wir werden den „Masterplan Green City“ schrittweise umsetzen und wollen in diesem Zusammenhang den Bremer Norden zu einer ersten Modellregion für E-Mobility entwickeln. Zum Klimaschutz und zur Reinhaltung der Luft ist es notwendig, die Automobilindustrie für den Einbau von Stickoxidmindernden Systemen in Alt- und Neufahrzeugen in die Pflicht zu nehmen.

11.5. Umweltbildung

Die Einrichtungen der Umweltbildung in den Bremer Stadtteilen (unter anderem die Ökologie-Station in Schönebeck oder Arbeit & Ökologie in Huchting) sind für uns gelungene Projekte sozialer Umweltpolitik. Sie ermöglichen es Kindern und Jugendlichen, miteinander in der Natur und im Garten zu lernen, zu forschen, zu spielen und umweltschützende Handlungskompetenzen zu erfahren – gerade auch für diejenigen, die in Stadtteilen mit weniger Grünflächen aufwachsen oder deren Eltern sich keinen Garten leisten können. Wir werden das bewährte Konzept stadtteilorientierter Bremer Einrichtungen für außerschulische Umweltbildung deshalb weiterhin absichern und die Einrichtungen dabei unterstützen, Kooperationen mit Schulen und KiTas auszuweiten. Dabei wollen wir insbesondere auch das große und für Naturerlebnisse besonders geeignete Gelände der Ökologiestation in Bremen-Schönebeck noch stärker für Kinder aus Kitas und Grundschulen aus den umliegenden Stadtteilen erschließen.

11.6. Grünflächen in den Quartieren

Zur Lebensqualität vor Ort gehören auch saubere Stadtteile. Das Projekt der „Umweltwächter“ im Bremer Norden entwickelt sich zu einem Erfolgsprojekt. Wir möchten dieses Projekt verstetigen und möglichst in allen Stadtteilen ausweiten.

Öffentliche Grünflächen sorgen für Klimaschutz und für das Wohlbefinden in den Quartieren. Wir wollen die Pflegeintensität daher erhöhen und Pflegepatenschaften von Privatpersonen und Institutionen fördern. Dabei soll auf die Bedürfnisse von Bienen, anderer bedrohter Insekten und Vögel geachtet werden. Um dem alarmierenden

Verlust bei Insekten und Bienen zu begegnen werden wir mehr insektenfreundlich blühende Flächen schaffen und dabei in Kooperation mit den Deichverbänden auch die Deiche in Bremen und Bremerhaven mit einbeziehen. Nachdem wir in 2018 bereits den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln auf den öffentlichen Grünflächen Bremens verboten haben, werden wir uns flankierend dafür einsetzen, dass auch die Bahn an ihren Gleisen auf den Einsatz chemischer Mittel verzichtet.

Einer Klimaveränderung mit Hitzeperioden wollen wir mit der Berücksichtigung von Freiluftschneisen und Dachbegrünungen, vor allem in Neubaugebieten, entgegenreten.

Für familienfreundliche Ortsteile wollen wir gemeinsam mit den Beiräten vor Ort bedarfsgerecht einen Teil der öffentlichen Grünflächen als (Natur)Spielplätze entwickeln.

Für das Tanklager Farge werden wir – gemeinsam mit dem Bund, dem Beirat und den Akteuren vor Ort – ein umweltverträgliches Gesamtkonzept für die zukünftige Nutzung entwickeln und uns für die Umsetzung einsetzen.

Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Für die Bremer SPD hat der Trinkwasserschutz daher oberste Priorität und Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen, u.a. an der Erdgasförderung. Die Gewinnung von Trinkwasser auf bremischem Gebiet garantiert nur zu einem Teil die langfristige Sicherung unseres Trinkwasserbedarfs. Bremen bezieht 20 Prozent seiner Trinkwassermenge aus Blumenthal und Vegesack, dies wollen wir auch künftig im bisherigen Rahmen sicherstellen.

Bei einer Ausweitung müssen die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner und der Betriebe berücksichtigt werden. Um den Schutz des Trinkwassers zu garantieren, das Bremen aus Niedersachsen erhält, wird ein SPD-geführter Senat im Bundesrat ein Verbot der Erdgasförderung in Wasserschutzgebieten unterstützen.

11.7. Kleingärten weiterentwickeln

Die Kleingärten in Bremen und Bremerhaven sind ein wichtiger Bestandteil sozialer Stadtteilentwicklung, sie bieten vor allem für Menschen mit kleinem Geldbeutel und jungen Familien einen Ort der Naherholung. Gleichzeitig fördern die Kleingartenvereine den sozialen Zusammenhalt zwischen den verschiedenen Generationen, sorgen ehrenamtlich für den Unterhalt von Naherholungsgebieten für alle Menschen im Land Bremen, schützen die Natur, engagieren sich für Menschen mit Behinderungen und bei der Integration von Mitbürgerinnen und Mitbürgern aller Nationalitäten. Kleingärten bieten zudem ein großes Potential für den Schutz der biologischen Vielfalt, für Verbesserung des Mikroklimas und als Puffer bei Extremwetterereignissen, insbesondere bei Starkregen.

Wir werden daher auch weiterhin für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner ein verlässlicher Partner bleiben und sie bei ihren Aufgaben unterstützen und endlich den

gemeinsam erarbeiteten Kleingartenentwicklungsplan zeitnah zum Abschluss bringen. Gleichzeitig werden wir gemeinsam mit den Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern das Problem der über 500 freigefallenen Parzellen im Bremer Westen angehen und sehen in diesen Kleingartengebieten grundsätzlich auch Potential für den Wohnungsbau. Veräußerungserlöse aus diesen Flächen müssen allerdings zur Reattraktivierung der Kleingärten investiert werden und der Planungs- und Realisierungsprozess ist im Einvernehmen mit dem Landesverband der Gartenfreunde und den Vereinen Vor-Ort zu gestalten.

11.8. Energiewende und Naturschutz

Wir wollen die Energiewende aktiv mitgestalten. Auf lokal/regionaler Ebene bietet in diesem Zusammenhang unsere Partnerschaft mit der swb und dabei insbesondere unsere Beteiligung an den Versorgungsnetzen eine wichtige Grundlage, um die Energiewende so zu gestalten, dass die Energieversorgung ökologischer wird und zugleich Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Bremen gesichert bleiben. Darüber hinaus werden wir Bremerhaven als Offshore-Standort weiter ausbauen und den Forschungs- und Entwicklungsbereich stärken.

Bislang sind weniger als 10 Prozent der Straßenbeleuchtung auf moderne LED-Technik umgestellt worden. Diesen Anteil wollen wir bis Ende der nächsten Legislaturperiode auf mindestens 75 Prozent ausbauen. Das ist wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll, weil Stromverbrauch und Emissionen deutlich reduziert werden. Außerdem schafft eine bessere Straßenbeleuchtung mehr Sicherheit im öffentlichen Raum.

Neue Gewerbeansiedlungen und Klimaschutz sind für Bremen und Bremerhaven wichtig und stehen nicht zwingend in Konkurrenz zueinander. Wir wollen daher gemeinsam mit der Handelskammer und der Handwerkskammer Konzepte zur Entwicklung von Gründerzentren für nachhaltige Wirtschaft und klimaneutrale Gewerbegebiete entwickeln, um vor allem auch kleine und mittlere Betriebe für den Klimaschutz zu gewinnen. Beispielgebend kann hier das „Green Economy Gründerzentrum LuneDelta“ in Bremerhaven sein.

Für den Erhalt und die dauerhafte Pflege des Grünlandgürtels ist eine Absicherung der Möglichkeiten für Vertragsnaturschutz notwendig. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei der anstehenden Reform der EU-Strukturfonds dieser Aspekt weiterhin berücksichtigt wird.

11.9. Stadtreinigung und Stadtsauberkeit

Mit der teilweisen Rekommunalisierung der Müllabfuhr und der Straßenreinigung sowie der vollständigen Kommunalisierung der Recycling-Stationen und des Kundenservices in der „Die Bremische Stadtreinigung AöR“ haben wir die Neuorganisation

und die effizientere Aufstellung dieser wichtigen öffentlichen Daseinsvorsorge begonnen. Die begonnene Neuaufstellung werden wir weiterhin aktiv begleiten und dabei insbesondere dazu beitragen, dass Bremen ein Vorreiter bei der Entwicklung und Umsetzung eines nachhaltigen, auf Wiederverwendung, Recycling und Verwertung ausgerichteten Entsorgungskonzeptes bleibt. Ein wesentlicher Baustein hierfür sind die Recycling-Stationen, die konzeptionell weiterentwickelt werden sollen. Ein Ziel ist dabei auch, für die neue „Abfalllogistik Bremen GmbH“ und „Straßenreinigung Bremen GmbH“ zusätzliche Aufträge zu akquirieren, um sie wirtschaftlich zu stärken.

Wir brauchen eine Gesamtstrategie für die Entsorgung der unterschiedlichen Müllarten. In diesem Zusammenhang ist die bestehende Mülldeponie im Blockland als zentraler und akzeptierter Standort weiterzuentwickeln.

Ein wesentlicher Faktor unserer Klimapolitik ist die Vermeidung von Abfällen. Dabei stellen wir die Vermeidung von Plastikmüll und dabei insbesondere von Einwegplastik-Produkten in den Mittelpunkt einer eigenen Initiative, ergänzend zu den europäischen Beschlüssen. Nach EU-Verordnung sollen ab 2021 Plastik-Wegwerfprodukte wie Plastikteller, Trinkhalme und andere Wegwerfprodukte aus Kunststoff verboten werden. Wir wollen mit gutem Vorbild vorangehen und uns insbesondere um das Thema der „Einweg-Verpackungen“ kümmern. Wir erklären als engagiertes Ziel: „Bremen und Bremerhaven müssen plastikfrei werden!“ Hierzu werden wir eine Kampagne gegen Einweg-Verpackungen aus Plastik in allen Kitas, Schulen und öffentlichen Einrichtungen starten und die Unterstützung von Handel und Gewerbe einwerben. Der Bremische Öffentliche Dienst wird beispielgebend vorangehen. Wichtig ist es, hier die Bevölkerung frühzeitig aufzuklären und mit einzubinden.

Bei der Straßenreinigung werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die für das Stadtgebiet südlich der Lesum zuständige „Straßenreinigung Bremen GmbH“ in 2023 – wie es die vertragliche Option vorsieht – vollständig rekommunalisiert werden kann.

In 2028 werden die derzeitigen Verträge zur Abwasserentsorgung auslaufen und zwingend eine Neuordnung erfordern. Wir streben auch dort eine Rekommunalisierung an und werden in der neuen Legislaturperiode rechtzeitig mit Vorbereitungen dafür beginnen.

Wir erwarten, sofern eine Klärschlamm-Verbrennungsanlage erforderlich wird, dass diese nach dem neuesten Stand der Technik erbaut wird, damit die Lebensqualität der Menschen vor Ort nicht beeinträchtigt wird.

12. Rechtsstaat und Innere Sicherheit

Für einen starken Staat

Eine leistungsfähige Verwaltung, eine leistungsfähige Polizei und eine funktionsfähige und unabhängige Justiz sind unverzichtbar für einen durchsetzungsstarken Rechtsstaat und für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Innere Sicherheit ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten grundlegend für den sozialen Zusammenhalt.

12.1 Prävention

Die beste Kriminalitätsbekämpfung ist immer noch die Verhinderung von Straftaten im Vorfeld. Darum steht an der Spitze jeder sozialdemokratischen Innenpolitik die Präventionsarbeit. Um den Erfolg der bestehenden Präventionsprojekte noch zu verbessern wollen wir die verschiedenen Projekte und staatlichen Stellen in einer Landeskoordinierungsstelle vernetzen und die handelnden Akteure noch näher zusammenführen. Dieser Landeskoordinierungsstelle werden wir einen Landespräventionsbeirat an die Seite stellen, in dem Behörden, Opferschutzorganisationen, Vereine und Verbände und andere zivilgesellschaftliche Akteure zusammenkommen.

Wir wollen die Menschen vor Ort beteiligen. Deshalb wird das Entwickeln und Fördern von Sicherheitspartnerschaften und die Einrichtung von Präventionsräten in den Quartieren über die Ortsämter als verbindliche Aufgabe sichergestellt.

Das Konzept „Stopp der Jugendgewalt“ gehört zu den Erfolgsgeschichten bremischer Innenpolitik. Alle beteiligten Behörden – Schule, Jugendamt, Polizei, Justiz – arbeiten im Rahmen dieses Konzeptes eng zusammen und ziehen an einem Strang.

Wir werden ein Landesprogramm zur Vermeidung von Islamismus, politischem Extremismus, insbesondere „Rechtsextremismus“, und Jugendkriminalität auflegen.

Wenn in Schulen einzelne Schülerinnen und Schüler auffallen, weil sie beginnen, sich zu radikalisieren, müssen schnelle Präventionsmaßnahmen ergriffen und in besonders schweren Fällen die Sicherheitsbehörden informiert werden. Daher wollen wir die Beratungsangebote für Schulen und die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer für diese Probleme verbessern, damit sie Radikalisierungstendenzen rechtzeitig erkennen und richtig darauf reagieren.

12.2 Polizei

Wir stehen hinter Polizei und Rettungskräften

Gewalt gegen unsere Einsatzkräfte, insbesondere der Polizei und der Feuerwehr, verurteilen wir aufs Schärfste. Unsere Maßnahmen dagegen werden wir zusammen mit

den Kolleginnen und Kollegen weiterentwickeln. Wir setzen uns für eine behördenübergreifende präventive Öffentlichkeitsarbeit ein, um auf das Problem von Respektlosigkeit und Gewalt gegen Vertreterinnen und Vertreter des Staates aufmerksam zu machen.

Moderne gesetzliche Grundlagen

Die Bekämpfung organisierter und internationaler Kriminalität erfordert das koordinierte Handeln der Sicherheitsbehörden aller Ebenen. Wir wollen ein modernes Polizeirecht, das gesetzliche Regelungen für neue Ermittlungsmöglichkeiten schafft, gleichzeitig aber auch die jüngsten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und des europäischen Gesetzgebers berücksichtigt. Wir werden die hierfür notwendige technische und personelle Ausstattung bereitstellen.

Rechtsstaatlich bedenkliche Exzesse bei der Ausweitung von Kompetenzen – wie im bayrischen Polizeigesetz – lehnen wir jedoch ab. Wir werden einen angemessenen Ausgleich gewährleisten, um „Freiheit in Sicherheit“ zu ermöglichen.

Die Telekommunikationsüberwachung und die Abfrage von Telekommunikationsdaten sind ein zentrales Instrument zur Aufklärung von Straftaten und zur Abwehr von Gefahren. Deshalb haben alle anderen Bundesländer inzwischen entsprechende Regelungen in ihre Polizeigesetze aufgenommen. In Bremen wollen wir diese Regelungslücke schließen.

Die Überwachung von öffentlichen Plätzen durch Kameras hat sich in der Vergangenheit als wirkungsvolles Instrument insbesondere zur Aufklärung von Straftaten und zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls erwiesen. Wir werden daher in Bremen die Videoüberwachung, die wir bisher im Bereich Bahnhofsvorplatz und Disco-Meile erfolgreich einsetzen, auf weitere Plätze im Stadtgebiet ausweiten. Neben besonderen Gefahrenorten werden wir daneben auch besonders hoch frequentierte öffentliche Plätze und solche mit großer symbolischer Bedeutung sowie Verkehrsknotenpunkte in die Überwachung einbeziehen. Gerade solche Orte und Großveranstaltungen sind potentielle Anschlagsorte und damit besonders gefährdet.

Wir werden einen hohen gesetzlichen Schutz für die erhobenen Daten sicherstellen und gewährleisten, dass die Aufzeichnungen nur in diesem Rahmen zur Abwehr von Gefahren und zur Strafverfolgung genutzt werden dürfen.

Ausreichendes Personal, moderne Ausstattung, schlagkräftige Organisation

Die Polizei Bremen und die Ortspolizeibehörde Bremerhaven setzen sich für den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung Bremerhavens ein und wenden Gefahren von den Bürgerinnen und Bürgern ab. Sie sind rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr im Einsatz.

Dabei sehen sie sich neuen Herausforderungen gegenüber. Themen wie Einbruchschutz, Computerkriminalität, Straftaten zum Nachteil älterer Menschen und die

besonders gefährdeten Risikogruppen im Straßenverkehr stehen im Fokus polizeilicher Präventionsarbeit. Dazu gehört für uns auch die Präsenz der Polizei in allen Ortsteilen und gut ausgestattete Polizeireviere in unseren Wohnquartieren.

Um die Sicherheit im öffentlichen Raum weiterhin gewährleisten sowie kriminelle und organisierte Strukturen nachhaltig bekämpfen zu können, werden wir daher die Personalausstattung der Polizei weiter verbessern und mit verstärkter Ausbildung die Voraussetzungen schaffen, um perspektivisch eine Personalstärke/Zielzahl von 2900 Polizistinnen und Polizisten in Bremen und mindestens 520 in Bremerhaven zu erreichen.

Eine gute Ausbildung ist die Grundlage für erfolgreiche Polizeiarbeit. In den letzten Jahren haben wir mit 160 Anwärterinnen und Anwärtern die größten Ausbildungsjahrgänge der letzten 30 Jahre eingestellt. Um den zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden, sind Einstellungszahlen von mindestens 200 und mehr Anwärterinnen und Anwärtern pro Jahr erforderlich. Dies darf aber nicht zu Lasten der Qualität gehen. Wir werden daher die Hochschule für öffentliche Verwaltung ausbauen und zu einer Hochschule für Polizei und Sicherheit weiterentwickeln.

Wir schulden den Beamtinnen und Beamten im Einsatz die bestmögliche Ausstattung zu ihrem Schutz und wir wollen, dass die Polizei in Bremen und Bremerhaven die Mittel hat, um auf dem aktuellen technischen Stand effizient zu ermitteln. Wir werden in die dringend notwendige Ausstattung der Polizeibehörden investieren (Fahrzeuge, IT, Schutzausstattung). Hierzu werden wir ein Landesinvestitionsprogramm für die Modernisierung und Digitalisierung der Sicherheitsbehörden auflegen. Die technische Ausstattung der Streifenwagen werden wir so verbessern, dass dort die digitale Aufnahme von Unfällen, die bargeldlose Bezahlung von Bußgeldern und die unmittelbare Berichterstattung vom Einsatzort möglich werden.

Wir wollen die Neuaufstellung der Polizei vor Ort aus der Polizeireform umsetzen. Dazu gehört der Neubau von modernen Zentralstandorten im Norden und im Westen. Im Bereich Innenstadt wird in zentraler Lage das Polizeikommissariat Mitte neu entstehen. Wir werden außerdem einen modernen neuen Standort für die Bereitschaftspolizei schaffen. Der alte Standort der Bereitschaftspolizei am Werdersee wird zugunsten von Wohnbebauung am Wasser aufgegeben.

Im Rahmen der Modernisierung der Gebäude der Polizei wollen wir ein gemeinsames Lagezentrum für Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz einrichten. Außerdem wollen wir einen zentralen Polizeigewahrsam schaffen, um die Sicherheit zu erhöhen und die medizinische Versorgung zu verbessern.

Die bürgernahe Polizeiarbeit ist ein wichtiger Baustein und stärkt das Sicherheitsempfinden in den Stadtteilen. Wir halten daher an unserem Versprechen von mindestens 100 KOPs in der Stadt Bremen fest und werden in den Revieren und KOP-Standorten

schnellstmöglich die baulichen Maßnahmen ergreifen, die sich aus der Polizeireform ergeben und für die örtliche Polizeiarbeit erforderlich sind.

Wir wollen den Überstundenbestand bei der Polizei in den kommenden vier Jahren abbauen. Dazu werden wir mit jedem einzelnen Beamten und jeder einzelnen Beamtin eine individuelle vertragliche Vereinbarung schließen.

Online-Wache ausweiten

Das Angebot der erfolgreich eingeführten Online-Wache wollen wir schrittweise erweitern. Vor allem Ladendiebstähle, Betrugsstraftaten und Cybercrimedelikte wollen wir zeitnah als Online-Anzeige ermöglichen.

Demokratische Kontrolle und Transparenz der Sicherheitsbehörden

Wir haben Vertrauen in die demokratische Verfasstheit und das rechtsstaatliche Handeln unserer Sicherheitsbehörden. Trotzdem müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass dieses anhand von Einzelfällen aus dem Bundesgebiet immer wieder hinterfragt wird. Für uns und die Sicherheitsbehörden ist es deshalb wichtig, dass neben der gerichtlichen Überprüfbarkeit eine effektive (Selbst-)kontrolle und Transparenz gewährleistet ist. Deshalb haben wir eine gut funktionierende Kennzeichnungspflicht aller in geschlossenen Verbänden eingesetzten Beamtinnen und Beamten eingeführt.

Wirtschaftskriminalität

Die kriminelle Energie, das verwirklichte Unrecht und der volkswirtschaftliche Schaden von Wirtschaftskriminalität ist immens. Wir wollen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität verbessern und Polizei und ZAKS (Zentrale Antikorruptionsstelle) die Möglichkeit geben, zusätzliche Expertinnen und Experten einzustellen. Damit die Justiz diese Verfahren noch besser bewältigen kann, verstärken wir die zuständige Abteilung bei der Staatsanwaltschaft und haben dem Landgericht ermöglicht, eine zusätzliche Kammer für Wirtschaftsstrafsachen einzurichten. Gemeinsam mit dem Zoll werden wir die Schwarzarbeitskontrollen verstärken und gegen illegale Beschäftigung vorgehen. Wir werden uns weiterhin am Ankauf sogenannter „Steuer-DVDs“ beteiligen und auch die Steuerfahndung personell aufstocken, um den Verfolgungsdruck in Bezug auf sozialbetrügerische Handlungen von wirtschaftlich Privilegierten zu verstärken sowie weitere Steuereinnahmen zu erzielen.

Straftaten dürfen sich nicht lohnen. Daher werden wir unsere Anstrengungen im Bereich der Vermögensabschöpfung bei Polizei, ZAKS, Ordnungsamt und Staatsanwaltschaft weiter verstärken, um die Gewinne von Straftaten einzuziehen. Dazu werden wir auch die Ausbildung in diesem Bereich intensivieren und die technische Ausstattung verbessern.

Internationaler Terrorismus

Bremen – und hier vor allem die Stadtgemeinde Bremen – ist weiter ein „Hot-Spot“ der salafistischen und radikalislamistischen Szene in Deutschland. Sozialdemokratisches

Leitmotiv war immer die wehrhafte Demokratie und wir werden unsere Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und unseren demokratischen Rechtsstaat im Dreiklang aus Prävention, Gefahrenabwehr und konsequenter Strafverfolgung entschlossen gegen jeden Angriff von radikalen und gewaltbereiten Fanatikern verteidigen.

Einbruchsdelikte

Ein Wohnungseinbruch ist für die Opfer ein verstörendes und beängstigendes Erlebnis, das weit über den materiellen Schaden hinauswirkt. Deshalb werden wir trotz der in den letzten Jahren rückläufigen Fallzahlen weitere Anstrengungen unternehmen, um diese Entwicklung fortzusetzen. Dazu werden wir die Beratungs- und Unterstützungsangebote über den vorbeugenden Einbruchsschutz unter Einbeziehung technischer Sicherheitsberatung ausweiten und dabei mit der Handwerkskammer gemeinsam ein Angebot zur „Sicherheitsberatung zu Hause“ entwickeln.

Wir werden ein Investitionsprogramm für öffentliche Baumaßnahmen zur Erhöhung von Sicherheit insbesondere durch verbesserte Beleuchtungskonzepte auflegen.

Wir werden einen Entwicklungsplan für städtebauliche Kriminalprävention entwickeln. Sicherheitsaspekte müssen bei stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen mitgeplant und in baurechtlichen Vorgaben berücksichtigt werden. Bei der Entwicklung und Planung neuer Baugebiete und im sozialen Wohnungsbau werden wir diese Konzepte von Anfang an berücksichtigen.

Sexuelle Selbstbestimmung

Die Bekämpfung von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung hat für uns große Wichtigkeit. Dabei wollen wir insbesondere gegen sogenannte Vergewaltigungsdrogen (K.O.-Tropfen) und auch schon deren Besitz vorgehen. Wir wollen die Beweissicherung durch frühzeitige Information der Polizei und entsprechende Fortbildungen für die Beamtinnen und Beamten erleichtern. Wir wollen aber auch Gastronomie und Veranstalter dafür gewinnen, gemeinsam gegen diese perfiden Handlungen vorzugehen und werden deshalb mit ihnen einen Handlungsrahmen „Knock-out für K.O.-Tropfen“ erarbeiten, den wir dann als gaststättenrechtliche Auflage verbindlich machen wollen.

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Straftaten gegen ältere Menschen bekämpfen wir konsequent. Wir werden neben bestehenden Präventionsangeboten ein erweitertes Präventionskonzept entwickeln und unsere Gesellschaft ganzheitlich schützen. In der Kriminalitätsbekämpfung werden wir gezielt gegen die Hintermänner und agierenden Banden vorgehen.

Cybercrime

Wir werden das Landeskriminalamt im Bereich Cybercrime durch Expertinnen und Experten und Technik verstärken. Unseren Industriebetrieben und der Kritischen Infrastruktur in unserem Bundesland werden wir ein polizeiliches Expertiseteam als

Ansprechpartner zur Verfügung stellen. Die Erforschung von Straftaten in diesem Bereich werden wir verstärken und proaktiv auf Unternehmen zugehen.

Verkehrssicherheit erhöhen

Durch Prävention, moderne Verkehrssicherheitskonzepte und konsequente Kontrollen wollen wir die Verkehrssicherheit weiter erhöhen und die Zahl der Verletzten und Getöteten im Straßenverkehr reduzieren. Polizei und Ordnungsamt sollen in diesem Bereich eng kooperieren.

12.3 Verfassungsschutz

Das Landesamt für Verfassungsschutz in Bremen leistet einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Extremismus. Insbesondere im Zusammenhang mit der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus ist eine gute Zusammenarbeit zwischen polizeilichem Staatsschutz und Verfassungsschutz von zentraler Bedeutung. Wir haben den Verfassungsschutz nach den letzten Anschlägen in Deutschland bereits deutlich verstärkt auf fast 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen diesen Weg fortsetzen.

12.4 Ordnungsdienst und kommunale Gefahrenabwehr

Mit dem neuen Ordnungsdienst schaffen wir ein zusätzliches Sicherheitselement in Bremen. Wichtige Themen für den Ordnungsdienst sind z. B. die Überbelegung von Wohnungen, Vermüllung in einzelnen Stadtteilen, Ruhestörungen, Jugendschutzkontrollen, illegale Wettbüros oder das Abstellen von Schrottfahrzeugen im öffentlichen Raum.

Der Ordnungsdienst – der seine Arbeit mit knapp 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgenommen hat – soll schrittweise ausgebaut werden. Wir streben mittelfristig eine Größenordnung von 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an, um eine verlässliche Präsenz auch in den Stadtteilen vor Ort gewährleisten zu können. Wir werden die Außendienste anderer Bremer Behörden überprüfen, inwieweit wir sie in den Ordnungsdienst integrieren können.

Ein zentrales Thema ist für uns auch die Stadtsauberkeit. Das Sicherheitsempfinden und die Lebensqualität werden auch durch Vermüllung und Verwahrlosung empfindlich gestört. Ordnungsdienst und weitere Akteure wie Stadtreinigung, „Umweltwächter“, Quartierservice und andere vergleichbare Initiativen werden hier eng zusammenarbeiten und gemeinsame Maßnahmen durchführen. Erfolgreiche Ansätze wie die „Umweltwächter“ wollen wir auf das ganze Stadtgebiet ausweiten. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir dabei auf Kinderspielplätze und Grünanlagen setzen. Dabei werden wir unsere Ortsämter und Beiräte einbinden.

Wir wollen weniger Waffen in unseren Städten – und setzen dies durch gezielte Aktionen wie die Erhebung einer Waffenkontrollgebühr, die Intensivierung der entsprechenden Kontrollen und die Möglichkeit, illegale und legale Waffen abzugeben, um. Darüber hinaus werden wir uns für notwendige Änderungen des Waffenrechts einsetzen, um die Zahl von Waffen in unseren Städten noch weiter zu senken.

Die klaren Bremer Vorschriften zum Halten gefährlicher Hunde haben sich bewährt. Wir werden weiterhin fortlaufend prüfen, ob eine Aktualisierung etwa auf weitere Hunderassen erforderlich wird.

12.5 Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Feuerwehren in Bremen und Bremerhaven unseren Bürgerinnen und Bürgern den besten Schutz bieten, der möglich ist. Die Bevölkerung vertraut auch in Krisen und Katastrophen auf die staatliche Daseinsvorsorge. Neue und sich verändernde Schadenereignisse wie Unwetterlagen in Folge des klimatischen Wandels oder auch Ausfälle kritischer Infrastruktur treffen in den letzten Jahren jedoch vermehrt auf eine hochkomplexe und auf funktionierende Leistungen der Daseinsvorsorge vertrauende Gesellschaft. Funktionierende Gefahrenabwehrpläne zu den neuen Schadenereignissen müssen Antworten auf die Frage „Was passiert dann“ geben, insbesondere die Katastrophenschutzbehörden mit ihren Feuerwehren sind für diese Planungen personell und technisch ausreichend auszustatten.

Wir werden die in den Brandschutzbedarfsplänen der beiden Städte als erforderlich festgelegten baulichen und strukturellen Maßnahmen mit dem Neubau von Feuer- und Rettungswachen, der Stärkung der Freiwilligen Feuerwehren und der Sicherstellung ausreichender Investitionen in moderne Fahrzeugtechnik realisieren und die notwendigen finanziellen Mittel hierfür zur Verfügung stellen. Der Neubau der Nordost-Wache in Bremen und der Neubau einer Feuer- und Rettungswache im Norden der Stadt Bremerhaven wird in kommunaler Verantwortung realisiert, ebenso wird das mit dem Landesfeuerwehrverband vereinbarte Struktur-Konzept für die Freiwilligen Feuerwehren in Bremen umgesetzt. Wir werden gegen den Sanierungsstau im Fahrzeugpark der Feuerwehr vorgehen und jedes Jahr zusätzliche Mittel für Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen zur Verfügung stellen. Zur Erhöhung der baulichen Sicherheit der Bevölkerung vor Bränden, werden wir die gesetzlich vorgeschriebene Brandverhütungsschau im Bremischen Hilfeleistungsgesetz verankern.

Ob ehrenamtlich oder beruflich: In der Feuerwehr, im Rettungsdienst sowie im Katastrophenschutz leisten viele Menschen hochprofessionelle Arbeit. Wir werden gewährleisten, dass die Aus- und Fortbildung für alle, die im Rettungsdienst arbeiten, unabhängig von ihrem Arbeitgeber vergleichbar hohe Standards erreicht und dass sich so die Notfallrettung qualitativ weiterentwickelt. Insbesondere ehrenamtlichen

Helferinnen und Helfern muss in Zukunft durch geeignete Maßnahmen verstärkt Anerkennung entgegengebracht werden.

12.6 Bürgerservice

Die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven erwarten zu Recht, dass ihre Anliegen von den Behörden zeitnah und kompetent bearbeitet werden. Diesem Anspruch ist Bremen in der Vergangenheit nicht immer gerecht geworden. Darauf haben wir reagiert. Das Stadtamt wurde aufgelöst und der Personalbestand in den Ämtern gesichert. Bürgeramt, Migrationsamt und Standesamt sind neu aufgestellt, die Probleme im Bürgerservice haben wir behoben. Wir arbeiten weiter an dem Ziel einer noch bürgerorientierteren Verwaltung. Wir werden die Online-Angebote ausbauen. Ressourcengewinne durch Digitalisierung sollen in den Ämtern zur Qualitäts- und Serviceverbesserung verbleiben.

12.7 Justiz

Ein funktionierender Rechtsstaat ist für unser Zusammenleben von zentraler Bedeutung. Das Bewusstsein für unsere rechtsstaatlichen Werte wollen wir stärken. Um möglichst viele und vor allem auch junge Menschen zu erreichen, muss die Vermittlung dieser zentralen Werte in den Schulen gestärkt werden.

Die Menschen, die in den Gerichten, bei der Staatsanwaltschaft und im Justizvollzug mit hohem Berufsethos und unter hoher Belastung arbeiten, leisten einen unschätzbaren Beitrag für den sozialen Zusammenhalt.

Betriebliche Mitbestimmung ist ein Grundpfeiler demokratischer Wirtschaft, Verwaltung und Justiz. Wir werden die Mitbestimmungsrechte der Richterinnen und Richter nach dem Vorbild des Bremischen Personalvertretungsgesetzes weiterentwickeln. Uns ist eine gemeinschaftliche Interessenvertretung aller Beschäftigten, auch in den Gerichten und in der Staatsanwaltschaft, und die Zusammenarbeit der Mitbestimmungsgremien wichtig.

In den letzten Jahren haben wir für deutlich mehr Personal in der Justiz gesorgt. Diesen Weg werden wir weitergehen, die temporären Personalverstärkungen verstetigen und der hohen Belastung durch mehr Personal Rechnung tragen. Wir wollen mit Unterstützung des Bundes die Zahl der Richterinnen und Richter und der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, aber insbesondere auch der nichtrichterlichen Beschäftigten auf Basis des Personalberechnungssystems „PebbSy“ bedarfsgerecht erhöhen.

Wir werden die Besoldung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bremischen Justiz schrittweise anheben und unter Berücksichtigung der Vorgaben des Bundes-

verfassungsgerichts zur Beamten- und Richterbesoldung an das Niveau der anderen norddeutschen Länder anpassen. Für den Bereich des Allgemeinen Justizvollzugsdienstes werden wir die Eingangsbesoldung auf A 8 anheben.

Die Modernisierung der Justiz wird konsequent vorangebracht. Die elektronische Akte wird in den Gerichten bis 2022 eingeführt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Vertretungen werden beständig in den Veränderungsprozess einbezogen werden.

Strafvollzug

Ebenso wie die Polizei sieht sich auch der Justizvollzug immer größeren Anforderungen gegenüber, wie nicht zuletzt die steigenden Gefangenenzahlen belegen. Die Anzahl problematischer Gefangener nimmt stark zu. Die Justizvollzugsbediensteten stellen sich ebenso wie die Polizei der sich wandelnden Sicherheitslage und helfen an zentraler Stelle mit, extremistischen Bedrohungen entgegenzuwirken.

Die Justizvollzugsanstalt haben wir in weiten Teilen bereits baulich grundlegend saniert und den Strafvollzug modernisiert. Am Standort Bremerhaven ist die Sanierung und Modernisierung des Justizvollzuges bereits abgeschlossen. In den nächsten vier Jahren setzen wir die bauliche Grunderneuerung und Ergänzung der Gebäude in Bremen-Oslebshausen fort. Bei weiter steigenden Gefangenenzahlen werden wir dort auch die Zahl der Haftplätze erweitern. Dem übergeordnet gilt, dass wir steigenden Gefangenenzahlen mit geeigneten und gut finanzierten Präventivmaßnahmen zur Vermeidung von Kriminalität entgegenwirken, Programme zur Verringerung der Rückfälligkeit von Strafgefangenen ausbauen und Möglichkeiten zur Vermeidung von Gefängnisstrafen noch besser ausschöpfen wollen.

Zur Abwehr der Gefahren des (islamistischen) Extremismus und Terrorismus wollen wir Prävention und Deradikalisierung auch im Justizvollzug weiter stärken.

Um einen fundierten Behandlungsvollzug abzusichern und die Sicherheit im Vollzug zu gewährleisten, ist die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Allgemeinen Vollzugsdienstes zu erhöhen. Nach dem Aufbau der Sozialtherapie in Oslebshausen wollen wir spezifische Behandlungsangebote für psychisch auffällige Gefangene anbieten. Hierfür ist die Einstellung entsprechenden Fachpersonals erforderlich.

Bundesgesetzliche Initiativen

Wir wollen die Meinungsmanipulation im Internet durch Social Bots aus dem In- und Ausland bekämpfen. Dabei sind Initiativen zur Kennzeichnungspflicht von Nachrichten, die von Social Bots stammen, ein erster Schritt. Im Weiteren werden wir uns für ein Verbot derartiger Bots einsetzen.

Gegenüber dem Bund werden wir uns für eine Beschleunigung von Klageverfahren gegen Infrastrukturprojekte, für schnelle und rechtssichere Asylverfahren und für schnellere Entscheidungen in Grundsatzfragen einsetzen.

Bremen wird sich auch für das Schließen von Strafbarkeitslücken bei Kindesmissbrauch, Kinderpornografie, Cybergrooming und Internetkriminalität („Darknet“) stark machen und Vorschläge für einen verbesserten Opferschutz unterstützen. Die Möglichkeiten der Täterermittlung sollen durch die Ausweitung der DNA- Analyse verbessert werden. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf den Schutz der Opfer von Straftaten etwa durch die weitere Stärkung der Psychosozialen Prozessbegleitung.

Der Organisierten Kriminalität treten wir entschlossen entgegen. Eine außerhalb des Rechtsstaats stehende „Paralleljustiz“ wird nicht geduldet.

Ehrenamtliches Engagement

Der Rechtsstaat ist auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Wir werden deshalb intensiv für die Übernahme von Ehrenämtern in der Justiz werben. Wir werden uns für ein vereinfachtes Abrechnungsverfahren bei der der Aufwandsentschädigung einsetzen.

Die Tätigkeit der Schöffinnen und Schöffen mit ihrer Berufserfahrung und Lebensnähe beispielsweise hilft, die Justiz in der Bevölkerung zu verankern. Die Schöffinnen und Schöffen leisten einen wichtigen Beitrag, unseren Rechtsstaat und die Rechtsprechung bürger- und lebensnah auszugestalten.

Die Anstaltsbeiräte in der JVA Bremen beraten bei der Gestaltung des Vollzuges und der Eingliederung der Gefangenen mit.

Das Betreuungsrecht unterstützt und begleitet Menschen, die ihre Angelegenheiten nicht oder nur teilweise erledigen können. Dies ist eine gesellschaftspolitisch zunehmend wichtige Aufgabe. Dabei ist das Betreuungsrecht von dem Grundgedanken der möglichst weitgehenden Selbstbestimmung der Betroffenen getragen. Ein wichtiges Ziel muss es daher sein, betreuungsrechtliche Maßnahmen auf das erforderliche Maß zu begrenzen. Wir wollen die Selbstbestimmung der Betroffenen und alternative Hilfsangebote stärken. Die Betreuungsvereine und alle, die im Bereich der Rechtsbetreuungen ehrenamtliche Arbeit leisten, werden wir weiter unterstützen. Eine Steigerung der Anzahl ehrenamtlicher Betreuungen sowie der Vorsorgebevollmächtigten muss gemeinsames Anliegen der Justiz- und der Sozialbehörden sein. Soweit unter Berücksichtigung dieser Grundsätze ein Bedarf an beruflich ausgeübten Betreuungen besteht, setzen wir uns für ein hohes Maß an Qualität und umfassende Qualifizierungsangebote auch in diesem Bereich ein. Eine leistungsgerechte Vergütung ist dabei eine wichtige Grundlage.

13. Junge Menschen stärken – durch Freiräume und Förderung

Jugendbeteiligung auf Stadtelebene fördern

Die SPD wird die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen auf Stadtelebene weiterentwickeln: durch Mitwirkungsrechte, durch gute Projekte und vielfältige Ansätze zur Beteiligung. Dazu wird sie die personellen Voraussetzungen insbesondere in den Ortsämtern ausbauen und weiterhin eine zentrale Unterstützung sicherstellen.

Jugendbeteiligungsprojekte und Jugendbeiräte benötigen für ihre Weiterentwicklung eine pädagogische Begleitung. Allen Jugendbeiräten sollte durch die Beiräte aus den zu erhöhenden Globalmitteln ein eigener Etat zur Verfügung gestellt werden, den sie selbst verwalten. Darüber hinaus wollen wir mit Schulungsangeboten die Jugendbeiräte dabei unterstützen, eigene jugendgerechte Beteiligungs- und Arbeitsformen zu entwickeln. Ein regelmäßiger Austausch durch eine Jugend-Beirätekonferenz wird die Akzeptanz und Wertschätzung stärken. Die Jugendbeiräte haben zu Recht ihren Platz im Beirätegesetz. In der Jugendbeteiligung geht auch darum, demokratische Prozesse selbst zu gestalten und den Wert der Demokratie erlebbar zu machen. Deshalb muss in der politischen Bildung an den Schulen dieses Thema stärker verankert werden. Zudem werden wir die Jugendbeteiligung in relevanten Politikfeldern der Stadtteile aber auch der Stadt auf möglichst viele Projekte und Vorhaben ausweiten (z. B. bei Bauprojekten, aber auch bei zukunftsbezogenen Plänen wie dem Verkehrsentwicklungsplan (VEP) oder in Zukunftskommissionen des Senats).

Offene Jugendarbeit fortsetzen

Die Jugendverbände leisten einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Bildung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in unseren beiden Städten. Ihr demokratisches Selbstverständnis beruht darauf, dass junge Menschen lernen ihre eigenen Interessen zu formulieren und sich für sich selbst und andere einzusetzen. Auch ihr Engagement bei der Integration von jungen Menschen die neu zu uns gekommen sind, ist weiterhin zu unterstützen. Deshalb sind Jugendverbände im Land Bremen konsequent weiter zu fördern.

Bei den stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendangeboten, die mit dem „Rahmenkonzept für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen“ gefördert werden, muss ein dynamischer Anpassungsprozess entwickelt werden, der den Bedarfen in den Stadtteilen gerecht wird. So sind der Zuwachs in der Einwohnerzahl von Kindern und Jugendlichen sowie deren Lebenslagen stärker zu berücksichtigen. Hierbei müssen außerdem auch die Entstehung neuer Wohnquartiere (z. B. in der Überseestadt, Rennbahnquartier u. a.) und der Bedarf, Strukturen und Angebote der Jugendarbeit neu und frühzeitig aufzubauen, berücksichtigt werden. Dies wird nur durch eine erhöhte Mittelzuweisung gelingen.

Um die Gebäude der Jugendeinrichtungen attraktiver zu gestalten muss ein ausfinanziertes spezifisches Sanierungskonzept entwickelt werden.

Gerade junge Menschen wollen wir für das Ehrenamt verstärkt gewinnen und es für sie noch attraktiver gestalten. Dazu wollen wir unter anderem konsequent an der Aufwertung der Jugendleiterinnen- und Jugendleiter-Card (Juleica) mitwirken. Hierzu gehören vor allem Vergünstigungen bei Eintrittspreisen und Fahrpreisen.

Wir wollen, dass junge Menschen sich sicher im Internet bewegen und das Netz für den Wissenserwerb nutzen können. Deshalb werden wir Medienkompetenz durch Projekte, die über die Chancen und Risiken der neuen Medien informieren, inner- und außerschulisch weiter unterstützen und verstärken. Auch „online“ gilt für uns: Niemand soll ausgegrenzt werden.

Spielräume schaffen

Viele Kinder und Jugendliche leiden mittlerweile an einem erheblichen Bewegungsmangel. Diesem wollen wir mit mehr attraktiven Spiel- und Bewegungsräumen entgegenwirken. Hierzu wollen wir bereits vorhandene Potenziale von Außengeländen an Schulen und Kitas prüfen sowie die bereits vorhandenen Spielflächen weiter konsequent sanieren und modernisieren. Bei der Einrichtung von „Temporären Spielstraßen“ wollen wir Anwohnerinnen und Anwohner unterstützen.

Gerade für Jugendliche wollen wir öffentliche Plätze mit ihnen gemeinsam nutzbar machen. Viele junge Menschen erleben ihren Alltag als stark verplant und haben den Wunsch, zeitlich und räumlich Freiräume in ihrer Stadt zu finden ohne dort Eintritt zu zahlen oder etwas verzehren zu müssen. Die SPD spricht sich aus für Plätze, an denen sich junge Menschen aufhalten können, ohne verjagt zu werden und auf denen sie ihre Ideen und Gestaltungsvorschläge einbringen können. Die SPD wird Projekte fördern, mit denen auch temporär ungezwungene Bewegungsangebote, kulturelle Angebote, Urban Gardening und auch Entspannung und Muße Raum haben. Die SPD wird mit einer Erhöhung der Mittel der stadtweiten Jugendarbeit die Sport- und Bewegungsstätten, die unter Jugendbeteiligung entstanden sind und Raum für Trendsportarten geben (z.B. Skatepark in der Überseestadt, Postamt 5) so stärken, dass dort pädagogische Begleitung und die Zugänglichkeit für alle Jugendlichen sicher gestellt werden kann. Vorhandene Spiel- und Bolzplätze werden wir sanieren und modernisieren.

Jugendhilfe weiterentwickeln

Das Land Bremen muss Angebote zur gezielten Unterstützung junger Menschen qualifiziert weiterentwickeln. Dazu gehört es, die personelle Ausstattung anzupassen, wo staatliche Fürsorge für Kinder oder Jugendliche erforderlich ist. Mit wirksamen präventiven Angeboten sollen dabei Familien gestützt und Fremdplatzierungen nach Möglichkeit vermieden werden. Die enge Vernetzung zwischen Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen mit Erziehungshilfe-Trägern und dem Case-Management soll stärker unterstützt werden.

Das Projekt „STOPP der Jugendgewalt“ ist fortzuführen. Der Bedarf an Streetworkern ist nach wie vor ungebrochen. Die Zusammenarbeit und enge Kooperation mit den Jugendhilfe-Trägern und -einrichtungen sowie mit den Schulen ist hierbei besonders notwendig. Die interkulturelle Öffnung in der Jugendhilfe wollen wir weiterhin fördern – bestehende

Kooperationen und Netzwerke im Stadtteil sind enger zu verzahnen. Gewalt, Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeiten haben in unseren beiden Städten keinen Platz.

14. Politik für Frauen

Frauenpolitik ist für uns ein Querschnittsthema, das alle Politikbereiche betrifft, und das ganz praktisch. Frauenpolitik gehört in alle Bereiche unseres Regierungshandelns und hat daher Eingang in alle Teile unseres Programms gefunden.

Die Stabilität der Demokratie hängt ganz wesentlich davon ab, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen zur Verwirklichung ihres Lebens haben und ein selbstbestimmtes Leben ohne Gewalt und Diskriminierung führen können. Flucht und Integration, digitale Transformation, Re-Traditionalisierungstendenzen oder Cybergewalt sind aktuelle Herausforderungen, die neue Lösungen erfordern – und vor allem einen geschlechtsspezifischen Blick, wenn wir Geschlechtergerechtigkeit wirklich herstellen wollen.

Diesen geschlechtsspezifischen Blick nehmen wir in jeder Fachpolitik ein, um diese Aspekte zu berücksichtigen. Denn auch wenn die Gleichberechtigung von Frauen und Männern Verfassungsrang genießt, sind nach wie vor Frauen gegenüber Männern in viel zu vielen Lebensbereichen benachteiligt. Leider ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier als Beispiele – aber nicht beispielhaft – genannt: Frauen sind deutlich häufiger als Männer von prekärer Beschäftigung betroffen, verdienen oft für gleichwertige und sogar für gleiche Arbeit weniger, arbeiten häufiger in schlechter bezahlten Berufen, haben schlechtere berufliche Aufstiegschancen und finden sich dementsprechend deutlich weniger in Führungspositionen wieder. Die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird nach wie vor weitestgehend nur den Müttern und nicht den Vätern gestellt. Besonders brisant ist das für Alleinerziehende, die weit überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Kinder werden hier für Frauen zum Armutrisiko. Frauen und Mädchen sind nach wie vor signifikant häufiger Opfer von Gewalt und von Ausbeutung.

Damit werden wir uns nicht abfinden, sondern mit entsprechenden Maßnahmen in den verschiedenen Bereichen wirksam gegensteuern. Ein besonderes Anliegen ist es für uns, die Situation der Alleinerziehenden zu verbessern.

Auch die Integration geflüchteter Mädchen und Frauen braucht in allen Politikfeldern besondere Aufmerksamkeit. Es gibt vielfältige Beratungs- und Hilfsangebote, die besser miteinander verbunden werden müssen. Zudem fehlen vielen geflüchteten Mädchen und Frauen die nötigen Erfahrungen, um Zugang zu diesen Angeboten zu bekommen und sie sinnvoll nutzen zu können. Neben den Handlungsfeldern wie Spracherwerb oder Asylverfahren zeigt insbesondere das Thema Gewaltschutz und Gesundheitsvorsorge einen großen und stetigen Handlungsbedarf.

Bremen hat zur Fokussierung des geschlechtsspezifischen Blicks eine anerkannte gleichstellungspolitische Instanz: die Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (**ZGF**), die 1981 auf sozialdemokratische Initiative hin eingerichtet wurde. Ihr gesetzlicher Auftrag, darüber zu wachen und darauf hinzuwirken, dass das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichberechtigung erfüllt und auch mit Leben gefüllt wird, ist aktueller denn je. Die ZGF übernimmt eine wichtige Funktion: Sie stößt öffentliche Debatten an und setzt Impulse in Verwaltung und Politik, wenn es um das Umsetzen von Maßnahmen geht. Sie fragt, wie staatliches und kommunales Handeln die Diskriminierung und die tatsächliche Benachteiligung aufgrund des Geschlechts beenden kann. Sie nimmt Stellung zu Gesetzesvorhaben, verfolgt Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern und leistet wichtige Überzeugungsarbeit. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sie so aufgestellt ist, dass sie auch neuen Herausforderungen, wie z. B. der Digitalisierung aller Lebens- und Arbeitsbereiche, wirkungsvoll begegnen kann und so ausgestattet wird, dass daraus eine Stärkung der ZGF erwächst.

In Bremen und in Bremerhaven gibt es vielfältige Beratungs-, Informations- und Hilfsangebote für Frauen in unterschiedlichen Lebenslagen. Diese Angebote müssen wir noch bekannter machen und da wo es nötig ist besser miteinander verzahnen. Oft sind die Betroffenen aus unterschiedlichen Gründen nicht so gut in der Lage, sich über ihre Rechte und mögliche Hilfen zu informieren und diese in Anspruch zu nehmen. Deshalb werden wir die Zugangsschwellen durch Angebote online und vor Ort weiter absenken und diese Angebote finanziell absichern.

15. Demokratie, Engagement und Teilhabe

15.1 Gemeinsam für Solidarität gegen Ausgrenzung

Antidiskriminierung

Bremen und Bremerhaven sind weltoffene Städte der Vielfalt, die Menschen in Not aufgenommen haben und ihnen Schutz und ein neues Zuhause bieten. Bei uns hat auch der Dialog über Werte und Zusammenhalt mit und zwischen den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften einen hohen Stellenwert. Wir wollen nicht zulassen, dass Neonazis und andere rechtsextreme Gruppierungen diese Offenheit mit menschenverachtenden Argumenten infrage stellen. Wir werden auch nicht zulassen, dass jüdische Bürgerinnen und Bürger bedroht werden oder radikale Islamisten Konformitätsdruck erzeugen. In einer Zeit wachsenden Antisemitismus und einer weit in die Gesellschaft ragenden Muslimenfeindlichkeit ist es zentral, dass Menschen nicht übereinander, sondern miteinander sprechen. Die islamischen Verbände und die alevitischen Gemeinden sind wichtige Partner in der gemeinsamen Bemühung, einen differenzierten Blick auf die Vielgestaltigkeit islamischen Lebens und alevitischer Glaubenspraxis in unserer Gesellschaft zu verankern. Jüdisches Leben, seine Sichtbarkeit und Entfaltungsmöglichkeit verdient unsere Unterstützung und unseren Schutz.

Es ist eine historische Pflicht, trotz des staatlichen Neutralitätsgebots eng an der Seite der jüdischen Gemeinde zu stehen. Wir treten für eine starke Demokratie ein, die niemanden ausschließt. Rassismus und Antisemitismus haben bei uns keinen Platz.

Wir betrachten die Antidiskriminierungsarbeit als Aufgabe für alle Lebensbereiche. Der Schutz vor Diskriminierung ist ein Menschenrecht, für das wir eintreten. Die Ausgrenzung von Menschen, sei es aufgrund ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer sexuellen Orientierung oder Identität, ihrer Behinderung oder ihrer Religion ist in für uns nicht hinnehmbar. Die Antidiskriminierungsarbeit wollen wir weiter entwickeln. Wir wollen außerdem die Aufklärungsarbeit verbessern und wissenschaftliche Untersuchungen zur Aufhellung von Dunkelfeldern der Diskriminierung unterstützen. Rechtspopulismus hat dort keine Chance, wo Menschen offen über konkrete Lösungen diskutieren können, statt Parolen zu folgen. Die breite öffentliche Diskussion von für das Bundesland und die beiden Kommunen wichtigen Themen während der letzten Legislaturperioden und die durchgeführten Volksbegehren und -entscheide sehen wir als Bereicherung der politischen Kultur an.

Kampf gegen den Extremismus

Extremismus ist eine der größten Bedrohungen für unsere Zivilgesellschaft. Der Kampf gegen den Extremismus beginnt für die SPD mit dem deutlichen Bekenntnis zur Demokratie. Wir wollen deshalb die politische Bildung im Sinne der Vermittlung von demokratischen Ideen und Werten verstärken. Das Ziel besteht in einer lebendigen demokratischen Gesellschaft, die sich extremistischen Tendenzen gegenüber immun zeigt. Programme wie „Schule ohne Rassismus/ Schule mit Courage“ zeigen Wege auf, wie im Alltag junger Menschen Solidarität, friedliches Miteinander und Wachsamkeit gegenüber extremistischen Tendenzen gelebt werden können. Diese Programme sollen deutlich unterstützt werden. Darüber hinaus wollen wir zum Schutz der Menschen, die friedlich unseren beiden Städten leben, den unbedingten Respekt vor unserem Wertesystem und den Grundlagen unserer Verfassung kompromisslos einfordern und durchsetzen. Neben einem handlungsfähigen Verfassungsschutz verstetigen wir die Programme zur Deradikalisierung und zur Prävention, bauen diese aus und setzen uns für die verbesserte bundesweite Koordinierung ein, bevor Sympathisanten überhaupt zu Tätern werden. Wir setzen auch weiterhin auf Aussteigerprogramme, wie sie sich bereits bewährt haben. Betroffenen sollen Perspektiven für ein Leben in der Gesellschaft aufgezeigt werden. Wir werden Präventionsprogramme weiterhin unterstützen.

Rechtsextreme und Rechtspopulisten nutzen gezielt Angst vor Anschlägen, um Geflüchtete oder Muslime als Sicherheitsrisiko abzustempeln. Schon jetzt reicht die Islamfeindlichkeit weit über den von Sicherheitsbehörden registrierten Personenkreis hinaus. Wir wollen verhindern, dass islamfeindliche Parolen und Antisemitismus salonfähig werden. Wir wollen gesellschaftliches Engagement gegen solche Aktionen bündeln und dafür sorgen, dass Prävention frühzeitig und koordiniert stattfindet.

Dem Extremismus muss eine lebendige, geschichtsbewusste Demokratie entgegengestellt werden. Der kritische Umgang mit dem nationalsozialistischen und kolonialen Erbe gehört für die SPD zum demokratischen Selbstverständnis. Das Lernen aus der Vergangenheit und eine aktive Erinnerungsarbeit gewinnen angesichts rechtsextremer und rechtspopulistischer Versuche einer Umdeutung von Geschichte stark an Bedeutung.

Wir wollen aus diesem Grund den zentralen Gedenk- und Erinnerungsort Bunker Valentin personell stärken und u. a. allen Bremer Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit eröffnen, dort ein pädagogisches Angebot zur Auseinandersetzung mit den Konsequenzen der nationalsozialistischen Ideologie wahrzunehmen. Die vorbildliche Gedenk- und Erinnerungslandschaft in Bremen muss bewahrt und als ein Element in der Prävention gegen Extremismus und für Demokratie verstanden werden.

15.2 Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt

Das gesellschaftliche Miteinander hängt nicht allein an Wirtschaftsdaten: Ehrenamtlich und bürgerschaftlich engagierte Menschen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, sind ein einzigartiger Wert für unsere Stadtgesellschaft.

In Bremen sind aktuell 41 Prozent der Bevölkerung über 14 Jahre in Initiativen, Vereinen, Verbänden, in Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbänden und auch vereinsungebunden freiwillig engagiert. Das wollen wir fördern und unterstützen.

Bürgerschaftlichem Engagement kommt in demokratisch legitimierten Gesellschaften eine besondere Rolle zu: Es leistet einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt, ist kritischer Resonanzboden für politische Entwicklungen und verfügt über eine große Innovationskraft. Alle Funktionen sind für eine vitale Demokratie lebensnotwendig.

Freiwilliges Engagement ist vielfältig: in der sozialen Arbeit, im Sport, den Rettungsdiensten, im Kulturbereich, im Umwelt- und Naturschutz, in der Kommunalpolitik, im Tierschutz, ob als Elternsprecherin oder Schöffe oder in vielen, vielen Projekten und Initiativen: Die Arbeit der Freiwilligen ist ehrenamtlich und bleibt unbezahlbar. Gerade deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen, die diese Arbeit stützen, weiter verbessern. Ehrenamtliche Vereine, insbesondere die verbandsungebundenen, sind häufig überfordert mit der Umsetzung rechtlicher Vorgaben und Richtlinien, hier wollen wir eine neue Unterstützungsstruktur aufbauen – auch damit mehr Einsatzorte geschaffen werden können. Zudem wollen wir uns für eine angemessene Modifizierung der Regelungsstrukturen in der Zuwendungspraxis der projekt- und institutionellen Förderung zugunsten eines Abbaus von Bürokratie und für eine Stärkung des Ehrenamts einsetzen. Schließlich soll die bestehende Ehrenamtskarte weiterentwickelt werden.

Darüber hinaus wollen wir in Zusammenarbeit mit der Freiwilligen-Agentur Bremen mit einem entsprechend geförderten Programm noch mehr Ehrenamtliche gewinnen und qualifizieren. Insbesondere wollen wir das Engagement benachteiligter Jugendlicher und Zugewanderter fördern, um ihre gesellschaftlichen Teilhabe- und Mitwirkungschancen zu stärken. Viele Menschen, die nach Deutschland geflüchtet sind und vielfältige Unterstützung erfahren haben, wollen sich selbst engagieren und auf diese Weise etwas zurückgeben. Dazu brauchen sie entsprechende Anleitung und Begleitung.

Die Wertschätzung für ehrenamtliche Tätigkeit muss auch in der Tagespolitik zum Ausdruck kommen. Wir setzen auf die Vielfalt des Engagements in Initiativen, Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Umweltorganisationen, Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Selbsthilfegruppen, Migrantinnen- und Migrantenorganisationen, Stiftungen, Freiwilligendiensten und Netzwerken in der Integrations- und Inklusionsarbeit sowie in zahlreichen anderen Organisationen. Dort arbeiten viele Menschen für ein solidarisches Miteinander – und sie alle sind für uns wichtige Partner auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft. Sie wollen wir stärker als bisher an den relevanten Entscheidungen unserer Politik dialogisch beteiligen.

Die SPD will das Stiftungswesen fördern. Es gilt, dem privaten bürgerschaftlichen Engagement mit Anerkennung und Wertschätzung zu begegnen (z.B. jährlich Stiftungsgründerinnen und -gründer durch den Senat zu empfangen). Stiftungen tragen in ihrer Vielfalt zur Entwicklung des Gemeinwesens durch Förderung vieler Vereine und Projekte bei. Das Stiftungsrecht soll aufgrund der Beratungsergebnisse einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe angepasst werden. Dazu gehören die Stärkung der Rechte der Stifterinnen und Stifter, die Steigerung der Transparenz im Stiftungswesen und die Schaffung bundeseinheitlicher Rahmenbedingungen sowie eine Absicherung der fast immer ehrenamtlichen Organmitglieder in Zeiten niedriger Erträge. Wir wollen, dass die rechtlichen Voraussetzungen für die Fusion von Stiftungen erleichtert werden.

Eine Zusammenarbeit zwischen dem weiterentwickelten gemeinnützigen Stiftungshaus Bremen und dem Senator für Inneres als Aufsichtsbehörde soll zum Wohle des Stiftungswesens im Land Bremen gestärkt werden.

Politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Auch für Menschen mit Behinderungen wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Landesteilhabebeirat, dem Landesbehindertenbeauftragten sowie dem lokalen Behindertenbeauftragten Bremerhavens, dem Inklusionsbeirat der Seestadt Bremerhaven sowie den Einrichtungen und Initiativen der Behindertenselbsthilfe eine möglichst gleiche Teilhabe an ehrenamtlicher Arbeit ermöglichen.

Menschen mit Behinderung sollen Verantwortung im Leben und in der Gemeinschaft selber tragen und ihre Interessen selbstverantwortlich wahrnehmen und selbstbestimmt vertreten. Dies schließt die Vertretung in Parlamenten und Parteiorganen selbstverständlich ein.

15.3 Beiräte und Ortsämter stärken

Beiräte und Ortsämter müssen unterstützt und von vermeidbarer Verwaltungsarbeit entlastet werden. Sie müssen in Konfliktfällen wissen, ob und wie sie einen Rechtsweg beschreiten können. Wir haben mit der mit der Novellierung des Beirätegesetzes Klarheit über die Beratungs-, Beteiligungs- und Entscheidungskompetenzen der Beiräte geschaffen, auch hinsichtlich der Rechtsmittel, die den Beiräten zur Verfügung stehen. Die Verwaltungen sind innerhalb klarer Fristen gegenüber den Beiräten zur Auskunft verpflichtet worden und müssen eine Vertreterin oder Vertreter der zuständigen Stelle in den Beirat entsenden, wenn dieser das verlangt. Zudem haben wir hinsichtlich Wahl der Ortsamtsleiterinnen und -leiter ein Verfahren eingeführt, das hohe Rechtssicherheit garantiert und auch die Abwahl möglich macht.

Wir wollen in den kommenden Jahren evaluieren, ob sich das neue Beirätegesetz bewährt oder ob hinsichtlich der Stärkung der Rechte der Beiräte eine Nachjustierung notwendig ist. Die Ortsämter müssen personell so ausgestattet werden, dass sie den gestiegenen Zuständigkeiten und Anforderungen gewachsen sind. Den bei kleinen Organisationseinheiten sehr gravierend sich auswirkenden Ausfall von Arbeitskräften wollen wir etwa mit einem Springerpool auffangen.

Die durch die Beiräte verkörperte demokratische Mitgestaltung unserer Stadtteile beruht auf dem hohen ehrenamtlichen Engagement der Menschen, die sich als Beiratsmitglieder und sachkundige Bürgerinnen und Bürger einbringen. Die wichtige und wertvolle ehrenamtliche Tätigkeit der Mitglieder in den Beiräten werden wir weiterhin unterstützen – auch durch entsprechende Fortbildungsangebote. Insbesondere wollen wir weiterhin Angebote zur Beteiligung von jungen Menschen für Beiratsmitglieder und Ortsamtsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter schaffen. Wir wollen für die Beiratsarbeit auch gezielt Bürger und Bürgerinnen mit Migrationshintergrund und junge Menschen gewinnen.

Jugendbeiräte sind für uns ein wichtiger Baustein der Bürgerbeteiligung. Jugendbeteiligung erfordert besondere Formen und Wege, aber auch die Möglichkeit, eigene Projekte zu unterstützen oder zu initiieren. Deshalb wollen wir für alle Jugendbeiräte einen eigenen Etat aus den Beiratsmitteln bei gleichzeitiger Erhöhung der Globalmittel. Zudem brauchen die Jugendbeiräte auch personelle Unterstützung. Die Ortsämter müssen so ausgestattet werden, dass sie das bewerkstelligen können. Zudem sollten die Jugendbeiräte sich miteinander vernetzen, um auch gesamtstädtisch wirken zu können.

Den Beiräten und Ortsämtern soll bei der Umsetzung von Bürgerbeteiligung je nach Bedarf eine professionelle Unterstützung gewährt werden.

15.4 Bürgerbeteiligung

Demokratie ist keine Zuschauerveranstaltung, sondern sie hängt davon ab, dass möglichst viele mitmischen – in Bürgerinitiativen, in Elternvertretungen, in Mitbestimmungsgremien und auch in den Beiräten oder der Bürgerschaft. Zu unserer demokratischen Gesellschaft gehören neben den Wahlen vielfältige Mitwirkungsmöglichkeiten im Alltag. Das Thema Bürgerbeteiligung genießt in Bremen seit langem einen hohen Stellenwert. Die Beiräte in den Stadtteilen sind nicht mehr nur reine Beratungsgremien, sondern verfügen über wesentlich erweiterte Entscheidungs- Beteiligungs- und Informationsrechte. In den öffentlichen Sitzungen der Beiräte sowie deren Fachausschüsse wird über Bürgeranträge aus den Stadtteilen entschieden, und die Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, von ihrem Rederecht Gebrauch zu machen.

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern belebt und bereichert die repräsentative Demokratie, wenn es gelingt, allen die Möglichkeit zur Mitgestaltung bei Projekten und Maßnahmen zu bieten. Wir haben die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu einem Strukturprinzip unserer Stadtgesellschaft gemacht. Unter Einbeziehung vieler Interessierten haben wir ein Leitbild Partizipation entwickelt. Für alle Bürgerinnen und Bürger einsehbar wird gerade eine Vorhabenliste erstellt, die laufend aktualisiert wird und einen Überblick über die Aktivitäten aller Ressorts gibt. Eine klare Kriterienliste legt fest, wann über die gesetzlich vorgeschriebenen Maße hinaus Bürgerbeteiligung erfolgen soll. Zudem soll eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger eingerichtet werden. Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger bedeutet dabei keine Schwächung der repräsentativen Demokratie. Sie kann im Gegenteil dazu beitragen, diese in Zeiten komplexer Problemlagen, zunehmender Politikverdrossenheit und abnehmender Wahlbeteiligung zu beleben.

Gerade Menschen, die sich nicht von sich aus einbringen, wollen wir für eine Mitarbeit an unserer demokratischen Gesellschaft gewinnen, auf sie zugehen, sie aktivieren, fördern und weiterbilden, aber auch konkret unterstützen, etwa durch die Organisation von Dolmetscherinnen und Dolmetschern oder Kinderbetreuung. Wir werden weiter daran arbeiten, Beteiligungsprozesse geschlechtersensibel zu gestalten und Barrieren aufgrund von Sprache, Herkunft oder Bildungsstand abzubauen. Dazu gehört die Nutzung und Entwicklung von Stadtteil- oder Quartiersmanagements, die die etablierten Politik- und Verwaltungsstrukturen durch die Mobilisierung von kleinräumigen Selbsthilfepotenzialen und bürgerschaftlichen Engagements unterstützen.

Um bei Beteiligungsprozessen möglichst viele Menschen zu erreichen, nutzen wir die Beteiligung über das Internet ebenso wie Bürgerforen und Formen der aufsuchenden Beteiligung. Dies soll durch ein standardisiertes Informations- und Bearbeitungsverfahren im Rahmen des Transparenzportals gewährleistet werden, das auch verbindliche Fristen regelt.

15.5 Bremische Bürgerschaft

Demokratie lebt von Transparenz. Wir haben deshalb eine Veröffentlichungspflicht für alle Abgeordneten über alle Nebeneinnahmen durchgesetzt, um den „bösen Schein“ wirtschaftlicher Abhängigkeit durch Transparenz zu beseitigen.

Sinkende Wahlbeteiligung bedroht die demokratische Legitimität von Wahlen und transformiert die soziale Spaltung unseres Landes in eine politische. Zunehmend gilt: Wer in sozial benachteiligten Verhältnissen lebt, bestimmt nicht mehr über die politischen Verhältnisse mit. Wir werden deshalb Maßnahmen umsetzen, die die Stimmabgabemöglichkeit näher an die Menschen heranbringen und faktische Hürden der Wahlbeteiligung senken. Wir wollen unter anderem eine deutliche Verlängerung der Öffnungszeiten von Wahllokalen und auch mobile Wahlstationen durchsetzen.

15.6 Digitalisierung ist eine Chance für soziale Teilhabe

Datenschutz sichert private Rechte. Das Recht auf Privatsphäre sowie Informations- und Meinungsfreiheit gehören im digitalen Zeitalter zu den Eckpfeilern sozialdemokratischer Politik. Dabei sind der Schutz der Privatsphäre des Einzelnen und allgemeine Sicherheitsbedürfnisse in Einklang zu bringen. Die Sicherheit von personenbezogenen Daten muss gewährleistet werden, seien es Aufnahmen von sogenannten Bodycams, aus der Videoüberwachung oder aus anderen digitalen Datensammlungen der Behörden. Einen „anlasslosen“ und nicht rechtsstaatlich kontrollierten Zugriff auf die private Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger werden wir nicht zulassen und einen hohen gesetzlichen Schutz für die erhobenen Daten sicherstellen. Es muss nachträglich erkennbar sein, wer, wann und warum auf Daten zugegriffen hat. Die missbräuchliche Nutzung von Daten oder deren Diebstahl wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verfolgt.

Die Digitalisierung verändert die Gesellschaft unglaublich schnell. Wir wollen durch eine kluge Digitalisierungspolitik den Zugang zu öffentlichen Daten verbessern. Dies fördert die Teilhabe aller an den neuen Medien. Notwendige Bedingung für digitales Wirtschaften, Arbeiten und Leben sind gute digitale Infrastrukturen. Wir wollen diese Infrastrukturen überall dort, wo wir über Einfluss verfügen, verbessern. Unser Anspruch ist, möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern die Nutzung der Neuen Medien zu ermöglichen und dabei insbesondere die feststellbare Nutzungslücke bei älteren Menschen zu verringern. Mit der zunehmenden Bedeutung mobiler Geräte und vernetzter Systeme sollen kostenlose und frei verfügbare WLAN-Spots ausgeweitet werden. Der Zugang zu digitalen Medien muss barrierefrei sein. Die Ausstattung öffentlicher Einrichtungen mit digitalen Endgeräten soll ausgebaut werden. Insbesondere sollen Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen im Umgang mit digitalen Medien gestärkt werden. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass durch die sogenannte Betreiberhaftung die Öffnung privater WLAN-Netze nicht unnötig erschwert wird.

Ein digitaler Staat muss auch dafür Sorge tragen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Daten schützen können und sie selbst darüber bestimmen können, was damit geschieht. Eine moderne Medienordnung, die Datenschutzgrundverordnung und das IT-Sicherheitsgesetz sind zentrale Instrumente hierfür. Wir werden die Gesetzgebungsprozesse auf nationaler Ebene und in der EU weiter kritisch und konstruktiv begleiten, um Vielfalt und Wettbewerb zu ermöglichen.

Das Internet bietet Möglichkeiten für Freiheit und Chancengleichheit. Deshalb werden wir auch weiterhin die Netzneutralität überall dort, wo wir Einfluss haben, verteidigen. Wir schützen das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf informationelle Selbstbestimmung.

Für uns ist ein starker Schutz personenbezogener Daten das entscheidende Werkzeug, um die Digitalisierung der Gesellschaft im Interesse der Menschen und nicht der Maschinen zu gestalten. Dem Beschäftigtendatenschutz kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Wir werden uns daher auf Bundesebene für ein Beschäftigtendatenschutzgesetz einsetzen. Bei der Digitalisierung der Arbeitswelt stehen für uns die Interessen der Menschen im Vordergrund. Die Überwachung von Beschäftigten ohne Anlass, Dauerüberwachung und die Nutzung neuer Techniken zur Verhaltens- und Leistungskontrolle müssen verboten bleiben.

Ohne eine starke Aufsichtsbehörde bleibt der Schutz der persönlichen Daten zahnlos. Die Landesbeauftragte für Datenschutz muss daher als unabhängige datenschutzrechtliche Aufsichtsbehörde entsprechend den europarechtlichen Verpflichtungen mit allen Ressourcen ausgestattet werden, die für die effektive Wahrnehmung ihrer gestiegenen Aufgaben und Befugnisse nach der Datenschutzgrundverordnung erforderlich sind.

16. Kulturpolitik – Identität und Teilhabe

Unser Grundsatz

Das Feld Kulturpolitik hat in den letzten Jahren an Relevanz gewonnen. Dies begründet sich sehr stark darin, dass die Gesellschaft – nicht nur in Mitteleuropa – starken Umbrüchen ausgesetzt ist. Terrorismus, Kriege, weltweite Wanderungsbewegungen und Bedrohungen demokratischer Werte sind zur Realität geworden, die nur schwer zu übersehen ist. Vielfach wird die Frage gestellt, wie sich das Gemeinwesen zukünftig organisieren soll und welches Selbstverständnis ihm zugrunde liegt. Dazu wird es immer wichtig sein, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen und den immer wieder komplizierten Versuch zu unternehmen, aus gravierenden Fehlern zu lernen. Deutschland hat eine Geschichte, die auch schwer auf nachfolgenden Generationen lastet und damit eine besondere Verpflichtung, neben der Menschenwürde die im Grundgesetz verankerten Freiheits- und Gleichheitsrechte zu schützen. Dies geschieht durch Aufklärung, aber auch durch das Ermöglichen von Produktivität und Auseinandersetzung mit dem vergangenen und aktuellen Zeitgeschehen.

Erinnerungskultur spielt dabei eine wichtige Rolle, aber auch die Einsicht, dass der Schutz von Kunstfreiheit für die Gesellschaft existenziell ist, weil der Umgang mit diesem speziellen Freiheitsrecht als Seismograph für die Verfasstheit unserer Gesellschaft gelten kann. Dieser grundlegenden Haltung fühlt sich sozialdemokratische Kulturpolitik verpflichtet.

Stadt der Kultur

Bremen hat sich in den letzten Jahren zu einer Stadt entwickelt, in der kulturelle Aktivitäten zunehmend öffentliche Aufmerksamkeit genießen. Dies wirkt sich sowohl auf die bremische Innenstadtentwicklung aus, die einem starken Wandel unterliegt, als auch auf die Lebensweise in den Wohnquartieren. Dies belegen auch eindrucksvoll die Ergebnisse der zahlreichen öffentlichen Diskussionsrunden zum Kulturförderbericht, die wir als Leitlinie und in ihrer Gesamtheit als weitere Grundlage unserer weiteren Arbeit begreifen. Bremens Kultur ist von einer großen Vielfalt geprägt, die gesellschaftliche Entwicklungen aufnimmt und spiegelt. Inzwischen ist Kultur auch ein relevanter Faktor für den Standort und den Wohnort. Künstlerische und kulturelle Projekte gewinnen auch in der jungen Generation zunehmend an Bedeutung. Dies zeigt sich insbesondere in der Entwicklung von neuen Szeneaktivitäten, die häufig selbstorganisiert sind und einen eigenen Gestaltungsanspruch umzusetzen versuchen.

Dies gilt auch für die Kulturentwicklung in Bremerhaven. Sowohl die großen städtischen Kultureinrichtungen als auch die touristischen Magneten im Stadtzentrum und eine wiedererstarkte freie Szene in verschiedenen Stadtteilen fördern die Entwicklung der gesamten Stadt und einzelner Quartiere. Nicht zuletzt durch die unter breiter Bürgerbeteiligung geführte „Zukunftswerkstatt Kultur Bremerhaven 2027“ hat die Bedeutung von Kunst und Kultur für die Identifikation der Bremerhavenerinnen und Bremerhavener mit „ihrer“ Stadt pointiert herausgearbeitet.

Unser politisches Ziel ist es, das kulturelle Profil beider Städte weiter zu stärken und sichtbar zu machen, dass Bremen und Bremerhaven im Selbstverständnis Kulturstädte sind, die starken gesellschaftlichen Herausforderungen gewachsen sind. Dabei spielt der Umgang mit Fragen der Wertentwicklung ebenso eine Rolle, wie interkulturelle Ansätze und Diversität.

Wir fördern kulturelle Teilhabe

Dies bedeutet für uns auch, dass alle Menschen einen leichten Zugang zu kulturellen Angeboten erhalten und wir für alle Generationen Aktivitäten fördern, die Teilhabe am kulturellen Leben ermöglichen. Teilhabe ist gerade für Kinder und Jugendliche, die zum Teil unter engen Bedingungen aufwachsen, sehr wichtig. Hier werden wir weitere Anstrengungen unternehmen, um ihr Interesse und Begeisterung für Kultur zu wecken. Dazu gehört auch eine stärkere Präsenz der zentralen Kultureinrichtungen in den Stadtteilen. Die Befassung mit Kunst und Kultur ist dabei nicht nur ein schöner Zeitvertreib, sie stärkt häufig auch das Miteinander und hilft, gerade auch bei der Entwicklung kreativer Fähigkeiten. Es gibt viele Netzwerke, deren Stärkung dies ermöglichen kann. Die Zusammenarbeit mit KiTas und Schulen, die Kooperation mit Vereinen und selbstverständlich die direkte Verbindung zu kulturpädagogischen Projekten sind hier nur beispielhaft aufgezeigt.

Die Bürgerhäuser, die früher größtenteils dem Sozialressort zugeordnet waren, sind in unseren Stadtteilen wichtige wohnortnahe Einrichtungen. Hier können Menschen niedrigschwellige Hilfs- Informations- und Beratungsmöglichkeiten erfahren. Kulturelle Teilhabe wird in allen Bürgerhäusern für alle Altersgruppen und für den kleinen Geldbeutel angeboten. Diese Form niedrigschwelliger Teilhabe ist seit Jahrzehnten Bestandteil ihrer Arbeit. Hier wird die kulturelle Vielfalt und Demokratie gelebt und gefördert.

Faire Arbeitsbedingungen auch in der Kunst und Kultur

Kultur und künstlerische Produktivität sind jedoch nicht nur im Lichte ihrer gesellschaftlichen Wirkungsfelder zu betrachten, sondern besitzen einen Eigenwert, der sich nicht in messbaren Kategorien darstellen lässt. In diesem Berufsfeld wird spartenübergreifend beachtliche Arbeit geleistet. Deshalb setzen wir uns für eine verbesserte Finanzierung von Bremer und Bremerhavener Kultureinrichtungen ein sowie insbesondere für die Sicherung und Verbesserung von fairen Arbeitsbedingungen. Besonders beachtet werden muss dabei die Lage der Menschen, die in der Freien Kulturszene selbständig arbeiten. Hier gibt es deutliche wirtschaftliche Lebensrisiken, die sich ins Alter hinziehen.

Wir werden bei Projektförderungen verstärkt darauf achten, dass die Kalkulationen wirtschaftlich verantwortliche Honorare enthalten. Ebenfalls werden wir uns an Bundesinitiativen beteiligen, die die Verbesserung der im Kulturbereich arbeitenden Menschen vorsehen. Konkret heißt dies:

1. Wir werden erfolgreich arbeitende Einrichtungen weiter verlässlich fördern und dort, wo sie zwingende wirtschaftliche Bedarfe nachweisen, stärker finanziell unterstützen. Dazu gehören auch die notwendigen Modernisierungsvorhaben der Museen im baulichen und im technischen Bereich.
2. Wir werden ein flexibles Förderkonzept für die Freie Szene auf den Weg bringen, das sowohl die kleinen Institute unterstützt als auch freie Akteure. Wir werden die künstlerische Verbandsarbeit, gerade mit Blick auf die Nachwuchsförderung stärker unterstützen. Dabei werden wir einen Inflationsausgleich für kleine Institute vornehmen und Maßnahmen zur Förderung von fairer Beschäftigung ergreifen sowie die Projektförderung für freie Akteure verstärken und sie auf deren spezifische Produktionsbedürfnisse anpassen, dabei sollen auch spartenspezifische Projekte berücksichtigt und ein Spielstätten-Konzept entwickelt werden.
3. Wir werden durch die Bereitstellung eines sog. Matchingfonds für Komplementärmittel Anreize schaffen, Drittmittel einzuwerben.
4. Wir werden ein gesondertes Förderformat für die junge Szene auf den Weg bringen.
5. Wir werden in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden einen Informations- und Beratungs-Service schaffen, der für die Freie Szene systematisch Informationen über Stipendien, Ausschreibungen und andere Fördermöglichkeiten sammelt und aufbereitet und der Künstlerinnen und Künstler sowie andere Kulturschaffende bei der Bewerbung, Antragstellung sowie der Akquise von Aufträgen berät.

6. Wir werden die Träger der kulturellen Bildung stärken und sie dabei unterstützen, ihre Struktur an die gesellschaftlichen Anforderungen anzupassen. Dies beinhaltet einen Ausbau des Bibliothekensystems, bis hin zu einer Bibliothek für Obdachlose, die Förderung der Volkshochschule bei Fragen der Sprachenintegration und die Entwicklung von produktiven Netzwerken, die einrichtungs- und spartenübergreifend agieren.
7. Wir unterstützen die Planung zwei weiterer Bibliotheksstandorte in weiteren Stadtteilen wie Blumenthal und Obervieland, um dort den Bürgerinformationsservice – wie in der Stadtbibliothek West – zu etablieren. Die dort entstehenden und an anderer Stelle bestehenden Beratungsmöglichkeiten werden wir durch eine Weiterbildung der Beraterinnen und Berater unterstützen.
8. Neben den traditionell kommunal verankerten Zuständigkeiten für die Kulturförderung wollen wir die Zusammenarbeit zwischen den beiden Stadtgemeinden verstärken.
9. Wir werden uns für eine auskömmliche Finanzierung der Bürgerhäuser einsetzen, die tarifliche Steigerungen berücksichtigt und verlässliche Planungen weiterhin möglich macht.

17. Medien – Information, Bildung, Unterhaltung

Öffentlichrechtlicher Rundfunk

Die duale Medienordnung mit der Vielzahl an unabhängigen Medien sowie dem unbeschränkten Zugang zu Informationen und Medien für jedermann/frau ist ein Grundpfeiler unserer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft. Diesen gilt es angesichts der vielfältigen Herausforderungen durch veränderte Mediennutzungen, dem Auftreten neuer Player und Vermarktungsmodelle, aber auch angesichts der zunehmenden Angriffe auf die freie Presse zu schützen und für die Zukunft zu sichern.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk erfüllt in Deutschland nach wie vor eine wichtige Funktion. Seine Bedeutung ist in einer Zeit, in der die Meinungsbildung über soziale Netzwerke erfolgt, politische Botschaften über Twitter verbreitet werden und die Menschen mit „Social Bots“ und „Fake News“ konfrontiert werden, sogar noch gewachsen.

Mit seinem Auftrag ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein Garant dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger trotz all dieser Erscheinungen unabhängig und zuverlässig informiert werden. Er ist als unabhängige, zuverlässige und der ganzen Gesellschaft verpflichtete Quelle von Information, Bildung und Unterhaltung für unsere demokratische Kultur unverzichtbar. Damit und mit seiner regionalen Verankerung leistet der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen wichtigen Beitrag zur Integration unserer Gesellschaft.

Gegenwärtig wird die zeitgemäße Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seines Auftrages diskutiert. Sie ist dringend notwendig, um die Bürgerinnen und Bürger auch bei einem veränderten Mediennutzungsverhalten zu erreichen. Aus diesem Grunde

muss auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Möglichkeit bekommen, diese neuen Verbreitungswege zu nutzen und seine Angebote in einer zeitgemäßen und nutzerorientierten Weise zu verbreiten. Die Nutzerinnen und Nutzer erwarten, zeitsouverän und mobil auf die Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zugreifen zu können.

Gleichwohl ist es die Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, ihre Akzeptanz in der Bevölkerung weiter auszubauen. Dies erfordert nicht nur ein qualitativ hochwertiges Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger, sondern auch eine verbesserte Transparenz sowie der sparsame Umgang mit den Rundfunkbeiträgen. Die Medienproduktionen müssen barrierefrei produziert und verbreitet werden. Bremen wird sich in diesem Sinne auf Länderebene weiterhin für eine Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, für die Fortentwicklung des Medienrechts und für eine starke, innovative Medienordnung einbringen. Dabei steht für uns die Nutzerperspektive im Mittelpunkt.

Radio Bremen ist als Teil der ARD ein unverzichtbarer Bestandteil der öffentlich-rechtlichen Medienlandschaft. Mit seinen Angeboten für und aus der Region ist Radio Bremen eine wichtige Säule der öffentlichen Information in unserem Bundesland. Als kleiner, innovativer Metropolensender, der unter anderem neue Wege bei den Angeboten für junge Menschen geht, hat Radio Bremen aber auch eine wichtige Rolle innerhalb der ARD und ergänzt sinnvoll die großen Flächenanstalten. Radio Bremen muss daher in seinem Bestand und seiner Weiterentwicklung unterstützt werden. Die effektive Nutzung moderner Verbreitungswege, wie digitales Radio und Telemedien, soll gefördert werden; Radio Bremen soll dabei unterstützt werden, durch die Entwicklung innovativer Formate seine Rolle als Impulsgeber innerhalb der ARD weiter auszubauen.

Medienkompetenz

Im Zeitalter von „Fake News“ ist der Erwerb von Medienkompetenz für alle Bürgerinnen und Bürger, aber insbesondere für Schülerinnen und Schüler von entscheidender Bedeutung, auch um die Chancen, die neuen Medien bieten, verantwortlich nutzen zu können. Wir werden die Anstrengungen zur Vermittlung von Medienkompetenz durch die Aktivitäten des LIS und der Landesmedienanstalt/Radio Weser.TV weiter verstärken.

Das erfolgreiche Medienkompetenz-Netzwerk im Land Bremen soll in seiner Arbeit weiterhin unterstützt werden, wobei der Dialog des Netzwerkes mit den beteiligten Behörden und die Zusammenarbeit der staatlichen Stellen untereinander weiter verbessert werden soll.

Besonders Menschen, die durch Alter, Krankheit oder Behinderung eingeschränkt sind, haben einen Anspruch auf Teilhabe an Medien und Kommunikation. Gerade für diese Gruppe bietet das Internet neue Chancen, am gesellschaftlichen und politischen Leben Anteil zu nehmen. Wir werden uns auf Landes- und auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Medienkompetenz für diese Zielgruppen verbessert wird und dass sowohl Betroffene als auch Betreuungspersonal entsprechende Kompetenzen erwerben und den Zugang der Betroffenen zu zeitgemäßen Kommunikationsformen verbessern können.

Wir werden Initiativen wie MakerSpaces/FabLabs ebenso unterstützen wie die Zusammenarbeit mit den Freifunk-Initiativen intensivieren. Die Einführung eines FSJ-digital streben wir an.

Landesmedienanstalt & Bürgermedien (Radio Weser.TV)

Landesmedienanstalten haben es als Aufsichtsbehörden für private Radio- und Fernsehprogramme und Telemedien immer häufiger mit international agierenden TV- oder Radio-Unternehmen zu tun. Um dabei durchsetzungsfähig zu bleiben, halten wir es für besonders wichtig, dass die Länder geschlossen auftreten. Daher streben wir eine Medienanstalt der Länder an, in der die überregionalen Aufgaben der Medienanstalten gebündelt wahrgenommen werden können.

Die Landesmedienanstalt nimmt im Land Bremen derzeit bereits Aufgaben in der Telemedienaufsicht wahr. Sowohl auf Landesebene als auch überregional ist zu erörtern, ob und in welcher Form die Medienanstalten weitere Beiträge zur Begleitung und Kontrolle der neuen Medien leisten sollen und können. Eine engere Zusammenarbeit mit der niedersächsischen Landesmedienanstalt wird angestrebt.

Die Zukunft der Bürgermedien / RadioWeser.TV sichern

Die Bürgermedien sollen folgende Aufgaben haben:

- Radio Weser.TV sichert den freien unzensurierten Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu den elektronischen Medien/Hörfunk/Fernsehen/Internet in der Funktion eines Offenen Kanals.
- Radio Weser.TV übernimmt sowohl im Konsum als auch in der Produktion eine wichtige Aufgabe in der Vermittlung von Medienkompetenz in Kooperation mit den dafür zuständigen Institutionen der beiden Städte des Landes Bremen.
- Radio Weser.TV ist ein Einstieg in die Medienberufe, dies gilt für technische und redaktionelle Inhalte.
- Die Bürgermedien im Land Bremen ergänzen in Kombination mit der Ausbildung junger Journalistinnen und Journalisten sowie Mediengestalterinnen und Mediengestalter (Bild/Ton) publizistisch die Berichterstattung im lokalen und sublokalen Bereich. Das wird auch zu einer Qualitätsverbesserung der Programmbeiträge führen.

Das Land Bremen hat mit der LMG-Novelle 2018 Weichenstellungen vorgenommen, um die Bürgermedien in diesen Zielen zu stärken. Wir werden den Erfolg dieser Maßnahmen überprüfen und erforderlichenfalls weitere Schritte einleiten, um diese Ziele zu erreichen. Sollte sich in diesem Kontext die bisherige Organisationsstruktur als nachteilig für die Aufgaben erledigung der Bürgermedien in den Bereichen Offener Kanal, Ereignisrundfunk, Medienkompetenzvermittlung oder Ausbildung herausstellen, werden wir prüfen, ob die Ziele dadurch besser erreicht werden können, wenn die Bürgermedien Bremen/Bremerhaven und die Abteilung Medienkompetenz in eine neue, eigenständigere Bürgermedienstruktur eingebracht werden.

Die Medienlandschaft insgesamt befindet sich angesichts der Digitalisierung der Gesellschaft in einem grundstürzenden Umbruch: Die technischen Möglichkeiten zur Medienproduktion und -Veröffentlichung sind heute breiten Bevölkerungsschichten durch Consumer-Hardware und Software, Internet und preiswerte Druckverfahren gegeben. Gleichzeitig verschieben sich durch Social Media, Blogs und Filesharing grundlegende Begriffe, das Verständnis und die Rahmenbedingungen für Publikation und Meinungsäußerung, Urheber- und Persönlichkeitsrechte, professionelle und Laien-Produktionen, Bürgermedien und Medienmarketing. Diesen Herausforderungen müssen neu aufgestellte Bürgermedien Bremens gerecht werden – und mit deren dynamischer Entwicklung regelmäßig Schritt halten können.

Dabei ist es wichtig:

- die bestehenden Bürgermedien und Angebote für alle interessierten Bürger und gemeinnützigen Kooperationspartner weiter zu öffnen,
- die technischen und inhaltlichen Potentiale der bürgerschaftlichen Medienproduktion im digitalen Zeitalter zu nutzen und ihnen gerecht zu werden,
- Um das Bürgerfernsehprogramm möglichst allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen soll es in Zukunft terrestrisch via DVB-T2 verbreitet werden.
- sowie Angebote in Internet, Radio und TV sinnvoll zu bündeln und zu vernetzen.

Die Medienproduktionen sollen barrierefrei sein. Es sollen regelmäßig Medienprojekte für Menschen mit Handicaps angeboten werden, dies gilt auch für integrative Medienprojekte für Menschen mit Migrationshintergrund.

Neben der Funktion eines „Offenen Kanals“ können Bürgermedienprojekte auch Mischfunktionen im Rahmen nichtkommerzieller Veranstaltungen von lokalem oder regionalem Rundfunk übernehmen (siehe RStV § 40 (1) Abs. 2).

Das neue Landesmediengesetz hat die Voraussetzungen geschaffen, dass Bürgermedien eine „publizistische Ergänzung“ leisten können. Es hat Bürgermedien außerdem verpflichtet, weiter auf allen „traditionellen“ und neuen digitalen Verbreitungswegen präsent zu sein. Schon jetzt verfügen die Bürgermedien über ein paralleles Live-Stream von Radio- und Fernsehprogramm ins Internet. Es verpflichtet die Bürgermedien dazu, Beiträge zukünftig digital und zeitautonom zur Verfügung zu stellen. Wir werden die Entwicklung beobachten und erforderlichenfalls durch weitere rechtliche und organisatorische Anreize unterstützen.

Mit dem „Medialab Nord“ sind die Bürgermedien und Radio Weser.TV in Bremerhaven gut aufgestellt. Wichtig ist, dass es wieder eine zentrale Anlaufstelle für die Bürgermedien und Radio Weser.TV in Bremen geben sollte.

Die derzeit existierenden dezentralen Radio- und Fernsehproduktionsstudios sind mit überwiegend veralteter Technik aus Zeiten des ehemaligen Offenen Kanals Bremen ausgestattet, die über kurz oder lang ersetzt werden müssen.

Um alle Ressourcen in diesem Bereich zu bündeln, ist es erforderlich, die Vorgaben des neuen Landesmediengesetzes umzusetzen, wobei insbesondere die vom Gesetz vorgegebenen Kooperationen weiterzuentwickeln oder neu zu schließen sind. Dabei sind diejenigen Einrichtungen der Senatsverwaltung einzubeziehen, die in ihren Bereichen schon jetzt Medienkompetenzarbeit leisten.

Medienstandort Bremen

Auch wenn das Land Bremen nicht zu den großen Medienproduktionsstandorten in Deutschland zählt, ist in diesem Bereich in den letzten Jahren eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Hier sind zahlreiche Kreative beheimatet, die im Bereich TV-, Film- und Medienproduktion aktiv und auch überregional erfolgreich sind.

Im neuen Landesmediengesetz von 2018 sind weitere Schritte gemacht worden, die Förderung innovativer Projekte in der Medienproduktion und die Vernetzung untereinander sowie mit der Bremer Kulturszene zu verbessern. Unser Ziel ist es, die Kooperation der Akteure der Branche zu fordern und zu fördern. Radio Bremen als ‚unser‘ Sender hat eine besondere Verantwortung. Die Zusammenarbeit der Bremer Medien- und Filmkuschaffenden, die Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten im Medienbereich sowie der gezielte Einsatz von Fördermitteln sollen die Entwicklung einer kreativen, auch überregional erfolgreichen Szene in Bremen unterstützen. Bremen soll ein Ort sein, an dem innovative Mediengestalterinnen und -gestalter produktiv zusammenarbeiten und im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der Bürgermedien und der Filmkunst Akzente setzen. Das Land soll als Standort von Medien- und Filmproduktionen aktiv beworben werden.

18. Verbraucherschutz für alle Menschen im Land Bremen

Angesichts zunehmend komplizierter werdender Waren- und Dienstleistungsmärkte benötigen Verbraucherinnen und Verbraucher mehr denn je eine unabhängige Beratung und Unterstützung sowie einen starken Verbraucherschutz. Wir werden die Verbraucherzentrale Bremen deshalb durch eine Erhöhung der institutionellen Förderung stärken, damit sie ihre Beratungstätigkeit ausweiten und neue Themen wie Gesundheit und Digitalisierung besetzen kann. Die Verbraucherzentrale soll als qualifizierte Einrichtung auch rechtliche Streitigkeiten, die viele Verbraucherinnen und Verbraucher betreffen, mithilfe des neuen Instruments der Musterfeststellungsklage vor Gericht klären lassen können und für das damit verbundene Prozesskostenrisiko ein Budget erhalten.

Bei der Eigenheimfinanzierung, der Altersvorsorge und Geldanlage sowie der Absicherung von Risiken müssen sich Verbraucherinnen und Verbraucher sicher und auf Augenhöhe mit Finanzdienstleistern bewegen können. Wir wollen deshalb die erforderlichen Beratungskapazitäten bei der Verbraucherzentrale Bremen im Bereich der Finanzdienstleistungen

ausbauen. Gesunde Ernährung, Reduktion von Zucker und kritischer Umgang mit Nahrungsergänzungsmitteln bleiben wichtige Themen des Verbraucherschutzes.

Wichtig ist eine ortsnahe und möglichst kostenlose Beratung im Quartier. Sie kann gerade für Menschen mit niedrigem Einkommen, mit Migrationshintergrund oder für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen die Hürde reduzieren, um eine qualifizierte rechtliche Beratung in Anspruch zu nehmen. So können Zielgruppen, die erfahrungsgemäß bei Verbraucherproblemen nur schwer zu erreichen sind, bedarfsgerecht angesprochen und eine Vernetzung und Synergiebildung mit relevanten Akteuren im Stadtteil erzielt werden. Wir werden deshalb die Verbraucherrechtsberatung im Quartier weiter stärken und perspektivisch darauf hinarbeiten, dass in jedem Stadtteil ein solches Beratungsangebot entsteht.

Wir wollen insbesondere auch die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher in der digitalen Welt stärken. Deshalb werden wir digitale Instrumente für den Verbraucherschutz voranbringen und uns für die erforderlichen Beratungskapazitäten bei der Verbraucherzentrale Bremen stark machen.

Verbraucherinnen und Verbraucher müssen ihre Rechte und Beratungsmöglichkeiten kennen und für Qualitätsunterschiede bei Angeboten sowie für unseriöse Anbieterpraktiken sensibilisiert werden. Deshalb ist Verbraucherbildung von klein auf an wichtig. Ein wichtiger Baustein hierfür sind finanzielle Mittel für die Verbraucherzentrale Bremen, damit sie an Schulen ein Kontingent von kostenlosen Vorträgen und Workshops anbieten kann.

19. Sport für alle!

Sportvereine – unverzichtbar!

Sportvereine leisten verlässlich unverzichtbare Beiträge zum sozialen Zusammenhalt, zur Gesundheitsförderung, zur Bildung, zur Integration und zur Inklusion. Wir wollen uns nachdrücklich dafür einsetzen, dass Sportvereine besonders in diesen Bereichen mehr öffentliche Gelder für diese weit über Bewegung und Sport hinausgehenden sozialen Funktionen zur Verfügung bekommen.

Sport und Sportveranstaltungen sind neben Kultur und Kunst ein wesentlicher Faktor, die die Attraktivität unserer beiden Städte mitprägen, einen Wirtschaftsfaktor darstellen und zu einer Bindung der Menschen zu ihrer Stadt, zu ihrem Stadtteil beitragen. Dies wollen wir bei der Ausgestaltung von Fördermitteln in den unterschiedlichen Bereichen zukünftig stärker berücksichtigen.

Sportvereine sind somit eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Sportvereine und Verbände und vor allem den vielen ehrenamtlich Tätigen in den Vereinen gehört unser großer Respekt für ihre Arbeit. Ehrenamtliches Engagement in den Sportvereinen muss auch weiterhin unterstützt und gefördert werden. Dabei wollen wir dafür sorgen, dass bürokratische

Hemmnisse so weit wie möglich abgebaut und eine öffentliche Anerkennung dieser Arbeit durch eine gezielte Förderung stärker in den Blick gerückt wird.

Des Weiteren erkennen wir die inklusive Funktion des Sports auch für Fans an, ebenso wie die selbstorganisierten und emanzipatorischen Ansätze in Fanszenen. In ihrer sozialen und antifaschistischen Arbeit unterstützen wir diese.

Neue Sporttrends und außerordentliche Projekte in den Sportvereinen im Sinne einer Weiterentwicklung von Sportangeboten und zur Gewinnung von Menschen jedweden Alters, besonders von jungen Menschen für den Sport wollen wir begleiten und fördern.

Wir unterstützen die Bundesregierung in ihrem Vorhaben den eSports als Sportart anzuerkennen. eSport bietet Möglichkeiten inklusiver Treffen gerade für Menschen mit Beeinträchtigungen oder Ältere. Das darf nicht zu Lasten der bisher im Landessportbund (LSB) zusammengefassten Sportarten geschehen.

Die Übungsleiterinnen und Übungsleiter sind das Herzstück der Vereinsarbeit und leisten weit über das Sportfachliche hinaus Unverzichtbares für den sozialen Zusammenhalt unserer Städte. Wir werden weiterhin im Zusammenwirken mit dem LSB Bremen in die Qualifizierung und Gewinnung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern investieren. Die sogenannte Übungsleiterpauschale wollen wir ab 2020 erneut anpassen.

Sportstätten sanieren und neu schaffen

Die Sportvereine brauchen moderne und ausreichend Sportstätten, um weiterhin attraktive Angebote für die Menschen unserer beiden Städte machen zu können. Wir wollen erreichen, dass im Zusammenwirken zwischen den Bereichen Sport und Bildung Konzepte entwickelt werden, die eine Instandsetzung und Modernisierung der vorhandenen Sporthallen in den nächsten Jahren beschleunigen. Dazu werden wir einen Sanierungsfonds auflegen, der sowohl für die Sanierung von städtischen Sporthallen als auch für vereinseigene Sporthallen genutzt werden soll. Darüber hinaus sollen Mittel für den Bau neuer Vereinshallen zur Verfügung gestellt werden.

In diesem Zusammenhang werden wir ressortübergreifend ein Konzept für eine neue Halle mit Ligakapazitäten, nicht zu Lasten des Sports, an einem geeigneten Standort erarbeiten. Diese Halle soll als Veranstaltungsstätte für Ligaspiele aller bremischen Mannschaften sowie kommerzieller Sportevents konzipiert werden und zugleich den Sportvereinen und Schulen als Trainingsstätte zur Verfügung stehen.

Bei der Entwicklung von Stadtteilen werden wir zukünftig mehr auf die Erstellung und Gestaltung öffentlicher Spiel- und Bewegungsflächen achten. Bei der Schulstandortplanung sind für uns zwingend entsprechende Sporthallen mit zu planen. Wir wollen für alle Grundschulen im Land Bremen eine standortnahe Sporthalle bereitstellen und diese auch dem Vereinssport zugänglich machen. Der Flächenbedarf soll dabei für jede Grundschule individuell ermittelt werden.

Sport für alle!

Bewegung und Sport für und mit Kindern und Jugendlichen liegt uns besonders am Herzen. Insbesondere im Rahmen der Ganztagsbetreuung in Kita und Schule müssen Sport und Bewegung einen angemessenen Platz haben. Hierzu streben wir weiterentwickelte Kooperationen zwischen Sportvereinen, Schulen und KiTas an, die mit entsprechenden Mitteln auszustatten sind. Die Qualifizierung von Fachpersonal wollen wir intensivieren. Um die Zahl der Sportlehrerinnen und Sportlehrer zu erhöhen und die Angebote für den Schulsport zu verbessern, werden wir die Wiedereinführung der Lehramtsausbildung im Studienfach Sport an der Universität Bremen realisieren.

Inklusion und Integration im und durch Sport sind für uns auch weiterhin wichtige Aufgaben. Dieses Ziel kann nur mit den Menschen erreicht werden. Deshalb setzen wir unter der Berücksichtigung des Leitsatzes: „nichts ohne uns über uns“ einen Schwerpunkt in der gleichberechtigten Teilhabemöglichkeit von Menschen mit Behinderung. Hierzu gehören der barrierefreie Zugang zu den Sportstätten, eine besondere Unterstützung entsprechender Sportangebote in den Vereinen und die Ausbildung von Fachpersonal. Angebote zur Integration im und durch Sport werden wir weiterhin besonders fördern.

Breitensport und Leistungssport ergänzen sich

Breitensport und Leistungssport sind sich gegenseitig bedingende und unterstützende Bereiche. Durch den Breiten- und Freizeitsport – besonders im Kinder- und Jugendbereich – werden Sporttalente sichtbar. Diese jungen Sporttalente wollen wir mit gezielter Unterstützung weiter fördern. Neben dem sogenannten „Trainer-Lehrer-Programm“ investieren wir besonders in die sportbetonten Schulen. Wir werden die konzeptionellen Überlegungen der Sportverbände für ein Sportinternat aktiv begleiten und unterstützen. Dazu soll die Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Bereichen Bildung und Sport und Jugend enger gestaltet und die Sportverbände mit einbezogen werden. Der Nachwuchs-Leistungssport soll finanziell nach unseren Möglichkeiten ausgestattet werden. Der Bundesstützpunkt Rhythmische Sportgymnastik verdient für seine kontinuierliche, erfolgreiche Arbeit unsere besondere Anerkennung und weitere finanzielle Unterstützung.

Im Zusammenwirken mit dem organisierten Sport und der Wirtschaftsförderung Bremen und Bremerhaven werden wir dafür sorgen, dass nationale und internationale Sportereignisse und regelmäßige große Sportveranstaltungen nach den Möglichkeiten weiter unterstützt werden.

Schwimmen und Schwimmbäder

Wir halten weiter am bisherigen Bäderkonzept fest und werden auf Grund der Aktualität beim Neubau des West-Bades auf die inzwischen veränderten Bevölkerungszuwächse im Bremer Westen (besonders in Walle und Gröpelingen) eingehen, um dort ein zukunftsorientiertes und zukunftsfähiges Familienbad zu errichten. Gleiches gilt für das Horner Bad, wo eine wettkampffähige 50-Meter-Bahn mit ausreichender Zuschauerkapazität errichtet wird.

Unser Ziel ist, dass alle Kinder und Jugendliche in Bremen schwimmen lernen können und sollen. Hierfür müssen ausreichend Wasserflächen zur Verfügung stehen, aber auch

ausreichend Schwimmlehrerinnen und Schwimmlehrer. Alle Kinder sollten möglichst frühzeitig an Wasser gewöhnt werden. Hier müssen wir auch Familien im Besonderen unterstützen und die Eintrittspreise moderat gestalten. Für alle Bäder in Bremen wollen wir zum Jahr 2020 den Eintrittspreis für alle Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr auf 1 Euro reduzieren. Wir stellen sicher, dass der Schwimmsport für Training und Schwimmlernunterricht ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommt. Die SPD wird dafür Sorge tragen, dass der organisierte Schwimmsport nicht weiter durch eine Erhöhung des sogenannten Bahnengeldes belastet wird.

20. Bremen und Bremerhaven – Europa sind wir Alle

Die Europäische Union ist das Friedensprojekt nach dem Zweiten Weltkrieg. Die gegenseitigen Verflechtungen und die Verbundenheit haben in Europa für uns alle Frieden und Wohlstand gebracht und dazu beigetragen, die Ost-West-Spaltung zu überwinden. Die Europäische Union ist, trotz aller notwendigen Weiterentwicklungen, die einzige Möglichkeit Europas, die globalen Herausforderungen zukünftig mitzugestalten, um nicht nur deren Spielball zu sein. Leider wird die Europäische Union inzwischen von vielen Seiten bedroht, gerade weil auch seit vielen Jahren die Vorteile der europäischen Integration sehr ungleich zwischen den Regionen, aber auch zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen verteilt sind.

Von außen versuchen Staaten die EU auseinanderzudividieren, um dadurch Wettbewerbsvorteile zu erreichen. Von innen stellen der wachsende Nationalismus und Rechtspopulismus eine ernst zu nehmende Gefahr da. Nationalismus bietet aber keinerlei Lösung für drängende internationale Herausforderungen wie z. B. eine gerechte und faire Weltwirtschaft, Klima- und Ressourcenschutz, globale Sicherheit und Frieden und auch wachsende globale Migration und Mobilität. Eine nationalistische Spaltung hat Europa bisher immer in Kriege und Katastrophen geführt.

Deswegen tritt die SPD entschieden für ein gestärktes soziales, demokratisches, nachhaltiges und international wettbewerbsfähiges Europa ein.

Bremen und Bremerhaven sind nicht nur allgemein als Städte in Deutschland an einer starken EU interessiert. Viele bremische Unternehmen engagieren sich in anderen Mitgliedstaaten. Zahlreiche MitbürgerInnen in Bremen und Bremerhaven haben die Staatsbürgerschaft eines anderen Mitgliedstaates. In Bremen und Bremerhaven lebende EU-Bürgerinnen und EU-Bürger können auch an den kommenden Kommunalwahlen teilnehmen. Wir werben dafür, dass dieses Wahlrecht verstärkt wahrgenommen wird. Ebenso arbeiten und leben viele Menschen aus Bremen und Bremerhaven in anderen Mitgliedstaaten. Daher haben wir auch direkte regionale Interessen:

- Als Hafenstädte haben wir ein herausragendes Interesse an offenen Märkten und fairem, nachhaltigem Handel. Willkürlicher Protektionismus bedroht direkt Arbeitsplätze in unseren Häfen. Wir treten für eine starke EU ein, denn nur durch gemeinsame

europäische Anstrengungen kann es gelingen, einen regelgebundenen Welthandel zu bewahren.

- Die Mittel der europäischen Strukturförderung, sei es durch den Regionalfonds oder den Sozialfonds, haben uns wesentlich geholfen, den Strukturwandel in unserer Region zu meistern und neue Arbeitsplätze in unserem Bundesland zu schaffen. Deswegen werden wir dafür eintreten, dass europäische Fördermittel auch in den nächsten Jahren mindestens im gleichen Umfang wie bisher für Bremen und Bremerhaven zur Verfügung stehen.
- Europäische Einigung braucht Begegnung. Das Erasmus-Programm zur Förderung des Austausches von Auszubildenden, Studierenden und Schülerinnen und Schülern und blickt mittlerweile auf eine über 30-jährige Erfolgsgeschichte zurück. Wir setzen uns für eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Unterstützung in der Antragsstellung und Beratung ein und wollen den Austausch von Auszubildenden intensivieren. Wir wollen das europäische Jugendkonzept für Bremen und Bremerhaven verstärkt umsetzen und jedem Jugendlichen, der einen Aufenthalt in einem EU-Mitgliedstaat erleben möchte, ob an einer Schule, bei einem Unternehmen oder an einer Hochschule, dies unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ermöglichen. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Bremen in naher Zukunft europäische Jugendhauptstadt werden kann. Wir brauchen mehr Europa in der Bildung. Den Weg von Bremer Schulen zu Europaschulen werden wir besonders in benachteiligten Stadtteilen unterstützen.
- Bremen und Bremerhaven sind herausragende Wissenschaftsstandorte. Unsere Wissenschaftslandschaft profitiert von europäischer Forschungsförderung. Insbesondere die Meeresforschung, die Luft- und Raumfahrtforschung aber auch die Gesellschaftswissenschaften sind europäisch aufgestellt. Deswegen setzen wir uns für den Ausbau der europäischen Forschungskooperation ein. Wissenschaft und Forschung sind die Voraussetzung von Innovation. Innovation ist die Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit.
- Arbeits- und Sozialdumping gefährdet Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen auch in Bremen und Bremerhaven. Mit der Reform der Entsenderichtlinie hat die EU in diesem Jahr ein wesentliches Gesetz verabschiedet, um diesem Missstand entgegenzutreten. Jetzt brauchen wir eine starke Europäische Arbeitsbehörde, um eine wirksame Durchsetzung dieses Gesetzes zu gewährleisten.
- Die Akzeptanz der Globalisierung hängt auch davon ab, dass alle Unternehmen ihren Anteil zum Steueraufkommen leisten. Eine gerechte Besteuerung der Internetkonzerne wie auch weiterer internationaler Konzerne kann nur auf der europäischen Ebene durchgesetzt werden. Deswegen begrüßen wir diesbezügliche Initiativen des sozialdemokratischen Bundesfinanzministers, um den Skandal zu beseitigen, dass klein- und mittelständische Unternehmen anteilig deutlich höhere Steuern zahlen als die großen Weltkonzerne.
- Bremen und Bremerhaven unternehmen große Anstrengungen, um Flüchtlinge in unsere Gesellschaft zu integrieren. Eine humanitären Zielen verpflichtete Migrationspolitik kommt aber nicht ohne Regelungen für Einwanderung, die Wahrung des Asylrechtes, die Erfüllung der Genfer Flüchtlingskonvention, eine humanitären Grundsätzen verpflichtete

Kontrolle der Außengrenzen sowie eine Bekämpfung von Flucht- und Migrationsursachen durch eine ausreichende finanzielle Ausstattung des UNHCR und eine wirtschaftliche Kooperation insbesondere mit den afrikanischen Staaten aus. Das alles ist wirkungsvoll nur auf der europäischen Ebene realisierbar.

- Seenotrettung, ob in der Nordsee oder im Mittelmeer ist ein Menschenrecht. Wir unterstützen die NGOs, die die Seenotrettung auch im Mittelmeer unterstützen. Dabei dürfen allerdings diejenigen, die Menschen erst in lebensbedrohlichen Situationen bringen und daran verdienen, nicht ungestraft bleiben.
- Das europäische Engagement in Bremen und Bremerhaven lebt von einer sehr starken Zivilgesellschaft, die sich nicht nur am Marktplatz, sondern auch im Europapunkt oder den Kulturzentren unserer zwei Städte deutlich zeigt. Auch die jährlichen Europawochen gehören schon selbstverständlich zu unseren Städten. Dieses Engagement und eine engagierte europakompetente Verwaltung sind Voraussetzungen, um Europa vor Ort auch zu erleben und mitzugestalten. Die EU-Strategie des Bremer Senats mit den hier benannten Schwerpunkten wird fortgeschrieben.
- Die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist der Wandel der klimatischen Bedingungen. Um diesen einzudämmen, wird Bremen in Deutschland und in Europa für einen gemeinsamen Wechsel der Energiegewinnung werben. Bremen, Deutschland und die Europäische Union müssen mehr tun, um die Umwelt und damit die Welt unserer Kinder zu schützen. Wir wollen, dass Bremen Vorreiter auf den Feldern Nachhaltigkeit und Umweltschutz wird, weshalb wir weiterhin und verstärkt daran arbeiten wollen, den Emissionsausstoß zu verringern. Wir wollen Vorbild werden und andere ermutigen, unserem Beispiel zu folgen.

Bremen und Bremerhaven – zwei Städte in der einen Welt

In einer globalisierten Welt müssen die Auswirkungen auf soziale Gerechtigkeit und Frieden sowie auf eine Ressourcen schonende Wirtschaft bei allen unseren Handlungen mit bedacht werden. Die Vereinten Nationen haben die Nachhaltigkeitsziele in Nachfolge zu den Millenniums-Entwicklungszielen für den Zeitraum 2015 bis 2030 festgelegt. Sie sind für den „Globalen Norden“ ebenso wie für die industriell nicht entwickelten Länder weltweit verbindlich. Wir in Bremen sehen uns diesen Zielen verpflichtet. Ihre Umsetzung ist Teil aller Politikfelder, darunter Handel, Finanzen und Umwelt. Wir wollen deshalb in Bremen und Bremerhaven einen noch stärkeren Impuls für eine nachhaltige Beschaffung setzen. Auch im Rahmen der bestehenden offiziellen und tatsächlichen Städtepartnerschaften werden wir weiterhin gemeinsam an der Verwirklichung der 17 Nachhaltigkeitsziele arbeiten. Um alle Ideen und Vorhaben sichtbar und umsetzbar zu machen, werden wir eine Strategie zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele als wichtige Querschnittsaufgabe des Senats in Bremen und Bremerhaven entwickeln. Dabei werden wir die gesellschaftlichen Akteure im Land Bremen einbeziehen und uns an der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes und der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen orientieren.

Wir werden uns weiterhin auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Rüstungsexporte in Krisengebiete, Diktaturen und sonstige autoritär geführte Staaten unterbunden werden.

Industrielle Arbeitsplätze müssen unabhängiger werden von militärischer Produktion und Rüstungsexporten. Die Stärkung von UN-Blauhelm-Missionen und Friedenstruppen muss international wieder mehr in den Fokus genommen werden. Sicherheit und Frieden sind weltweit eine Voraussetzung für Entwicklung und Wohlstand. Abrüstung, insbesondere von Atomwaffen, begreifen wir weiter als eine Verpflichtung.

Wir setzen uns für eine weitere verlässliche Unterstützung der Bremer Entwicklungszusammenarbeit auf der Grundlage der bestehenden Leitlinien des Bremer Senats zur Entwicklungszusammenarbeit ein. Die Leitlinien werden wir im Dialog mit den Akteurinnen und Akteuren im Lande Bremen fortentwickeln. Gemeinsam mit der bremischen Wirtschaft sollen auch in Zukunft Projekte im maritimen und logistischen Bereich einschließlich Ausbildungsmaßnahmen unterstützt werden. Schwerpunktmäßig unterstützen wir Projekte im Rahmen der Bremer Initiativen in den Armutsräumen industriell nicht entwickelter Länder zugunsten von Frauen, zur Förderung regenerativer Energien und zur Verbesserung im Trink-, Abwasser- und Sanitärbereich sowie in der Entsorgung.

Die Förderung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und die Unterstützung der Vernetzung der vielfältigen Bremer Initiativen in diesem Bereich bleiben wichtige Bestandteile der Entwicklungszusammenarbeit. Wir wollen auch weiterhin die hier lebenden Migrantinnen und Migranten ermutigen, sich als Brückenbauerinnen und Brückenbauer zu betätigen.

21. Solide Finanzen zur Gestaltung von Bremens Zukunft

21.1 Die erfolgreiche Neuordnung der Finanzen für unser Land nutzen

Wir haben in den vergangenen Jahren mit solider Haushaltspolitik eine Menge für unser Bundesland und unsere beiden Städte erreicht. Allen Widrigkeiten zum Trotz haben wir die Finanzen des Landes wieder in den Griff bekommen und damit unsere Selbstständigkeit gesichert. Von ganz herausgehobener Bedeutung war hierbei der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Denn: die erfolgreiche Neuordnung wird unserem Land künftig rund 500 Millionen Euro pro Jahr mehr an Einnahmen bescheren. Damit haben Bremen und Bremerhaven endlich wieder eine dauerhafte und gute finanzpolitische Perspektive.

Klar ist: wir kommen aus mehreren Jahrzehnten harter Konsolidierungspolitik. Wir konnten nicht immer – und schon gar nicht immer in ausreichendem Maße – seitens des Landes und der beiden Städte das tun, was eigentlich notwendig gewesen wäre. Angesichts des Auf- und Nachholbedarfs gilt es daher, die neuen Spielräume vor allem für eine positive wirtschaftliche Entwicklung sowie für Investitionen in die soziale

und Bildungsinfrastruktur nutzen. Dies ist nicht nur für die Zukunft des Zusammenhalts in unseren Städten, sondern auch finanzpolitisch geboten. Wir sind überzeugt: unterlassene Investitionen führen zu einem Verlust an Vermögen und sind damit vor allem auch eine Belastung auf Kosten künftiger Generationen. Damit die Finanzpolitik Bremens auch in Zeiten erhöhter Investitionen zukunftsfähig bleibt, werden wir einen Prozess in Gang setzen, der eine nachhaltige Steuer- und Haushaltspolitik für alle Ressorts sicherstellt. Um dies zu gewährleisten, werden wir uns an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen orientieren.

Wir brauchen einen Zukunftsfonds

Wir werden ein Jahrzehnt der Investitionen einleiten. Hierbei wollen wir in den kommenden Jahren vor allem die öffentliche Infrastruktur (Schulen, KiTas, Krankenhäuser, Verkehrswege usw.) in unserem Land in gesteigertem Umfang sanieren, modernisieren und ausbauen. Um die hierfür notwendigen Investitionsmittel über die nächsten Jahre verlässlich zur Verfügung stellen zu können, werden wir einen eigens dafür vorgesehenen Zukunftsfonds einrichten, der die Finanzierung zusätzlicher Instandhaltung und Modernisierung öffentlicher Infrastruktur in Bremen und Bremerhaven für die nächsten zehn Jahre flexibel und konjunkturunabhängig absichern wird.

Ergänzend wollen wir zur Beschleunigung des Abbaus des Investitionsstaus insbesondere bei unserer Bildungsinfrastruktur in Bremen und Bremerhaven auch die Möglichkeit alternativer Finanzierungen nutzen, damit unsere Schulen in Zukunft noch gezielter auf der Grundlage akuter Bedarfe vor Ort zügig saniert und modernisiert werden können. Ein erfolgsversprechendes Instrument sehen wir dabei insbesondere in Mietkauf-Lösungen unter Einbindung einer privatrechtlich organisierten landeseigenen Investitionsgesellschaft, die alternativ zu Öffentlich-Privaten Partnerschaften eine Öffentlich-Öffentliche Partnerschaft ermöglicht.

Zusätzliche Mittel gezielt einsetzen

Vorrangig ist für uns zudem eine nachhaltig verbesserte finanzielle und personelle Ausstattung der Schulen und Kitas. Wir werden deshalb die zusätzlichen Einnahmen aus der Neuordnung der Bund-Länder-Finzen schwerpunktmäßig dazu nutzen, um vor allem die Lücke bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Schülerinnen und Schüler im Vergleich zu den beiden anderen Stadtstaaten zu schließen.

Bei den Prioritäten für zusätzliche Ausgaben werden wir darüber hinaus die Besonderheiten des föderalen Finanzkraftausgleichs beachten. Sein Mechanismus belohnt die Länder, deren Einwohnerzahl überdurchschnittlich wächst, und er bestraft die Länder, deren Einwohnerzahl nur unterdurchschnittlich zunimmt oder sogar schrumpft. Auch in finanzieller Hinsicht kommt es deshalb entscheidend darauf an, dass Bremen weiterhin wächst. Ein übergreifendes Leitbild unserer Finanzpolitik wird es deshalb sein, die Attraktion unserer beiden Städte als Wirtschaftsstandorte und Wohnorte kontinuierlich zu steigern. Um die Einnahmeseite zu verbessern, werden wir daher auch verstärkt in unsere Hochschulen investieren, die ein Innovationsmotor für die

Wirtschaft und ein Magnet für die Zuwanderung junger Menschen sind, sowie in die Erschließung zusätzlicher Gewerbeflächen und in die Schaffung neuen und bezahlbaren Wohnraums.

Besonders wichtig ist für uns dabei, dass die zusätzlichen finanziellen Möglichkeiten gerecht auf unsere beiden Städte verteilt werden. Nach der erfolgreichen Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern haben wir daher dafür gesorgt, dass die Finanzen auch innerhalb unseres Landes neu geregelt wurden.

Um Risiken aus einem möglichen Wiederanstieg des allgemeinen Zinsniveaus zu vermeiden, werden wir bei den Altschulden auch künftig der Sicherheit Vorrang geben und dafür sorgen, dass deren Zinsen langfristig auf niedrigem Niveau festgeschrieben werden.

Bei den Sozialausgaben, die größtenteils durch bundesrechtliche Gesetze bestimmt werden, werden wir die vorbeugenden Maßnahmen stärken, um damit mittel- und längerfristig nachsorgende Kosten zu senken.

In vielen Bereichen – wie etwa der Quartiersentwicklung oder dem Transfer zwischen Wissenschaft und Gesellschaft – wird zudem die Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsressorts immer wichtiger. Um die Effizienz dieser Zusammenarbeit zu steigern, werden wir künftig vermehrt Haushaltsmittel ausweisen, die nur gemeinsam von zwei oder mehr Ressorts verausgabt werden können.

Bei den Förder- und Mitfinanzierungsprogrammen des Bundes und der EU werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass diese Mittel – wo immer sie für Bremen wichtig sind – möglichst umfassend ausgeschöpft werden. Das gilt insbesondere für die Bundesmittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Angesichts der hohen Zahl von Langzeitarbeitslosen streben wir für Bremen und Bremerhaven eine überproportionale Beteiligung an den Bundesgeldern an.

Gegenüber dem Bund werden wir uns dabei gleichzeitig dafür einsetzen, dass die Ko-Finanzierungsanforderungen nicht so ausgestaltet werden, dass sie finanzschwächere Länder überfordern. Überdies werden wir uns weiterhin gemeinsam mit den anderen Ländern dafür stark machen, dass der Bund einen größeren und gerechteren Anteil an den Kosten der Zuwanderung und anderer gesamtstaatlicher Aufgaben übernimmt.

21.2 Eine leistungsfähige Verwaltung mit qualifiziertem Personal

Der Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre hat Bremen und seine Beschäftigten vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Es wurde in erheblichem Maße Personal abgebaut, was trotz zunehmendem Technikeinsatz in vielen Bereichen mit einer

Arbeitsverdichtung verbunden war. In der Lohn- und Besoldungsentwicklung fiel es uns schwer, mit den reichen Ländern Schritt zu halten. Wesentliche Konsolidierungsbeiträge wurden von den Beschäftigten geleistet. Dies ist nicht ohne Spuren geblieben.

Wir haben daher schon in den vergangenen Jahren umgesteuert und Kernbereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge von den notwendigen Einsparungen ausgenommen, um die Funktionsfähigkeit des Staates zu gewährleisten. Für die Bewältigung der Flüchtlingszuwanderung und der zusätzlichen Aufgaben, die mit dem Bevölkerungswachstum im Land Bremen verbunden sind, haben wir mehr Beschäftigte eingestellt.

Angesichts des demographischen Wandels und der Herausforderungen, die auf den öffentlichen Dienst zukommen, werden wir die Attraktivität des öffentlichen Dienstes erhalten und weiter verstärken:

- Wir sorgen für eine angemessene Personalausstattung im öffentlichen Dienst. Nach einem Vierteljahrhundert Personalabbau ist in vielen Dienststellen die Grenze der Belastbarkeit ausgereizt. Daher werden wir den Personalabbau beenden. Schwerpunkte für Verbesserungen in der Personalausstattung bleiben für uns auch in Zukunft die Schulen, KiTas, Polizei, Justiz und der Bürgerservice. Effizienzgewinne aus der Verbesserung von Arbeitsabläufen und der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen werden wir für Personalverstärkungen an anderen Stellen nutzen.
- Wir werden die Tarifbindung im öffentlichen Dienst stärken und stehen für den Erhalt der Mitbestimmung auf Basis des Personalvertretungsgesetzes.
- Wir werden zukünftig die Ergebnisse der Tarifverhandlungen zeit- und inhalts- gleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen.
- Wir werden die gesetzliche Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte öffnen.

Ein weiterer zentraler Baustein für die Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes wird der Ausbau der Ausbildungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst sein. Um unserer Verantwortung für die jungen Menschen in Bremen nachzukommen, werden wir – durch Verknüpfung mit Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik – in einigen Berufsfeldern auch über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden. Um im Wettbewerb um talentierte Fachkräfte zu bestehen, werden wir zudem das Angebot an dualen Berufsausbildungs-Studiengängen für die praxisorientierte Nachwuchsgewinnung ausbauen.

21.3 Für ein gerechteres und effizienteres Steuersystem

Eine gerechte und faire Finanzierung des Gemeinwesens ist eine wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, gleiche Teilhabechancen und einen handlungsfähigen

Staat. Auf der Bundesebene werden wir uns deshalb weiterhin für ein gerechteres Steuersystem einsetzen. Sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig ist Steuerpolitik dann, wenn starke Schultern mehr tragen als schwächere. Das Ziel einer gerechten Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung, die Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Einführung der Finanztransaktionssteuer verfolgen wir deshalb weiter. Insbesondere werden wir auch die Bemühungen unterstützen, auf der Ebene der EU Steuerlücken zu schließen, internationale Konzerne – und insbesondere Internetkonzerne – angemessener zu besteuern und den Missstand zu überwinden, dass derzeit Weltkonzerne anteilig deutlich weniger Steuern bezahlen als kleinere oder mittlere Unternehmen, die vornehmlich in Deutschland tätig sind.

In Bremen werden wir gleichzeitig auf eine effiziente Erhebung der Steuern achten. Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat, die das Vertrauen in den Rechtsstaat untergräbt und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet. Wer Steuern hinterzieht, lebt auf Kosten der Gesellschaft.

Wir werden deshalb für einen besseren Steuervollzug durch ausreichend Steuerprüferinnen und -prüfer in den Finanzämtern sorgen.

Den Solidarbeitrag der Wirtschaft über die temporär erhöhte Gewerbesteuer werden wir planmäßig auslaufen lassen.

Unsere finanziellen Möglichkeiten werden wir zugleich für gezielte Entlastungen nutzen. Für viele Bürgerinnen und Bürger stellen weniger die steuerlichen Abgaben eine Härte dar. Sie werden vielmehr durch die steigenden Mieten belastet. Wir werden deshalb weiterhin gezielt den sozialen Wohnungsbau fördern sowie die Anschaffung von Wohneigentum in ausgewählten Stadtteilen durch einen Zuschuss fördern. Eltern mit kleinen Kindern werden wir durch die Abschaffung der Kita-Gebühren entlasten. Da viele Studentinnen und Studenten nur über knappe finanzielle Mittel verfügen, werden wir ihren Verwaltungskostenbeitrag streichen und die finanziellen Ausfälle der Hochschulen von rund 5 Mio. Euro im Jahr durch den Haushalt ausgleichen. Auch bei den Studierenden werden wir weiterhin dafür sorgen, dass das Angebot an bezahlbaren Plätzen in Studierendenwohnheimen weiter ausgebaut wird.

21.4 Für die Menschen in Bremen und Bremerhaven

Unser Bundesland mit seinen beiden Städten Bremen und Bremerhaven steht heute am Beginn einer Zeitenwende. Mit dem großen Erfolg unseres Bürgermeisters Carsten Sieling bei den Bund-Länder-Finanzverhandlungen 2016 ist die Selbstständigkeit unseres Stadtstaates als Bundesland nachhaltig gesichert worden. In den Jahren ab 2020 stehen dem Land rund 500 Millionen Euro jährlich mehr zur Verfügung. Erstmals seit mehreren Jahrzehnten haben wir damit wieder eine wirkliche finanzielle Eigenständigkeit durch einen deutlich gestärkten Haushalt erreicht.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden diese neue Chance für Bremen und Bremerhaven nutzen. Vor uns liegt ein Jahrzehnt der Investition. Investitionen in die Infrastruktur, in die Leistungsfähigkeit unserer städtischen und landeseigenen Dienstleistungen sowie besonders für die Menschen unserer beiden Städte zur Verbesserung von Lebensbedingungen, Bildung und Qualifikation. So werden wir die Zukunft unseres Stadtstaates sichern und Haushalte aufstellen, die erstmals ohne neue Kreditaufnahmen auskommen. Gleichzeitig werden wir unsere Zusagen zu einem jährlichen Schuldenabbau erfüllen und damit, wie in den vergangenen Jahren, für solide Finanzen im selbständigen Stadtstaat Bremen sorgen.

**BREMEN
GEHT NUR
SOZIAL.**

WIR LIEBEN
BREMEN

SPD